Opel plant Massenentlassungen Seite 4

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 24 vom 13. Juni 1980 14. Jahrgang 1 DM



Terroristen waren am Werk, als es vorletzten Mittwoch um die gewaltsame Räumung der „Freien Republik Wendland" ging. Zwar waren sie nicht maskiert, doch etliche von ihnen hatten ihr Gesicht geschwärzt. Ob sie Angst hatten, später auf den Fahndungslisten zu stehen? Wohl kaum! Denn sie hatten sozusagen per Beruf Recht und Ordnung in jedem Fall auf ihrer Seite. Diese Art von Terroristen steckte im grünen Rock der Ordnungshüter von Polizei und Grenzschutz. Lesen Sie mehr auf Seite 3.

Steuerzahler soll Opfer für Europa bringen

Steuererhöhungen? Nein danke!

KPD/ML fordert: Abschaffung aller indirekten Steuern!

Es ist nicht zu fassen. Monatelang schon schwadronieren die Propagandisten der sozialliberalen Regierungskoalition von ihrem legendären „Steuerpaket", das den Werktätigen angeblich steuerliche Entlastung bringen soll; jetzt sollen plötzlich die Steuern heraufgesetzt werden; heimtückischerweise hat der Herr Finanzminister dabei die Benzin- und Dieselsteuer im Auge, über die der Fiskus im Schlepptau der raffgierigen Ölmultis ohnehin eine Milliarde nach der anderen scheffelt. Doch lassen Sie sich gesagt sein, Herr Matthöfer, Steuererhöhungen sind nicht drin!

Für Europa sollen wir Opfer bringen, die Sicherheit Europas dürften wir nicht aufs Spiel setzen, heißt es im Hause des obersten Schatzmeisters der Nation. Da wäre doch zu fragen, um wessen Europa es sich dabei dreht, um wessen Sicherheit es geht. Was hat Europa uns Werktätigen außer einem bis ins Groteske aufgeblähten, über halb Westeuropa verstreuten schwerfälligen bürokratischen Apparat gebracht? Nichts! Im Gegenteil!

Insbesondere die westeuropäische Landbevölkerung wird grausam zur Ader gelassen. Hat das „Vereinigte Europa" uns etwa Sicherheit gebracht? Absolut nicht! Im Gegenteil! Die EG ist fest ins aggressive NATO-Bündnis eingegliedert. Sicherheit und Frieden aber sind nur ohne und gegen die NATO möglich.

Die KPD/ML ist von jeher für den Austritt der Bundesrepublik aus EG und NATO eingetreten. Wir fordern daher die Regierung auf: Keinen Pfennig für das Europa der Milliardäre und Kriegstreiber!

Erst recht nicht werden wir dulden, daß die westdeutschen Werktätigen über eine Erhöhung der Diesel- und Benzin-, der Alkohol- und Tabaksteuer für Aggression, Krieg und Unsicherheit, für unsere eigene Ausplünderung zur Kasse gebeten werden.

Die Forderungen der KPD/ML gehen in die andere Richtung: Wir sind für eine deutliche Entlastung der werktätigen Steuerzahler. Aus diesem Grund müssen sämtliche indirekten Steuern abgeschafft werden!

Chemieabschluß perfekt

7 Prozent sind nicht genug!

DÜSSELDORF/FRANKFURT.— Jeder kämpferische Kollege hatte in der letzten Woche von der gewerkschaftlichen Verhandlungskommission erwartet, daß sie die Verhandlungen für gescheitert erklärt, um unverzüglich die Urabstimmung einzuleiten. Es hat nicht sollen sein. Die Gewerkschaftsführung hat einem faulen Kompromiß von 7 Prozent (Nordrhein-Westfalen) bzw. 7,1 Prozent (Hessen) zugestimmt.

„Klassenkampf", Zeitung der KPD/ML für die Bayer-Belegschaft" schreibt in einem Extrablatt: *„Dieses Ergebnis ist ein Witz besonderer Klasse angesichts der Preissteigerung und der Profite der Kapitalisten."*

Allein die amtliche Inflationsrate liegt bereits bei 6,1 Prozent. Die Gewinnsteigerung der Chemiegiganten ist traumhaft, allein im ersten Quartal 1980 steigerte die Bayer AG ihren Gewinn um 34,6 Prozent, die Hoechst AG gar um 62,7 Prozent.

„Klassenkampf" dazu: *„Wer angesichts solcher Zahlen von einer Lohn-Preis-Spirale spricht, täuscht in voller Absicht darüber hinweg, daß es sich um eine Preis-Profit-Spirale handelt!"*

Eine Unverschämtheit besonderen Ausmaßes ist, daß eine zusätzlich ausgehandelte Erhöhung der unteren Lohngruppen um 6 Pfennig mit übertariflichen Zulagen verrechnet wird.

„Klassenkampf": *„In allen wesentlichen Punkten ist nun die Forderung der IG Chemie nicht erfüllt. Statt auf diesen faulen Kompromiß einzugehen, wäre es wirklich nicht gewesen, einen Streik vorzubereiten!"*

Diese Woche

17. Juni auf dem Römerberg

Großkundgebung



VOLKSFRONT-Veranstaltung: Montag, 16. Juni, 19 Uhr 30; Aula des Uni-Fachbereichs Sozialarbeit, Frankfurt-Nordweststadt, Limescorso 5.

Sternmarsch: Dienstag, 17. Juni, 9.30 Uhr, Ratsweg, Uhrtürmchen in Bornheim, Weißer Stein, Rebstockgelände, Schifferstr. Sachsenhausen, Uni.

DGB-Kundgebung: Dienstag, 17. Juni, 10 Uhr 30; Frankfurt, Römer.

Ernst Busch ist tot

„Hat durch Gesangsvorträge den Kommunismus verbreitet"

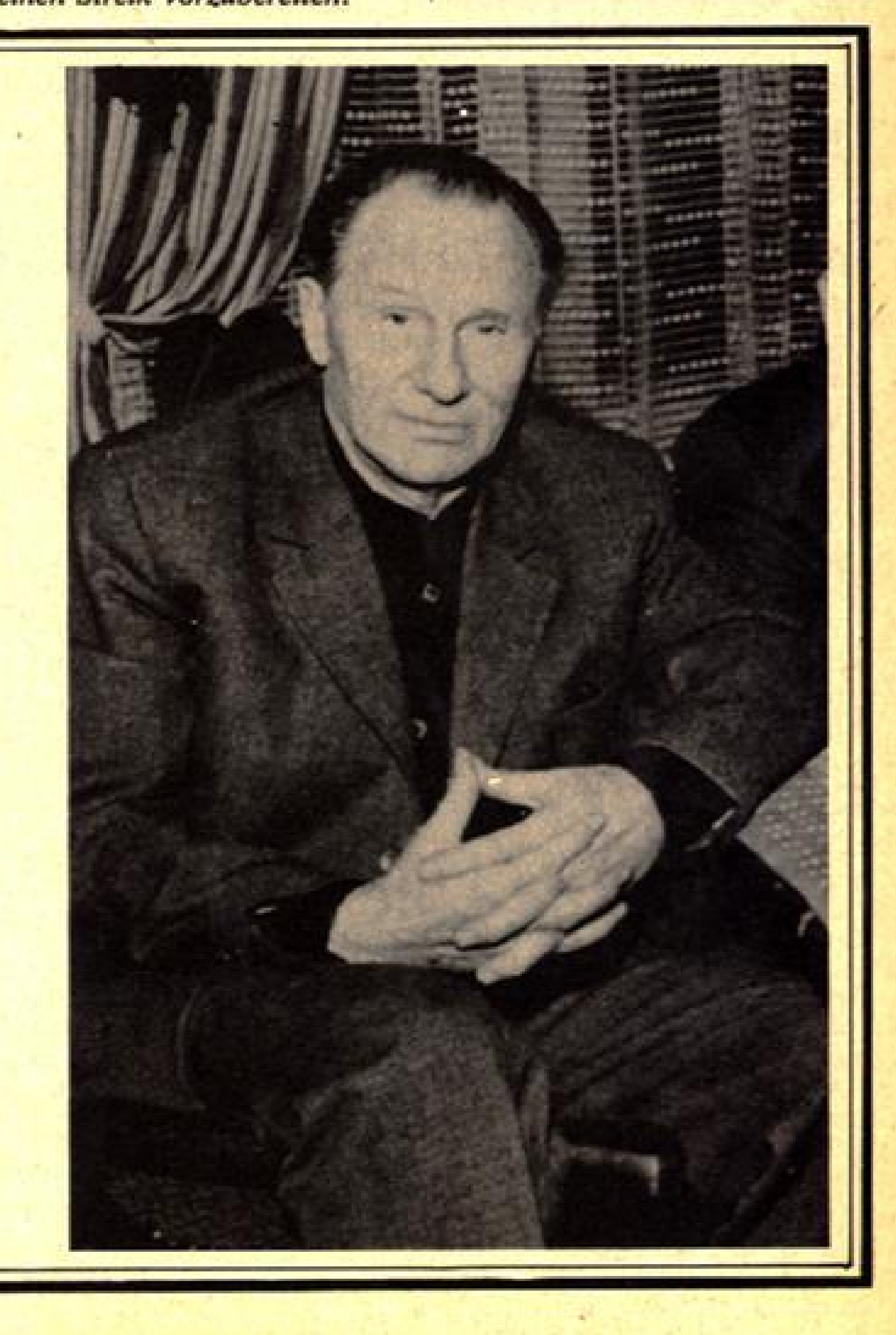
Dieser Satz stand in der Anklageschrift, mit der die Nazis den Hochverratsprozeß gegen Ernst Busch vorbereiteten. Konnte man ihm ein besseres Kompliment machen?

Doch zur Vollstreckung der Todesstrafe kam es nicht mehr. Ernst Busch, Sänger und Revolutionär, wurde von den Truppen der Roten Armee aus der Gestapo-Haft befreit. Nun hat der Tod ihn für immer verstummen lassen, den Sänger, der schon zu Lebzeiten zur Legende geworden war. Am Sonntag, den 8. Juni starb er im Alter von 80 Jahren in einem Krankenhaus in Ostberlin.

Seine mitreißenden Kampflieder sind weit über die Grenzen der beiden deutschen Staaten bekannt und beliebt. Durch seinen heldenhaften Einsatz an der Front des Spanischen Bürgerkrieges, inmitten der Reihen der Internationalen Brigaden, durch sein Eintreten für Freiheit, Frieden und Sozialismus, durch seinen Kampf gegen die faschistische Barbarei ist das Schaffen und Wirken Ernst Buschs fester Bestandteil der revolutionären Arbeiterbewegung geworden.

1954 sagte Willi Bredel über ihn: „Als Künstler besitzt er das, was zur vollendeten Wiedergabe dieser Lieder notwendige Voraussetzung ist: das heiße Herz, den Charakter und die Tatbereitschaft des Revolutionärs. Denn nicht nur Künstler, auch Kämpfer ist er. Sein Leben zeugt dafür."

Wenn die dekadenten Produkte der kapitalistischen Unterhaltungsindustrie längst in Vergessenheit geraten sind, wird die Stimme Ernst Buschs den arbeitenden Menschen noch immer vertraut sein.



Kommentar

In Amerika stehen bereits Hunderttausende Automobilarbeiter auf der Straße.

In Italien bemüht man sich fieberhaft um japanisches Kapital zur Modernisierung der Fabriken, wälzt große Pläne zur Personalreduzierung.

In Frankreich toben erbitterte Kämpfe gegen die Pläne der Peugeots

Und auch in der Bundesrepublik droht den Automobilarbeitern nun eine Welle von Entlassungen und Rationalisierungen.

Wirklich alles nur wegen dem Benzin? Wirklich nur deswegen, weil die großen Modelle zuviel verbrauchen und deshalb lieber kleinere Wagen gekauft werden?

Autokrise — nur wegen Benzin?

Dagegen sprechen die Tatsachen.

Die erste Tatsache: In den USA, wo die Autokrise längst offen tobt, kostet der Liter Benzin die Hälfte wie bei uns. Das kann also nicht der Grund sein, zumal die großen Monopole in ihrer gesamten Produktionsbreite erfaßt sind.

Die zweite Tatsache: Die großen Investitionspläne, die nahezu alle Automonopole ausgearbeitet haben, sehen wirklich nicht so aus, daß ein radikaler Schwenk in der Produktionspalette vorgenommen wird. Die zahlreichen, ja zahllosen neuen Fabriken, die da vorbereitet werden, die mit ganz massiven Subventionen aus Steuergeldern finanziert werden sollen, umfassen alle Wagenklassen.

Die dritte Tatsache: Die Entscheidungen, die in den Chefetagen der Autokonzerne getroffen wurden, die vom Finanzkapital getroffen wurden, sind eindeutig. Neue Fabriken, mit massiven Subventionen sind billiger als die Neuausrüstung alter Fabriken. Nicht nur irgendwo in der Welt, sondern zum Beispiel auch für Daimler-Benz in Bremen. Diese Entscheidungen laufen darauf hinaus, daß überall, trotz Überproduktion, die in einigen Bereichen bereits sehr akut wurde, weitere Kapazitäten geschaffen werden. Das wiederum heißt nichts anderes als daß die Herren der Monopole angesichts der Verengung des Marktes einen gnadenlosen Konkurrenzkampf führen. Denn die gestiegenen Benzinpreise sind ja nur ein Grund für Absatzrückgänge. Die allgemeine ständige Teuerung ist es, die die Möglichkeit der breiten Masse der Käufer, der werktätigen Bevölkerung nämlich, allmählich einengt. Auch bei der benötigten, beliebten aber teueren Ware, die Auto heißt.

Die Monopole werden also einen Vernichtungskampf führen. Nicht irgendwann: soeben hat er begonnen die Bundesrepublik zu erreichen. Kurzarbeit in Köln und Entlassungen in Rüsselsheim sind da erst der Anfang.

Nur: Dieser Vernichtungskampf der Kapitalisten mag das eine oder andere Monopol treffen. Vernichten aber wird er nicht die Existenz einiger Kapitalisten. Sondern die Hunderttausender — bei der enormen Bedeutung der Automobilindustrie ist es nicht einmal übertrieben zu befürchten: von Millionen — von Arbeitern überall auf der Welt. Auch bei uns. Und die Herren in Detroit und die Finanzgewaltigen GM-Chefs Du Pont de Nemours in Delaware, ihnen wird es doppelt egal sein, was in Deutschland mit Arbeitern passiert.

Das ist die kapitalistische Krise in der Autoindustrie. Das ist der Kampf um den größtmöglichen Profit auf dem Rücken der Arbeiter.

Dagegen gibt es nur eins: jeden Arbeitsplatz verteidigen. Die Gewerkschaftsbewegung, national wie international, muß dafür maximal alle Kräfte mobilisieren. Da ist kein Kompromiß möglich. Wie sollte der auch wohl aussehen?

Die Kommunisten werden bei diesem Kampf alle ihre Kräfte einsetzen für die Sache der Arbeiter, für die Verteidigung der Arbeitsplätze. Dieser Kampf muß jetzt beginnen, nicht nur dort, wo er schon akut geworden ist. Überall muß er vorbereitet werden.

Die verschiedensten Regierungen und Verwaltungen, unterschiedlichster politischer Parteien haben bisher nichts anderes getan, als den Monopolen ihre Rationalisierungsprogramme aus den Steuern der Werktätigen zu finanzieren. Für die Kommunisten ein Grund mehr, zu betonen, daß sich solche Angriffe immer wieder wiederholen werden. Solange die Monopole die Macht haben, werden die Regierungen in ihrem Sinne handeln. Solange man ihnen diese Macht, die sie für natürliches Recht halten, nicht entreißt. Durch die Revolution des Proletariats.

Helmut Weiss



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.



„Die segensreiche Wirkung der Europäischen Gemeinschaft für den Steuerzahler" oder „Am Steuerzahler bleibt alles hängen".

40 000 auf VDS-Festival

Studenten gegen Reaktion, Faschismus und Krieg

MAINZ.— Zu einer machtvollen Kundgebung gegen die politische Reaktion, die faschistische Gefahr und die eklatante Gefährdung des Weltfriedens geriet das diesjährige Festival der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) am Wochenende des 7./8. Juni in Mainz. Zum Auftakt des kämpferischen Wochenendes demonstrierten 25 000 durch die rheinlandpfälzische Metropole. „Gegen Hochschulformierung; Stoppt Strauß — gemeinsam gegen rechts; für Frieden und Abrüstung!" lauteten die Hauptparolen.

An der Demonstration nahmen neben zahlreichen Jugend- und Studentenverbänden auch Genossen der Roten Garde teil. Die Genossen verbreiteten Flugblätter, anhand derer sich die Kommilitonen über die Studentenpolitik des Jugendverbandes der KPD/ML informieren konnten.

Das Festival selber war gekennzeichnet durch unzählige Veranstaltungen und Meetings politischer und kultureller Natur. Neben Ständen mit landsmannschaftlichen Spezialitäten aus allen Teilen der Bundesrepublik nebst Leckerbissen aus vielen Teilen der Erde hatten Studenten aus den verschiedensten Uni-Städten recht originelle Infotische aufgebaut.

Da ging es um die Verteidigung von AStA und Fachschaften, da ging es um die Misere in der Lehrer- und Ärzteausbildung, um studentische Wohnungsnot und all die anderen Probleme, mit denen heutzutage Studenten konfrontiert sind, besonders dann, wenn sie der Arbeiterklasse entstammen.

Der politische Schwerpunkt aber konzentrierte sich klar und deutlich auf die politischen Gefahren der heutigen Zeit, die nicht nur die Studenten sondern auch das ganze deutsche Volk betreffen, wie der Kampf gegen die zunehmende Rechtsentwicklung, insbesondere der Kampf gegen Kandidat Strauß und der Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr.

Die vorherrschende politische Strömung auf dem Festival war durch die Linie der modernen Revisionisten von DKP und MSB Spartakus bestimmt, was sich vor allem im Themenkomplex Friedenssicherung zeigte.

So versuchte vor allem der MSB Spartakus auf Diskussionsveranstaltungen, die sowjetische Invasion in Afghanistan als Akt der Friedenssicherung und der Völkerfreundschaft hinzustellen. Überhaupt war man von jener Seite her sehr daran interessiert, die Rolle der imperialistischen Supermacht Sowjetunion in eine friedliche umzufälschen.

Der Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr aber muß sich gegen beide Supermächte richten, darf nicht auf einem Auge blind sein.

Diesen Standpunkt brachten die Genossen der Roten Garde ein, indem sie anläßlich einer Diskussionsveranstaltung zur Kriegsgefahr einen schriftlichen Diskussionsbeitrag verteilten. Ebenso verfuhren Genossen auf einer Veranstaltung zum Thema „Stoppt Strauß — aber wie?".

Das VDS-Festival hat gezeigt, daß große Teile der westdeutschen Studentenschaft bereit und entschlossen sind, sich in den Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg einzureihen. Für die fortschrittlichen Studenten gilt es, sich eng mit dem Kampf des ganzen Volkes, vor allem mit dem der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften zu verbinden und sich von jenen Ideologien zu lösen, die den berechtigten Zorn breiter Teile der Studentenschaft mißbraucht und ihren Kampf in die Irre lenkt. In dieser Frage Klarheit zu schaffen, ist nicht zuletzt Aufgabe der KPD/ML und ihres Jugendverbandes!

Fritz Teufels Alibi entlarvt die Justiz

... und wenn kein Täter da ist, wird einer dazu gemacht

WESTBERLIN.— Nach fast fünf Jahren Untersuchungshaft und nach zwei Jahren Gerichtsverhandlung brachte der wegen angeblicher terroristischer Taten angeklagte Fritz Teufel nun ein Alibi herbei. Das Alibi erwies sich in der letzten Woche als hieb- und stichfest; es wurde von mehreren Zeugen bestätigt. Teufel habe die „Fragwürdigkeit von Indizienprozessen" enthüllt, schrieb die „Zeit". Er hat tatsächlich mehr enthüllt: das verbrecherische, selbst minimalste gesetzliche Regelungen mißachtende Vorgehen einer von der Terrorhysterie hochgepeitschten Justiz.

Der als APO-Hansdampf bekannte Fritz Teufel wurde im September 1975 in Westberlin verhaftet. Aufgrund verschiedener mehr oder weniger fadenscheiniger Indizien wurde er im April 1978 vor dem Ersten Strafsenat des Westberliner Kammergerichts wegen Teilnahme an der Drenkmann-Ermordung, an der Lorenz-Entführung sowie an verschiedenen Banküberfällen angeklagt. Teufel schwieg beharrlich zu den Vorwürfen. Nachdem jedoch der Staatsanwalt sein Plädoyer gehalten und 15 Jahre Freiheitsstrafe für Teufel gefordert hatte, stellte er endlich die Prozeßfarce bloß.

Mittlerweile haben Zeugen exakt bestätigt, daß Teufel zur Zeit der ihm vorgeworfenen Taten in Essen und Bochum gelebt und gearbeitet hat.

Es kam auch heraus, daß die ermittelnden Behörden entlastenden Hinweisen auf Teufels Aufenthalt im Ruhrgebiet einfach nicht nachgegangen waren.

Teufel mußte schließlich selbst den Beweis für seine Unschuld erbringen. Das angeblich „rechtsstaatliche Prinzip", nach dem dem Angeklagten die Schuld bewiesen werden muß, war für ihn außer Kraft gesetzt. Damit ist erwiesen, daß in diesem Lande für bestimmte Gefangene Sondergesetze und Sonderbehandlung gelten, daß bestimmte Gesetze für sie schon außer Kraft gesetzt sind. Die ganzen Terroristenprozeßspektakel, die die bundesdeutsche Justiz über die Bühne gezogen hat und zieht, erscheinen damit in einem neuen Licht.

Und das ist das Prinzip: Nach einer Terrortat sucht die Justiz nach Tätern, und wenn kein Täter da ist oder zu wenige zur Verfügung stehen, werden Unschuldige eben dazu gestempelt und geprägt. So erging es Fritz Teufel. Er paßte ins Konzept, oder besser: ins „Raster". Er wurde festgenommen, fünf Jahre inhaftiert, angeklagt, und er wäre zweifellos verurteilt worden, hätte er nicht noch das Alibi beigebracht, das die Justiz schon längst hätte erbringen können. Wievielen anderen Unschuldigen mag es ebenso ergangen sein? Der Fall Teufel würde nicht zuletzt *amnesty international* (ungeachtet des letzten Berichts) noch ein reiches Feld für Untersuchungs- und Anklagetätigkeit in der BRD eröffnen.

Teufels Fall steht nicht allein. Wie gleichzeitig bekannt wurde, gibt es für Juliane Plambeck, die wegen angeblicher Ermordung von von Drenkmann und wegen angeblicher Beteiligung an der Lorenzentführung auf den Fahndungslisten steht, ebenfalls Alibis. Die entlastenden Aussagen sind auch hier lange bekannt und wurden auch hier nicht weiter verfolgt. Juliane Plambeck wurde vielmehr zum Abschuß durch die Sonderkommandos freigegeben.

Wegen **angeblicher** Entführung von Peter Lorenz sitzt Fritz Teufel seit fünf Jahren in Haft — und er sitzt noch immer. Wegen **tatsächlicher** Entführung, Freiheitsberaubung, Schikanierung, Existenzvernichtung von Fritz Teufel sitzt niemand — und wird wohl auch niemand sitzen müssen in diesem Staat.

Skandalurteil gegen werktätige Frauen

KASSEL.— Der 7. Senat des Bundessozialgerichts in Kassel hat kürzlich entschieden, daß der Mutterschaftsurlaub vor und nach der Geburt des Kindes nicht als Anwartschaftszeit für einen späteren Anspruch auf Arbeitslosengeld angerechnet wird.

Dieses höchstrichterliche Urteil ist ein massiver und skandalöser Schlag gegen die Rechte der werktätigen Frauen. Es muß als klarer Rückschlag im Kampf für die Gleichberechtigung der Frau gewertet werden. Schon das Gesetz, daß den halbjährlichen Mutterschaftsurlaub regelt, wies von Anfang an Mängel auf, die geeignet waren, den Frauen eine wirkliche Gleichbehandlung zu verweigern. Erstens war der Mutterschaftsurlaub zu kurz angesetzt; zweitens konnten ihn die Väter nicht in Anspruch nehmen, so daß die Eltern untereinander nicht frei entscheiden konnten, wer für die Zeit des Mutterschaftsurlaubs oder besser Elternurlaubs zu Hause bleibt. Gezwungenermaßen kam diese Rolle der Frau zu. Dieser Mangel des Mutterschaftsgesetzes ist deutlich gekennzeichnet durch das reaktionäre Rollenverständnis, das die herrschenden Kreise noch heute von der Frau haben.

Das Urteil der Kasseler Sozialrichter unterhöhlt nun auch die Fortschritte, die das Gesetz gebracht hat. Wieder wird das Kindergebären zu einem persönlichen Problem der Frau degradiert, was letztenendes nur Nachteile mit sich bringt. Ziel dieses Urteils ist, durch die offensichtliche Behandlung der Frauen als Arbeitskräfte zweiter Klasse immer mehr werktätige Frauen aus den Betrieben und Büros zu verdrängen.

Straße des 2. Juni

TEHERAN.— Wie aus den Nachrichtenagenturen verlautet, gibt es neuerdings auf Beschluß der iranischen Revolutionsregierung in Teheran eine „Straße des 2. Juni".

Die Straßenumbenennung erinnert an die machtvolle Anti-Schah-Demonstration am 2. Juni 1967 in Westberlin, in deren Verlauf der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen wurde.

Tribunal gegen § 218

FRANKFURT.— Am Wochenende des 31.5./1.6. trat mit etwa 1 500 Teilnehmerinnen das „Tribunal gegen den Paragraphen 218" im Bürgerhaus in der Nordweststadt zusammen. Über 200 westdeutsche Frauengruppen hatten die Anklagepunkte vorbereitet.

Man hatte sich zum Ziel gesetzt, die „ganz normale tägliche miese Praxis, die vielen Angriffe von der Kirche ebenso wie von der Presse, von den Beratungsstellen wie den Ärzten und Krankenhäusern" zu schildern, und „wie sie am Seelenleben der Frauen nagen".

So kam es zur Sprache, daß sich nach wie vor die 70 Prozent aller bundesdeutschen Krankenhäuser weigern, eine Abtreibung nach sozialer Indikation durchzuführen, daß 37 Prozent aller Abtreibungspatienten in der Städtischen Frauenklinik Darmstadt gegen ihren Willen sterilisiert werden, oder daß in Freiburger Uni-Kliniken Witwen die Scheide zugenäht wird.

Der „Tag X" fand am Mittwoch, den 4. Juni 1980, statt. Gegen 6 Uhr in der Früh hieß es für 5 000 Polizisten und Bundesgrenzschutzbeamte antreten, antreten zum generalstabsmäßig durchgeplanten Angriff auf die „Freie Republik Wendland", wie die Bohrplatzbesetzer ihr Areal stolz genannt haben. Eine 5 000 Mann starke Bürgerkriegstruppe, schwerbewaffnet, mit schwerem Gerät ausgestattet, war aufgeboten, um die Interessen der Atommafia in unserem Land ohne Rücksicht auf Leib und Leben der Menschen durchzuprügeln. Ähnlich wie die Bohrplatzbesetzer am Tage X dem Terror der Bürgerkriegstruppen ausgeliefert waren, genauso wird die westdeutsche Bevölkerung dem lebensfeindlichen Zugriff der Bosse der Atomindustrie ausgeliefert sein, wenn der Kampf gegen das Bonner Atomprogramm nicht verstärkt wird.



Bohrplatzbesetzung in Gorleben gewaltsam beendet

Die Staatsmacht probte den Bürgerkrieg

Polizei und Grenzschutz prügeln für das Kapital

Auf der einen Seite die Bohrplatzbesetzer. Sie hatten den Landkreis Lüchow-Dannenberg nicht zuletzt durch ihre phänomenale Baukunst in Erstaunen gesetzt. Mit den Bohrplatzbesetzern bangten und fühlten alle Gegner des Bonner Atomprogramms diesseits und jenseits der Grenzen.

Auf der anderen Seite die Polizei. Isoliert in der Bevölkerung; die Personifizierung von Brutalität und Zerstörung, lediglich das Kapital im Rücken, aber damit die Macht. Das Kommando des Einsatzleiters genügte, um die Bauwerke eines ganzen Monats binnen Stunden niederzuwalzen, dem Erdboden gleichzumachen.

Auf der einen Seite die Bohrplatzbesetzer. Mit einem großen Teil von ihnen waren viele Menschen in der Bundesrepublik der Meinung, bei solch einer wohlgemeinten, friedlichen und eindrucksvollen Demonstration kämen Regierung und Staat nicht umhin, die berechtigten Belange der Atomkraftgegner anzuerkennen und einzulenken.

Diese Illusionen in unsere Staatsmacht liegen nun unter den Trümmern der Hütten und Holzhäuser. Selbst vor der Lagerkirche machten die Räumkommandos nicht halt. Denen ist nur ihr Profit heilig, sonst nichts.

Auf der anderen Seite chemische Waffen und Gasmasken, mit Wasserwerfern und gepanzerten Fahrzeugen in der Etappe. Auf höheren Befehl umzingelten sie den „Feind", riegelten sie das Gelände mit NATO-Draht ab, befestigten sie ihre Stellung. Planvoll und unerbittlich rückten sie vor, erdrückten für diesmal den Widerstand.

Alle waren sie sich einig, die Herren in Regierungsparteien und Opposition. Bereitwillig schickten auch SPD-regierte Bundesländer ihre Polizeitruppen, bereitwillig ließ Innenminister Baum (FDP) den Grenzschutz auf den inneren Feind marschieren. Und damit das Image unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung auch nicht allzuviel Schaden erleidet, wurden Journalisten per Polizeibefehl davongejagt. Innerhalb von Stunden herrschte in der „Freien Republik Wendland" polizeiliches Standrecht.

Der Widerstand in Gorleben mag am Mittwoch unter den Ketten der Planierraupen erdrückt worden sein, doch in der ganzen Republik flammte er um so heftiger auf. Jeweils 3 000 demonstrierten in Göttingen, Tübingen und Essen; 1 000 gingen in Saarbrücken auf die Straße. Zahlreiche Organisationen, vor allem Jugendverbände, protestierten gegen den brutalen Polizeieinsatz. Zahlreiche Kirchen wurden besetzt.

Die größte Demonstration, zu der auch die KPD/ML aufgerufen hatte, fand in Hamburg statt. 12 000 gaben zu verstehen, daß mit der Liquidierung der „Republik Wendland" der Kampf gegen das Atomprogramm keineswegs erloschen ist.

In einem Flugblatt der KPD/ML, das in Hamburg verbreitet wurde, heißt es:

„5 000 Polizisten und Bundesgrenzschutzbeamte bekämpften und vertrieben über 3 000 Demonstranten, um Platz zu schaffen für radioaktiv verseuchten Müll, der dort auf dem Gelände nach dem Willen der Atomindustrie gelagert werden soll. Atommüll, der noch in Tausenden von Jahren radioaktiv strahlen und damit Menschen und Umwelt verseuchen wird.

Der Tag X zeigt erneut die Skrupellosigkeit der Machthaber hier im Land, denen die Gefährdung der Bevölkerung *nichts*, die Sicherung der Profite und Interessen der (Atom-) Industrie aber *alles* bedeutet."

Abschließend heißt es:

„Wir treten für die Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis unter Ausschluß der Energiemultis ein und fordern angesichts der Macht- und Profitinteressen der Atomindustrie und angesichts der Weiterbaugenehmigung für Brokdorf:

- **Stillegung aller bestehenden und Verbot des Baus weiterer Atomkraftwerke!**
- **Keine Endlagerstätte und Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben!**

„Wir bedanken uns bei den Demonstranten für ihr friedliches Verhalten."

Diese Worte des Einsatzleiters der Polizei lassen an Zynismus nichts zu wünschen übrig, bedenkt man, mit welch kalter Brutalität die Truppen von Polizei und Bundesgrenzschutz gegen die Bauplatzbesetzer vorgegangen sind.

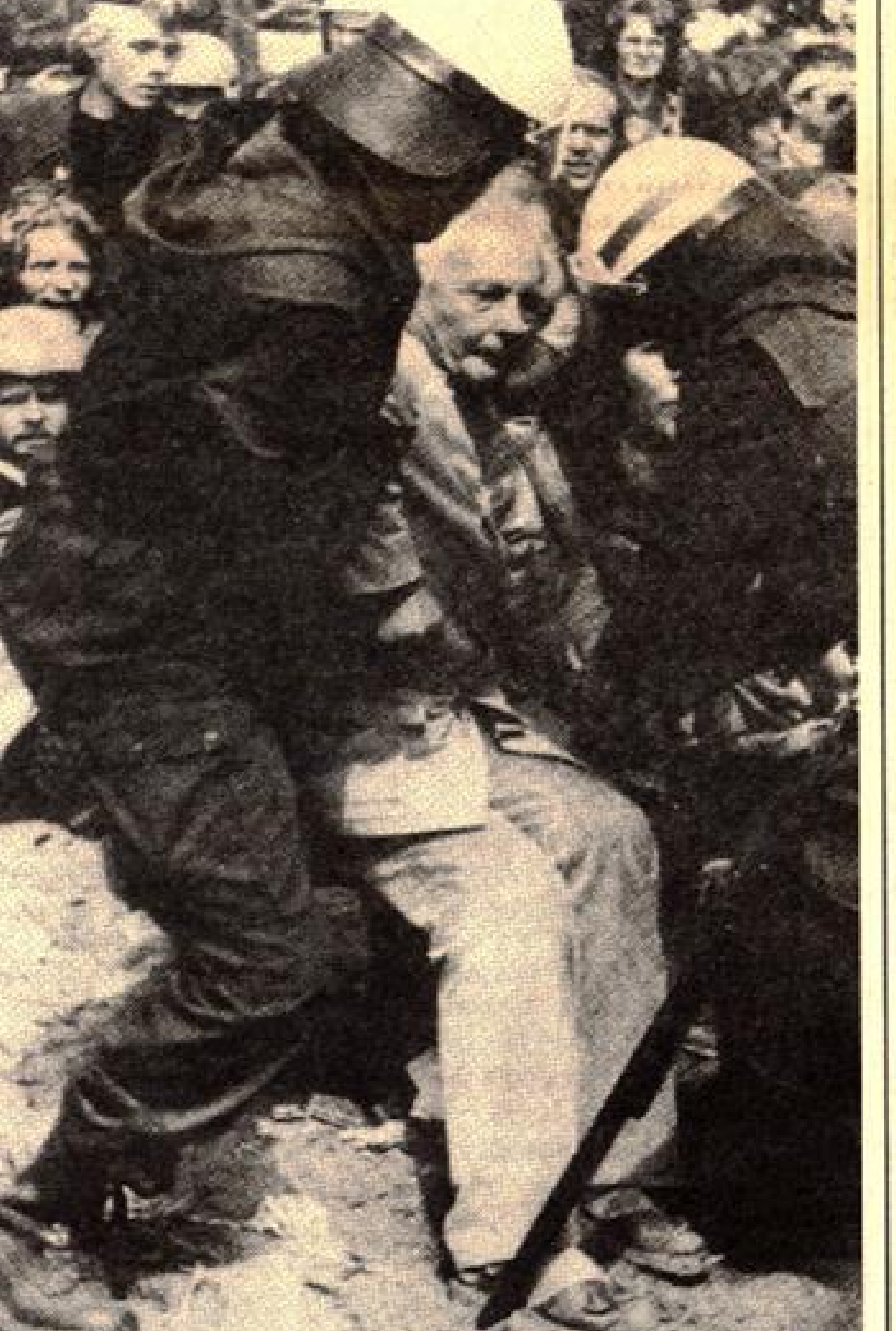
Und tatsächlich, die Formulierungen des Einsatzleiters waren immer von ausgesuchter Höflichkeit gekennzeichnet: „Meine Damen und Herren, bitte seien sie so freundlich und räumen Sie! Wir werden nur so viel Gewalt anwenden, wie sie Widerstand leisten!" Gleichzeitig donnerten Hubschrauber im Tiefflug über das Gelände. Diesmal hat die Polizei „nur" geknüppelt und Kampfgas versprüht. Diesmal hat die Polizei die Besetzer „lediglich" vom Bauplatz geschleift, bis die Köpfe blutig wurden. Was wäre passiert, wenn die Besetzer aktiven Widerstand geleistet hätten, wenn sie sich gegen den unverschämten Zugriff der Polizei zur Wehr gesetzt hätten? Hätte es Tote gegeben, wäre die Räumung in ein blutiges Massaker ausgeartet? Denkt man an die „höflichen" Sprüche des Polizeioffiziers, kann einem übel werden.

Offensichtlich ist die Polizei und der Grenzschutz zu allem entschlossen. In „Wendland" hatte sie es verhältnismäßig einfach. Sie konnte in aller Ruhe den Bürgerkrieg proben. Was aber ist, wenn Streikkämpfe sich ausweiten? Was aber ist, wenn der Aussperrungsterror der Unternehmer mit Betriebsbesetzung beantwortet wird? Was ist, wenn eine machtvolle Demonstration von Kriegsgegnern zu den Kasernen maschiert? Was ist, wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse entschlossen ist, das Joch der Ausbeutergesellschaft abzuwerfen, weil der Prolet nichts zu verlieren hat als seine Ketten?

In solchen Augenblicken wird der Staat erst recht seine Macht und Gewalt ins Spiel bringen, dann wird er schießen, morden und plündern lassen!

Die Bourgeoisie übt ihre Macht gewaltsam aus! Sie kann daher nur mit Gewalt gestürzt werden. Wir, die Arbeiter und Werktätigen, werden in unserem Kampf für den Sozialismus nie in eine Situation kommen, wo wir der Polizei und anderen Bürgerkriegstruppen sagen könnten: „Wir danken euch für euer friedliches Verhalten!" Wenn wir darauf bauen würden, könnten wir uns am besten gleich begraben lassen.

jvt



Der Gewerkschafter Heinz Brandt wird gewaltsam vom Platz geschleppt.



Verschiedene Beamte hatten sich das Gesicht geschwärzt, um auf Fotos nicht erkannt zu werden.



BESETZTES BOHRGELÄNDE IN GORLEBEN GERÄUMT

Flugblatt der KPD/ML



Brutal prügelte die Einsatztruppe um sich.



Mit rücksichtsloser Härte ging man gegen die Bauplatzbesetzer vor.

Opel-Rüsselsheim und die Krisenstrategie der Profithaie in Detroit

Ein Gigant läuft Amok

Droht dem Stammwerk von Opel die Stillegung?

Planen die Bosse von General Motors (GM) die Verschrottung der gesamten Automobilproduktion von Opel-Rüsselsheim? Schon jetzt steht das eine fest: Der Krisenstrategie der Feldherren in der Konzernzentrale von Detroit (USA) sollen bei Opel-Rüsselsheim bis zum Ende nächsten Jahres rund zehntausend Arbeitsplätze zum Opfer fallen. Vieles deutet darauf hin, daß ihr Amoklauf gegen die Arbeitsplätze darüber hinaus das ganze Werk in Rüsselsheim bedroht.

In Rüsselsheim steht das Stammwerk der Adam Opel AG, einer Tochtergesellschaft von General Motors, des größten Automobilkonzerns der Welt. Die Zentrale dieses riesigen Unternehmens befindet sich in Detroit in Nordamerika. In Rüsselsheim, wo ausschließlich die mittleren und größeren Modelle von Opel hergestellt werden, befindet sich auch die Verwaltungszentrale der Opel-Werke. Insgesamt beschäftigt Opel in Rüsselsheim zur Zeit noch mehr als 41 000 Menschen, davon etwa 17 000 Angestellte, die größtenteils im Verwaltungs-, Entwicklungs- und kaufmännischen Bereich tätig sind.

Die Auswirkungen der kapitalistischen Krise, von der die Autoindustrie jetzt weltweit erfaßt wird, bekamen die Opel-Arbeiter in Rüsselsheim zunächst im Sommer vergangenen Jahres zu spüren, als Kurzarbeit eingeführt wurde, die seitdem regelmäßig verfahren wird. Dann sickerte langsam aus den Chefetagen durch, daß Produktionsverlagerungen und Massenentlassungen im Schwange sind. Der Unruhe und Sorge in der Belegschaft hielt man bewußt Lügen entgegen: Die Milliardeninvestitionen des GM-Konzerns im In- und Ausland würden die Rüsselsheimer Arbeitsplätze sicher machen. Allein in Westeuropa errichtet GM zur Zeit sieben neue Autofabriken.

4 000 sollen noch in diesem Jahr gehen

Auch jetzt weigern sich die Kapitalisten, die Karten offen auf den Tisch zu legen. Einige Pläne wurden jedoch inzwischen bekannt: der Motoren-, Achsen- und Getriebebau soll verlagert werden, teils ins Ausland, teils nach Kaiserslautern. Davon sind direkt 3 000 und indirekt weitere 3 000 Arbeitsplätze betroffen. Auch der Bau von Dieselmotoren soll auslaufen und ins Ausland verlagert werden. Teilweise oder ganz droht dieses Schicksal auch dem Presswerk. Durch Rationalisierungen in den Montagebereichen, im Bereich Forschung und Entwicklung sowie im Verwaltungsbereich sind weitere Tausende von Arbeitsplätzen bedroht. Insgesamt läßt sich errechnen, daß den geplanten Maßnahmen, die bisher bekannt sind, in den kommenden eineinhalb Jahren rund 10 000 Arbeitsplätze zum Opfer fallen.

4 300 Beschäftigte sollen noch im kommenden halben Jahr gehen. Die Geschäftsleitung verhandelt zur Zeit mit dem Betriebsrat darüber, daß Belegschaftsmitglieder ab 59 Jahren vorfristig in Rente gehen sollen. Davon wären im Werk Rüsselsheim 1 800 Beschäftigte betroffen. Der größte Teil der Entlassungskosten bleibt den Kapitalisten auf diese Weise erspart: Sie werden aus der Rentenversicherung finanziert. Andererseits sind die betroffenen Kollegen meist froh, daß sie sich nicht bis zum bitteren Ende in der Knochenmühle abrackern müssen. Die anderen 2 500 Beschäftigten will man sich durch Abfindungen vom Halse schaffen. Zur Zeit bemüht sich die Opel-Geschäftsleitung um die Zustimmung des Betriebsrates zu diesem „Belegschaftsabbau".

Mit Vollgas in die Krise

Der Paukenschlag von Rüsselsheim leitet das Übergreifen der kapitalistischen Krise der Automobilindustrie auf die Bundesrepublik und Westberlin ein. Vor knapp einem Jahr brachte der „Rote Morgen" einen Artikel zur Lage in diesem Industriezweig mit der Überschrift: „Mit Vollgas in die Krise!" Damals waren ungeheure Investitionsvorhaben der großen Automobilkonzerne bekanntgegeben worden, die alles bislang Übliche in den Schatten stellten. Weltweit sollen Hunderte von Milliarden Mark für die Errichtung Dutzender neuer sowie für die Modernisierung bestehender Autofabriken in den nächsten fünf bis sechs Jahren ausgegeben werden.

Wir sagten damals voraus, daß dieses Investitionsfieber die Arbeitsplätze nicht etwa sicherer macht, sondern Vorbereitungen der kapitalistischen Autogiganten für einen gnadenlosen gegenseitigen Vernichtungskampf signalisieren, daß der zu diesem Zeitpunkt noch herrschende fieberhafte Boom auf den Märkten der Automobilkapitalisten in eine schwere Überproduktionskrise mündet (vgl. RM Nr. 27 vom 6. 7. 1979, Seite 4). Inzwischen zeigt sich nur zu deutlich, wie richtig wir mit dieser Einschätzung gelegen haben!

Zuerst traf es, beschleunigt durch die Preistreiberei der Ölmultis, die amerikanische Automobilindustrie. Hunderttausende von Arbeitern wurden teils vorübergehend, teils endgültig auf die Straße geworfen. Nun sind auch wir in Europa an der Reihe. Die Absatzeinbrüche betreffen — unter anderem auch aufgrund der gestiegenen Benzinpreise — die größeren und mittleren Modelle zuerst. Danach aber werden unweigerlich auch die kleineren, die Golf, Kadett, Escort usw. an die Reihe kommen.

Im Rüsselsheimer Opelwerk werden ausschließlich die größeren Benzinfresser gefertigt. Dementsprechend gab es in diesem Frühjahr für die verschiedenen Rüsselsheimer Modelle einen Nachfragerückgang, der teilweise höher als 50 Prozent liegt. Weil Opel als einziges kleines Modell den in Bochum gefertigten Kadett anbietet, schrumpft die Nachfrage nach Opel-Wagen insgesamt weit überdurchschnittlich. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gingen die Neuzulassungen für Opel-Personenautos in den ersten vier Monaten 1980 um 19,4 Prozent zurück.

Der Gesamtrückgang von Neuzulassungen für PKWs in der Bundesrepublik betrug im gleichen Zeitraum dagegen nur 9,4 Prozent. Opel mit seinen weitgehend schweren und teuren Karossen mußte infolgedessen einen Rückgang seines Marktanteils in der Bundesrepublik von 18,9 auf 16,9 Prozent hinnehmen.

Gnadenloser Konkurrenzkampf

Die Profithaie in der Konzernzentrale von Detroit denken natürlich nicht im Traum daran, künftig kleinere Brötchen als bisher zu backen. Im Gegenteil: Aus der jetzigen Krise wollen sie als der größte Gewinner hervorgehen. Das zeigen die zynischen Worte des GM-Präsidenten Eliot Estes: „Wir werden Ford und den Japanern den Darminhalt ausdrücken". Um dieses edle Ziel zu erreichen, wollen die GM-Autokönige in den kommenden Jahren weltweit zahlreiche neue Fabriken errichten (davon sieben in Westeuropa) sowie bereits bestehende Fabriken — soweit sie nicht stillgelegt werden — modernisieren und durchrationalisieren. Für diese Zwecke wollen die GM-Konzernherren sage und schreibe zwischen 75 und 90 Milliarden Dollar ausgeben! Allerdings wollen sie nur ca. ein Drittel davon aus der eigenen Tasche bezahlen — der Hauptteil soll von den Steuerzahlern der entsprechenden Staaten aufgebracht werden und sich in Form von „Investitionshilfen" in das Kapital der GM-Konzernherren verwandeln. Zum Beispiel finanziert der österreichische Staat zwei Drittel der Kosten für ein neues GM-Motorenwerk bei Wien.

Nicht zuletzt diese staatlichen Investitionshilfen stacheln die Monopole in ihrem Amoklauf um die Marktanteile, in ihrem Vernichtungskampf gegeneinander noch an. Sie erleichtern es ihnen gerade in Zeiten der Überproduktionskrise, sich durch hemmungslose Ausweitung der Kapazitäten gegenüber der Konkurrenz Vorteile zu erringen. Diese gigantischen staatlichen Geschenke tragen auch erheblich dazu bei, daß es für die Monopole meist weit lukrativer ist, neue Werke zu bauen und alte stillzulegen, als die alten Werke auszubauen und zu modernisieren. Zudem kann man die neuen Werke dann an dem Standort bauen, wo billige Arbeitskräfte und sonstige Vorteile vorhanden sind.

Was geschieht, wenn in den neuen Werken in Österreich und Spanien, die im Bau sind, wie geplant jährlich 300 000 Autos vom Band gehen? Was wird geschehen sein, wenn GM seinen Plan wahrgemacht hat, bis 1983 seine Jahresproduktion von gegenwärtig 1,3 Millionen PKWs auf über sechs Millionen zu steigern? Welche Folgen werden die dementsprechenden Maßnahmen der anderen Automobilgiganten zeitigen?

Hier werden Überkapazitäten von ungeheurem Ausmaß geschaffen. Die kapitalistischen Regierungen finanzieren diese wahnwitzige kapitalistische Anarchie! Daß dann die Arbeiter und unteren Angestellten die Zeche zahlen müssen, ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Massengrab für Arbeitsplätze?

Raubtierhaft nannte der Betriebsratsvorsitzende von Opel/Rüsselsheim, Richard Heller, kürzlich das Verhalten der Automobilkapitalisten. Man ist versucht, die unschuldige Kreatur vor einem solchen Vergleich in Schutz zu nehmen. Niemals entwickelt ein Raubtier eine derartige unersättliche, jeder Vernunft spottende, grenzenlose Gier und Gefräßigkeit, einen solch hemmungslosen Destruktionstrieb! Letzterem droht nun auch das Rüsselsheimer Opel-Werk zum Opfer zu fallen. Nach den eigenen Worten der GM-Bosse war dieses Werk bislang eine „Goldgrube" für sie. Jetzt wollen sie diese absaufen lassen und daraus ein Massengrab für Arbeitsplätze machen.

Aber Rüsselsheim ist, wie gesagt, nur der erste Paukenschlag. Betriebsratsvorsitzender Heller sagte, die Krise in der Automobilindustrie könne die gesamte Wirtschaft „ins Rutschen bringen", denn sie habe ein enormes gesamtwirtschaftliches Gewicht. Der Mann hat recht! Ziehen wir daraus unsere Konsequenzen! Die Arbeiterklasse muß ihre Waffen schmieden, muß sich rüsten, um die Arbeitsplatzkiller zu stoppen!

Und wie kann man sie stoppen, diese Profithaie? Nur durch den revolutionären Klassenkampf, durch die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!

hf



Mehr als 800 Vertrauensleute trafen sich in der Rüsselsheimer Stadthalle. Die Stimmung war sehr kämpferisch. „Wir müssen einen konsequenten Kampf gegen die Vernichtung unserer Arbeitsplätze führen" — war die einheitliche Meinung der Kollegen.

Opel-Vertrauensleute beschließen Kampfmaßnahmen

Kampffront gegen Arbeitsplatzvernichtung formiert sich

RGO-Vorsitzender: Kämpfen wir gemeinsam!

RÜSSELSHEIM. — Im Opel-Werk von Rüsselsheim und darüber hinaus in der Stadt formiert sich eine breite Kampffront zur Verteidigung der bedrohten Arbeitsplätze. Gemeinsam mit der ganzen Bevölkerung müssen die Angriffe der Konzernherren von General Motors durch Kampfaktionen gestoppt werden. Darin waren sich am Montag vergangener Woche 800 Kollegen auf der Vertrauensleute-Vollversammlung in der Rüsselsheimer Stadthalle einig.

Die Vertrauenskörperleitung wurde beauftragt, ein Aktionsprogramm zum Kampf mit aller Härte gegen die geplante Arbeitsplatzvernichtung aufzustellen. Zum Monatsanfang des Juli soll der Kampf einen ersten Höhepunkt in einer machtvollen Massendemonstration in Rüsselsheim finden. Diese Demonstration muß so gewaltig sein — forderten die Kollegen —, daß Rüsselsheim aus allen Nähten platzt!

Die Vollversammlung verlief in einer außergewöhnlich kämpferischen Atmosphäre. Kollegen prangerten die Vorgehensweise der Opel- und GM-Bosse an, und nannten sie einen „Ausdruck schonungsloser kapitalistischer Marktpolitik". Die Belegschaft fordert von der Werksleitung, daß endlich mit der skandalösen Geheimhaltungspolitik Schluß gemacht wird und die Pläne der Konzernherren offen und restlos auf den Tisch gebracht werden.

Die Kollegen sind sich dessen bewußt, daß die geplanten Maßnahmen — 10 000 Arbeitsplätze sollen bis Ende 1981 vernichtet werden, und es besteht der Verdacht, daß letztlich das ganze Werk stillgelegt werden soll — auch für die Region Rüsselsheim ein ungeheurer Schlag sind. Jeder fünfte Rüsselsheimer arbeitet bei Opel!

Nicht zufällig waren als Gäste Vertreter der Belegschaft der Vereinigten Flugzeugwerke in Speyer eingeladen, die einen Film über den unvergessenen Kampf der Belegschaft von den Flugzeugwerken und der Bevölkerung von Speyer vorführten. Durch diesen konsequenten Kampf konnten die Kollegen in Speyer vor sechs Jahren die geplante Stillegung des Werkes verhindern!

Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) will mit aller Kraft den Kampf in Rüsselsheim gegen die Arbeitsplatzvernichtung unterstützen. Dies erklärte der Vorsitzende der RGO, Thomas Scheffer, gegenüber dem „Roten Morgen". Thomas Scheffer sagte, auch von zentraler Ebene aus werde die RGO Unterstützung organisieren. Unter anderem sei ein zentrales Flugblatt in Vorbereitung, das vor den wichtigsten Autowerken der Bundesrepublik und Westberlins verteilt und zur Solidarität mit den Rüsselsheimer Kollegen aufrufen soll.

Thomas Scheffer sagte weiter: *„Was heute die Kollegen in Rüsselsheim trifft, das kann schon bald die Belegschaft in jedem anderen Autowerk treffen, egal, ob bei Ford, VW, Daimler-Benz oder BMW. Der Kampf in Rüsselsheim hat exemplarische Bedeutung. Wir von der RGO unternehmen deshalb große Anstrengungen, um einen Beitrag dafür zu leisten, daß die Arbeitsplatzkiller von General Motors gestoppt werden.*

Wir rufen die deutschen und die ausländischen Kollegen auf, einig und geschlossen gegen die Angriffe der Kapitalisten zu kämpfen, für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze, dafür, daß Rüsselsheim vor dem Würgegriff der General-Motors-Konzernherren gerettet wird!"



Eugen Loderer zeigt Flagge

Chauvinist und Stiefellecker von Carter

FRANKFURT. — In der letzten Ausgabe der „metall" nimmt der IGM-Vorsitzende Loderer zum Besuch einer Delegation des Vorstandes der IG Metall bei den Gewerkschaften der USA Stellung. Loderer ergreift dabei unverhüllt Partei für den amerikanischen Imperialismus und seine Politik der Konfrontation und Bedrohung der Völker.

In dem Leitkommentar auf Seite 3 („Zur Sache") schreibt Loderer über die Gespräche seiner Delegation mit den Bonzen der USA-Gewerkschaften: *„Auch die amerikanischen Kollegen leitet die Sorge um die Sicherung des Friedens. Wir sind uns mit ihnen einig über die Ursachen der gegenwärtigen Spannungen und über die besondere Verantwortung der Regierungen in Moskau und Teheran."*

Loderers Worte besagen im Klartext, daß die USA für die weltpolitischen Spannungen, für die wachsende Kriegsgefahr keine Verantwortung tragen, daß diese Supermacht ein friedliches Unschuldslämmchen ist. Welch eine ungeheuerliche Verzerrung der wirklichen Verhältnisse! Welch ein Chauvinismus!

Wer nur Afghanistan sagt, wer nur die Verbrechen der russischen Sozialimperialisten verurteilt, jedoch die der Kriegstreiber und Völkermörder in Washington vertuscht, der läßt sich nicht von der „Sorge um die Sicherung des Friedens" leiten! Wer die verlogene Hetze Carters gegen den Iran mitmacht, verhöhnt den gerechten Befreiungskampf der unterdrückten Völker, ist ein Stiefellecker des bluttriefenden amerikanischen Imperialismus!

Daß Loderer dieses erbärmliche Haltung einnimmt, daß er voll hinter dem proamerikanischen Kurs seines Freundes Helmut Schmidt steht, gibt er in seinem Kommentar klar zu erkennen: *„Wir haben dargelegt, daß in Westeuropa Stimmungen und Gefühle gegen Amerika aufkeimen könnten und damit die Dinge geradezu auf den Kopf gestellt würden."*

Das ist also die Sorge, von der Loderer sich leiten läßt: „daß in Westeuropa Stimmungen und Gefühle gegen Amerika aufkeimen könnten". Er sorgt sich darum, daß die Arbeiter und Werktätigen Westeuropas konsequent den Frieden verteidigen könnten, indem sie *beide* Supermächte bekämpfen und die sogenannte „Solidarität" mit den Kriegsverbrechern in Washington zurückweisen. Das paßt dem Friedensheuchler nicht in den Kram!

Im übrigen keimen diese Stimmungen schon kräftig. Auch bei uns in der Bundesrepublik, gerade in der Gewerkschaftsbewegung. Die Mehrzahl der aktiven Gewerkschafter läßt sich heute nicht mehr das Märchen erzählen, die NATO sei ein friedliches Verteidigungsbündnis und die amerikanischen Oberherren der NATO seien unsere Freunde. Dutzende von Entschließungen gewerkschaftlicher Konferenzen, in denen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen der NATO in Westeuropa abgelehnt und sowohl die Besetzung Afghanistans durch den sowjetischen Militärstiefel, als auch die aggressive Weltmachtpolitik der USA verurteilt wird, bezeugen es.

Nun doch noch „Wahlprüfsteine"

Vetter muß zurückstecken

DÜSSELDORF. — Der Plan der reaktionären DGB-Führer um Heinz-Oskar Vetter, die „Prüfsteine zur Bundestagswahl" zu kippen, ist nach teilweise harschem Protest aus den Einzelgewerkschaften gescheitert. Der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Mahlein, hatte angesichts der Pläne, die „Prüfsteine" abzuschaffen, der DGB-Spitze vorgeworfen, vor Strauß zurückzuweichen.

Zweifellos ist es ein Erfolg, daß die breite Kritik in den Gewerkschaften H.O. Vetter veranlaßten, nun doch die umstrittenen „Wahlprüfsteine" vorzulegen.

Doch was ein richtiger Reaktionär ist, gibt sich so schnell nicht geschlagen. Und so gelang es Vetter, verschiedene höchst bedenkliche Punkte in den Wahlprüfsteinen zu verankern.

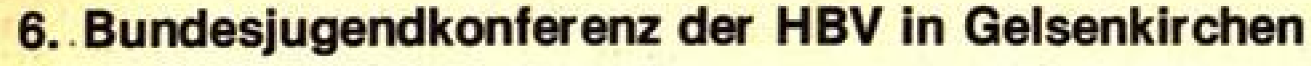
Scharf zurückgewiesen werden muß zum Beispiel die Erklärung, daß auf den Ausbau der Atomenergie „gegenwärtig nicht verzichtet werden kann". Wenn es die DGB-Spitze ernst nähme mit der Forderung nach Vollbeschäftigung (Prüfstein Nr. 1), so stünde sie vor der Aufgabe, den Stopp des Bonner Atomprogramms und die Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis zu fordern.

Begrüßenswert ist, daß der Friedenssicherung breiter Raum gewährt wird; zweifelhaft und beschönigend aber ist es, die **Fortsetzung** der Entspannungspolitik zu fordern, denn von Entspannung, die fortgesetzt werden könnte, kann überhaupt keine Rede sein.

Mit allem Nachdruck benutzt werden muß der Prüfstein Nr. 9, der im Zusammenhang mit der Verteidigung der Tarifautonomie den „Kampf gegen die Aussperrung mit dem Ziel eines generellen Verbots der Aussperrung" fordert. Bei konsequenter Auslegung dieses Punktes kämen weder SPD, noch CDU/CSU und FDP als zu wählende Partei in Frage!

Die unverschämten Anwürfe der Unternehmerverbände auf den DGB, die Wahlprüfsteine seien eine „ebenso massive wie unerträgliche Beeinflussung der persönlichen Wahlentscheidung der DGB-Mitglieder", ist ein weiterer Versuch, die Gewerkschaftsmitglieder davon abzuhalten, auf der Grundlage der Arbeiterinteressen in den Wahlkampf einzugreifen.

Schade nur, daß die DGB-Spitze die Möglichkeit verschenkt hat, dies konsequent zu tun.





Unternehmerwillkür — staatlich geschützt

Streik bei Spinner zu Ende

MÜNCHEN. — Nach 16 Wochen ging der Streik bei der Maschinenbaufirma Spinner in Sauerlach bei München zu Ende. Trotz ihres großen kämpferischen Einsatzes und ihrer Ausdauer konnten die Kollegen ihre Forderung nicht durchsetzen. Die 23 streikenden Arbeiter haben jedoch die Arbeit bei Spinner nicht wieder aufgenommen. Sie haben allesamt fristlos gekündigt.

Der Spinner-Streik und sein Ende durchleuchten schlaglichtartig die süßliche Phrase vom „sozialen Rechtsstaat", den wir angeblich in der Bundesrepublik haben. Spinner gehört zu jener Sorte von Kapitalisten, die in „ihrem" Betrieb über „ihre" Arbeiter noch heute ein schrankenloses Willkürregime führen wollen, so wie es vor hundert Jahren an der Tagesordnung war.

Spinner schloß sich keinem Unternehmerverband an, was ihn nach in diesem Staat geltendem Recht davon entbindet, die von der Gewerkschaft abgeschlossenen Tarifverträge anzuerkennen. Das Ansinnen der IG Metall nach einem Werkvertrag, in welchem Spinner sich verpflichtet, den Arbeitern die in den normalen Tarifverhandlungen von der IGM erreichten Verbesserungen automatisch zu gewähren, wies er strikt zurück. Deshalb kam es zum Streik.

Die Kollegen kämpften lange. Und sie erhielten breite Unterstützung. Die Sympathie der Münchener Gewerkschafter und der arbeitenden Bevölkerung war voll auf ihrer Seite. Es wurde sogar eine Kundgebung vor dem kleinen Werk in Sauerlach abgehalten, zu der mehr als 600 Kollegen aus anderen Fabriken gekommen sind.

Aber all dies half nichts. Spinner blieb unnachgiebig.

Das asoziale, zynische, skrupellose Umgehen eines Kapitalisten mit „seinen" Arbeitern wird in diesem Staat nicht verfolgt, nicht geahndet, von keinem Gesetz verboten. Sozialer Rechtsstaat? Sozial kaum, wohl aber rechts!

Anträge zur Verteidigung der Einheitsgewerkschaft

Das Gift der Spaltung erkannt

Den fortschrittlichen Gewerkschaftern blieb es nicht verborgen, daß der Entwurf des DGB-Bundesvorstands versucht, in das Grundsatzprogramm das Gift der Spaltung einzuschmuggeln und damit eine gefährliche Waffe gegen die Einheitsgewerkschaft zu schmieden. Wir zitieren im folgenden aus einigen Anträgen und Entschließungen, die von verschiedenen Gremien und Gliederungen der Gewerkschaften zur Verteidigung der Einheitsgewerkschaft beschlossen wurden.

Die 12. Bundesjugendkonferenz der IG Metall, die vom 24. bis 26. April tagte, forderte in einer Entschließung zum DGB-Grundsatzprogramm unter anderem, *„daß in der Präambel bei der Beschreibung der Einheitsgewerkschaft der Halbsatz gestrichen wird, in dem die in der Einheitsgewerkschaft zusammengeschlossenen politische Strömungen der Arbeiterbewegung auf die ‚freiheitlich-sozialistischen und christlich-sozialen' Strömungen eingeengt werden."* In der Begründung für diese Forderung heißt es unter anderem:

„Angesichts der Tatsache, daß in der Einheitsgewerkschaft Arbeiter, Angestellte und Beamte mit unterschiedlichen weltanschaulichen Haltungen und Meinungen vereint sind, ist die Wahrung der Toleranz bei gleichzeitiger Betonung der notwendigen Unabhängigkeit der Gewerkschaften unabdingbar.

Ohne Toleranz kann die Idee der Einheitsgewerkschaft, in der Vertreter unterschiedlicher weltanschaulicher Richtungen vereinigt sind (zum Beispiel Marxisten und Christen) nicht existieren. Es ist deshalb besonders notwendig, wenn wir Wert auf die Betonung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften legen, auch wieder den Begriff der Toleranz aufzunehmen. Das eine ist ohne das andere nicht machbar."

Die Ortsdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) in Essen fordert die Streichung der „ideologischen Unvereinbarkeitsklausel":

„In der Präambel des Grundsatzprogramms soll der Satz, weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar' gestrichen werden.

*Begründung: Die Einheitsgewerkschaft soll für alle Arbeitnehmer offen bleiben, die die Satzung und Beschlüsse der Gewerkschaften anerkennen, unabhängig davon, welche Weltanschauung sie vertreten oder welcher Partei, Religion oder Nationalität sie angehören. Jedes Mitglied, das sich aktiv für die Interessen der Arbeitnehmer einsetzt, hat somit auch das Recht, unter Beachtung der obigen Grundsätze gewerkschaftliche Ehrenämter zu bekleiden. **Es ist aufgrund der meinungsvielfalt in einer Gewerkschaft nicht möglich, einen Mißbrauch der Gewerkschaften durch ‚Ideologie' festzustellen. Nur Taten gegen die Einheitsgewerkschaft können belegt werden.**"* (Hervorhebungen durch uns — RM.)

6. Bundesjugendkonferenz der HBV in Gelsenkirchen

„Sozialpartnerschaft ist absolut falsch!"

Gegen Strauß — Für Frieden — Gegen DGB-Reaktionäre

GELSENKIRCHEN. — Am 31. Mai und 1. Juni fand in Gelsenkirchen die 6. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherung (HBV) statt, die in sehr kämpferischer Atmosphäre verlief. Mit berechtigtem Stolz konnten die Delegierten auf die letzten Jahre zurückblicken. Die HBV-Jugend ist auf fast 90 000 Mitglieder angewachsen, die DAG, die ihre Spalterpolitik insbesondere in jenen Branchen betreibt, in denen die HBV arbeitet, konnte zurückgedrängt werden. Gegenwärtig werden 53 Prozent der Jugendvertretungssitze von HBV-Mitgliedern gehalten, 22 Prozent von der DAG.

Christian Götz, Chefredakteur der HBV-Zeitung „Ausblick" und künftig im geschäftsführenden Hauptvorstand für Jugendarbeit zuständig, hielt das Hauptreferat.

Klar und deutlich wies Kollege Götz darauf hin, **daß der Kapitalismus notwendigerweise Krisen produziere.** Deshalb sei es „absolut falsch, mit sogenannter Sozialpartnerschaft zu reagieren".

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr forderte Kollege Götz unter dem Beifall der Delegierten, der 1. September müsse neben dem 1. Mai ein Tag werden, an dem die organisierte Arbeiterschaft mit machtvollen Demonstrationen für die Verteidigung des Friedens eintrete.

Im Zusammenhang mit der Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß wandte sich Christian Götz mit Nachdruck gegen Theorien, die den Antritt des CSU-Chefs lediglich als „normalen politischen Vorgang" begreifen. Ein Kanzler Strauß bedrohe vielmehr elementare Arbeiter- und Gewerkschaftsinteressen! Deshalb seien die Gewerkschaften **verpflichtet**, deutliche Positionen gegen Strauß und sein politisches Programm zu beziehen. **Und er fügte hinzu, es sei skandalös, wenn einige DGB-Kreisvorsitzende dies zu verhindern suchen.**

Hier kann man dem Kollegen Götz nur zustimmen, doch sollte man getrost ergänzen, daß die Stillhaltetaktik gegenüber dem Gewerkschaftsfeind Nr. 1 in den Chefetagen der DGB-Zentrale beschlossen wurde.

Ausführlich ging Kollege Götz auf die Verteidigung der **Einheitsgewerkschaft** ein. Scharf kritisierte er in diesem Zusammenhang die Präambel des DGB-Grundsatzprogrammentwurfs, die den geschichtlichen Ursprung der Gewerkschaft auf sozialdemokratische und christliche Wurzeln verkürzt und die Rolle der Kommunisten auszugrenzen sucht. Hans Preiss (IGM-Vorstand) wurde zitiert: **„Wer den Gegner aus den Augen verloren hat und stattdessen meint, im politisch andersdenkenden Kollegen den Feind bekämpfen zu müssen, der hat immer noch nicht kapiert, was Einheitsgewerkschaft ist."**

Anschließend nahm Kollege Götz verschiedene Maßnahmen des DGB-Bundesvorstands aufs Korn, die auf die Schwächung der Einheitsgewerkschaft abzielen.

Kritisiert wurde die Entlassung des „ran"-Redakteure, die Amtsenthebung des Bundesjugendsekretärs Hawreliuk, der Stopp der Antikriegs-Broschüre, das Verbot zum Internationalen Frauentag.

Der Reaktionär Karl Schwab, der im DGB-Bundesvorstand für Jugendarbeit zuständig ist, bekam persönlich sein Fett: **„Karl Schwab und die pädagogischen Mitarbeiter in** *Oberursel haben uns exemplarisch vor Augen geführt, wie sehr eine prinzipielle Haltung des antikommunismus im wahrsten Sinne des Wortes den Blick verengt und damit praktisch die Fähigkeit schmälert, tatsächliche Probleme zu erkennen und zu lösen."*

Klassenkämpferische Gewerkschafter hinein in die RGO!

Eigentlich enthielt die Rede des Kollegen Götz viele Punkte und Aspekte, die zu einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik gehören. Und das ist gut so und unterstützenswert!

Diese Politik zu fordern und zu formulieren ist die eine Sache; die andere ist, sie umzusetzen. Hier machen Gewerkschafter immer deutlicher die Erfahrungen, daß die reaktionären Bonzen in den Vorständen der Gewerkschaften fortschrittliche Anträge und Resolutionen am liebsten im Papierkorb verschwinden lassen würden.

Gäbe es eine gut ausgebaute innergewerkschaftliche Demokratie, es gäbe keinen Vetter an der DGB-Spitze, es gäbe keinen Jugendverantwortlichen Schwab, den man besser Verantwortlichen für antikommunistische Hetze nennen sollte.

Um die Politik der kämpferischen Gewerkschafter möglichst breit durchzusetzen, ist der Zusammenschluß aller klassenkämpferischer Gewerkschafter, aller Gewerkschafter, die die Sozialpartnerschaft ablehnen, auf breiter Grundlager notwendig. Anders ist die Macht und das Diktat der Bonzen nicht zu brechen. Sich innerhalb des DGBs auf klassenkämpferischer Grundlage zusammenschließen, bedeutet heute nichts anderes, als der RGO beizutreten.

Regierung und Opposition bauen Bollwerk gegen politische Flüchtlinge

Tandler fordert Internierungslager

Asylpolitische Debatte vom Geist des Faschismus geprägt

Nach Berechnungen der Bundesregierung werden für dieses Jahr doppelt soviele politische Flüchtlinge in unserer Republik erwartet, wie im letzten Jahr. Das werden mehr als 100 000 sein. Bereits im Januar wurden knapp 10 000 registriert, die Hälfte kam aus der Türkei. Eigentlich dürfte an dieser Zahl nichts Besonderes sein, bedenkt man, daß Britannien oder Frankreich allein 1978 jeweils fast 150 000 politischen Flüchtlingen Asyl gewährt hat. Doch für die reaktionäre Regierung und die noch reaktionärere Opposition in Bonn dürfen diese 10 000 Flüchtlinge auf keinen Fall im Lande bleiben. Fieberhaft wird überlegt, wie man sie wieder loswerden kann. Ein erschütterndes Armutszeugnis für ein Land, auf dessen Territorium vor 40 Jahren die faschistische Bestie tobte und eine große Zahl von Antifaschisten und Hitler-Gegnern nur deshalb überlebte, weil sie im Ausland politisches Asyl fanden.

In einem sind sich Regierung und Opposition einig. Da die Aufnahme politischer Flüchtlinge gegenwärtig noch verfassungsrechtlich geboten ist (wie lange noch?), werden große Teile des zu erwartenden Flüchtlingsstroms zu heimtückischen Dieben und Wegelagerern erklärt, die nichts Besseres zu tun haben, als dem westdeutschen Steuerzahler auf der Tasche zu liegen, als dem westdeutschen Arbeiter die Arbeitsplätze wegzunehmen. Einem Großteil der Asylsuchenden wird von vorneherein der Rang des politischen Flüchtlings aberkannt, er wird zum Wirtschaftsflüchtling degradiert, auf den dann das Verfassungsgebot des politischen Asyls nicht mehr zutrifft.

Hinterhältig ist sie, weil sie darauf abzielt, ausländerfeindliche Stimmung in unserem Volk zu fördern und anzuheizen, die gegenwärtig unter anderem von NPD-Kadern unter der Parole „Ausländer raus!" angezettelt wird. Der westdeutsche Arbeiter soll vergessen, daß es der Unternehmer ist, der ihm den Arbeitsplatz geraubt hat. Aus dieser Demagogie kann sehr schnell Schlimmeres werden, kann Rassenhaß und militanter Chauvinismus entstehen. Wir Deutsche wissen, wohin das führt.

Diese Argumentation ist durchsichtig, denn bei näherer Betrachtung fällt die Behauptung, es handele sich in erster Linie um Wirtschaftsflüchtlinge, die sich von westdeutscher Sozialhilfe ein schönes Leben machen wollen, kläglich in sich zusammen. Die Regierung spricht davon, daß die Hälfte der Flüchtlinge der letzten Monate aus der Türkei kam und daß dieser Trend anhalten wird. Jeder, der die politische Entwicklung der letzten Jahre und Monate in der Türkei kennt, wird bestätigen, daß die politische Situation im östlichen NATO-Staat keineswegs durch die Entwicklung und Ausübung demokratischer Rechte bestimmt ist, sondern daß die Völker der Türkei gewissermaßen mit einem Bein im offenen Faschismus stehen. Eine faschistische Machtergreifung der Militärs kann kein Mensch mehr ausschließen, seit die Demirel/Türkesch-Clique an der Regierung ist und ein Pogrom nach dem anderen gegen die Arbeiterklasse, gegen Antifaschisten und Demokraten inszeniert. Das Todesurteil gegen den jungen Antifaschisten Erdal Eren (siehe auch Seite 7) steht für das politische Klima in der Türkei.

Doch nehmen wir die Bundesregierung einmal beim Wort. Unterstellen wir einmal, die politischen Flüchtlinge aus der Türkei kämen in Wirklichkeit aus wirtschaftlichen Gründen. Warum will man sie dann aus unserem Land ausweisen? Gelten in diesem Fall all die Sprüche von der Freizügigkeit nicht mehr, die mit Blick nach Osten zu jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zu hören sind?

Auf der anderen Seite, warum sorgt man nicht durch gezielte Wirtschaftshilfe an die Türkei für die Schaffung von Arbeitsplätzen, auf daß die Ursache für die vorgebliche Flucht aus wirtschaftlichen Gründen wegfiele? Stattdessen wirft man den reaktionären und faschistischen Kräften Milliarden Mark in den Rachen und finanziert auf diese Weise das Blutbad, das Militärs, Faschisten und Agenten unter den Werktätigen anrichten.

England und Frankreich nehmen weit über 100 000 politische Flüchtlinge auf, ohne mit der Wimper zu zucken. Ist nicht immer die Rede davon, wie gut es uns Deutschen in wirtschaftlicher Hinsicht im Vergleich mit anderen europäischen Ländern geht? Und dieses „Modell Deutschland" soll nicht in der Lage sein, 100 000 politischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren? Das ist absolut lächerlich!

Bundesinnenminister Baum, der sich darin gefällt, sich so oft er kann, in liberaler Pose zu zeigen, ist entschlossen, hart durchzugreifen. Er will jene Praxis, die heute schon gang und gäbe ist an westdeutschen Grenzen, Asylbewerber erst gar nicht in die Bundesrepublik hereinzulassen, gesetzlich sanktionieren. Die Folge wäre, daß der Bundesgrenzschutz vollends in die Rolle einer eigenständigen Grenzpolizei hereinwachsen würde. Jeder politische Flüchtling wäre dann völlig auf Gedeih und Verderb dem im faschistischen Geist erzogenen Grenzschützern ausgeliefert. Welches Schicksal einer unter diesen Bedingungen Flüchtlingen aus den lateinamerikanischen Militärdiktaturen beschieden wäre, braucht man sich nicht weiter auszumalen.

Weiter zielt Baum auf eine Verkürzung des Asylverfahrens ab. Die Verhandlungskommissionen sollen durch Einzelpersonen ersetzt, der Rechtsweg weiter eingeschränkt werden. Was die Verkürzung des Asylverfahrens betrifft, das bis zu fünf oder sieben Jahre dauern kann, so wäre das nur zu begrüßen. Man bräuchte nur die Personaldecke des Bundesamtes in Zirndorf entsprechend zu erweitern, und schon wäre das Problem gelöst.

Baums Vorstellungen allerdings zielen darauf ab, die Bundesrepublik zu einem Bollwerk gegen ausländische Antifaschisten, Demokraten und Kommunisten zu machen.

Sie sollen in den Folterkellern und Todeskammern der faschistischen Militärs verschwinden und hier keinen Unfrieden stiften. Genau das ist die brutale Logik der Schmidtschen Regierungsmannschaft. Mit den eigenen Linken hat man schon genug zu tun, da braucht man sich nicht noch ausländische aufzuhalsen.

Die Pläne von CDU und CSU zielen exakt in dieselbe Richtung. Sie sind allerdings noch offener, noch unverschämter, ja geradezu von arrogantem Chauvinismus und rassistischen Gedanken geprägt.

Der bayrische Innenminister Tandler, der kürzlich das Erstarken des Neofaschismus auf die Ausstrahlung des Films „Holocaust" zurückführen wollte, will an jedem Grenzübergang Richter etablieren, die im Schnellverfahren über die Zulässigkeit von Asylanträgen urteilen sollen. Berufung oder Revision sind nicht vorgesehen. **Tandler sollte gleich den Grenzrichter oder das Standrecht für politische Flüchtlinge fordern, das käme der Wahrheit schon sehr nahe.**

Falls man die Antragsteller doch ins Land lassen sollte, so müssen sie, den Vorstellungen Tandlers gemäß, in Lagern interniert werden, die den Charakter von geschlossenen Anstalten haben sollen.

Diese Pläne erinnern mit aller Deutlichkeit an Praktiken, die Deutschland vor vierzig Jahren eine grausame Berühmtheit eingetragen haben.

Die Vorstellungen der Faschisten und Reaktionäre in den Reihen der Unionsparteien sind nicht nur eine offene Kriegserklärung an die politischen Flüchtlinge, die sich vertrauensvoll an das vermeintlich demokratische Deutschland wenden, um vor heimischer Folter bewahrt zu werden, sie sind nicht nur eine offene Kriegserklärung an alle fortschrittlich gesinnten Menschen in unserem Land, die insbesondere aufgrund unserer jüngsten Vergangenheit eine große Verantwortung gegenüber politischen Flüchtlingen empfinden, diese Pläne sind eine ungeheure Provokation für die gesamte Weltöffentlichkeit. Sie dokumentieren, daß der alte faschistische Geist, der totgeglaubte, nicht nur fröhliche Urstände feiert, sondern in erschreckender Weise wieder an Einfluß in höchste Kreise gewonnen hat. Ein Schrei der Empörung wäre die richtige Antwort auf solch provokatorische Ansinnen!!

Das Grundrecht auf politisches Asyl wird ausgehöhlt

April 1977: Der chilenische Flüchtling Roberto Moreno darf erst nach schärfster Intervention seiner Anwälte und seiner seit 1974 in Bremen lebenden Familie in Bremen bleiben. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Walthemathe hat so seine Vermutungen, warum das Asylverfahren zu scheitern drohte: „Es ist nicht auszuschließen, daß die chilenische Geheimpolizei Daten über Moreno an den Verfassungsschutz weitergeleitet hat."

***

Februar 1978: Der regierende Bürgermeister von Berlin, Stobbe, macht Schlagzeilen durch die massenhafte Abschiebung von politischen Flüchtlingen aus Pakistan, die über Ostberlin eingereist waren. Bevor es überhaupt zu einem Asylverfahren kommen konnte, hatte man sich die unliebsamen Flüchtlinge vom Hals geschafft.

***

Juni 1978: Der Bundestag beschließt einstimmig, das Widerspruchsverfahren abzuschaffen. Nun muß der Antragsteller nach gescheitertem Anerkennungsverfahren sofort vor die Verwaltungsgerichte.

***

November 1979: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion legt einen Gesetzentwurf vor, der auf eine weitere Verschärfung des Asylverfahrens hinausläuft. Gegen ein Urteil der Verwaltungsgerichte soll nur noch die Revision möglich sein (Neuaufnahme wegen Verfahrensfehlern). Weiter wird gefordert, den Antragsteller nach gescheitertem Anerkennungsverfahren abzuschieben unabhängig davon, ob er Rechtsmittel einlegt oder nicht.

***

März 1980: Unter dem Aktenzeichen 7 TG 59/79 hatte der Verwaltungsgerichtshof in Kassel entschieden, daß „offensichtlich unbegründete" Anträge schon von den jeweiligen Ausländerbehörden ohne Einschaltung des Bundesamtes zurückgewiesen werden können.

***

März 1980: Am 12. März beschließt das Bundeskabinett Visumspflicht für Bürger aus Afghanistan, Äthiopien und Sri Lanka. Auch hier wird rechtswidrig die alleinige Zuständigkeit des Bundesamtes beschnitten, die Botschaften treffen eine Vorauswahl. Außerdem besteht die Gefahr der Inhaftierung Ausreisewilliger durch die Behörden des betreffenden Landes.

Zur Information

Politisches Asyl
in der Bundesrepublik Deutschland

ai
amnesty international

Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Mit ausführlicher Dokumentation und Literaturverzeichnis; 335 Seiten

Asylverfahren in der Bundesrepublik:

Spießrutenlaufen für politisch Verfolgte

Bis 1978 galt die Asylverfahrenspraxis in der Bundesrepublik als ausgesprochen liberal. Und wirklich, auf dem Papier machten die gesetzlichen Regelungen einen ausgesprochen rechtsstaatlichen Eindruck. Doch in der Praxis sah es völlig anders aus — schon damals, als in der Öffentlichkeit noch keine breite Diskussion über politische Asylanten stattfand.

Auf dem Papier sieht das Verfahren folgendermaßen aus: Der politische Flüchtling stellt unmittelbar an der Grenze und kurz nach der Einreise bei der Ausländerbehörde seinen Antrag auf politisches Asyl. Der Antrag muß gerichtet sein an das Bundesamt für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf in der Nähe von Nürnberg. Dort wird man auch untergebracht, wenn man keinen festen Wohnsitz nachweisen kann — und wer kann das schon.

Nach einem Vorprüfungsverfahren durch die Ausländerbehörden, aus dem keinerlei negative Schritte für den Antragsteller abgeleitet werden dürfen, kommt es zum Anerkennungsverfahren vor einem der sechs Anerkennungsausschüsse, die vom Bundesinnenminister eingesetzt werden.

Sie bestehen aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Lehnt dieser Ausschuß den Antrag ab, kann der Antragsteller binnen eines Monats Widerspruch einlegen, der dann vor einem der drei Widerspruchsausschüsse verhandelt wird. Wird der Widerspruch abschlägig beschieden, bleibt dem Antragsteller der Rechtsweg offen.

Er kann nacheinander zum Verwaltungsgericht Ansbach, zum Bayrischen Verwaltungsgerichtshof bis hin zum Verfassungsgerichtshof gehen. Hat er immer noch keinen positiven Bescheid, bleibt noch das Abschiebeverfahren mit sämtlichen Rechtsmitteln. Unabhängig davon, wie man dieses Verfahren im einzelnen bewerten mag, die Praxis nimmt sich weniger „rechtsstaatlich" aus.

Schon bei der Einreise kann der Antragsteller in eine böse Flüchtlingsfalle tappen, die ihm den Rechtsweg für immer verschließt. Es kann ihm passieren, daß Beamte des Bundesgrenzschutzes den Eindruck gewinnen, der Antrag sei „unecht" oder „mißbräuchlich". Folge: Der Antragsteller wird abgeschoben, ohne daß die zuständigen Behörden überhaupt seine Existenz zur Kenntnis nehmen könnten. Da diese üble Praxis an den westdeutschen Grenzen bei vielen politischen Flüchtlingen bekannt ist, stellt nur etwa jeder hundertste seinen Antrag direkt an der Grenze.

> ***„Das Risiko für den, der an der Grenze abgeschoben wird, kann über die politische Verfolgung bis hin zum Tode gehen."***
> (A. v. Schöler, parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium)

Viele reisen als Touristen ein und melden sich später bei den jeweiligen Ausländerbehörden. Aber auch das kann ins Auge gehen. Die Ausländerbehörden stehen des öfteren auf dem Standpunkt, ein nicht sofort gestellter Asylantrag lasse den Schluß zu, ernsthaft Verfolgung sei es nicht ernst genug damit, sein Verhalten stehe im Widerspruch zur allgemeinen Lebenserfahrung.

Sollte es dem politischen Flüchtling trotz dieser ersten Hürden — wieviele daran bereits gescheitert sind, ist völlig unbekannt, doch dürfte die Zahl erschreckend hoch sein — gelingen, bis ins Auffanglager des Bundesamtes in Zirndorf vorzustoßen, fängt der Skandal erst richtig an.

Die Unterbringung in Zirndorf ist menschenunwürdig. Einen Arzt würde man vergeblich suchen. Dafür gibt es aber eine Polizeidienststelle, wo der Antragsteller erst einmal erkennungsdienstlich behandelt wird. Dann wird er, während sein Antrag noch läuft, durch drei Geheimdienstbüros geschleust, die ebenfalls im Lager ansässig sind.

Zuerst geht's zum Verfassungsschutz, dann zum Bundesnachrichtendienst und am Schluß zu einem militärischen Dienst der NATO. Ist die Vorprüfung abgeschlossen, bekommt der Antragsteller eine befristete und auf einen bestimmten Landkreis beschränkte Aufenthaltsgenehmigung.

Dabei wird keine Rücksicht darauf genommen, ob er irgendwo Bekannte oder Verwandte hat, die vielleicht schon eine Wohnung für ihn haben oder einen Arbeitsplatz.

Obwohl die Anwesenheit des Antragstellers bei den Verhandlungen gesetzlich vorgeschrieben ist, wird in zwei Dritteln aller Fälle ohne den Antragsteller verhandelt und entschieden, im Schnellverfahren. Die Entscheidung wird schriftlich übermittelt, allerdings nur mit in deutsch gehaltener Rechtsmittelbelehrung.

Die personellen Engpässe in Zirndorf sind so groß, daß 1975/76 erst vier Monate nach einer erfolgten Entscheidung die entsprechenden Bescheide geschrieben wurden.

Vor diesem Hintergrund wird klar, weshalb die Zahl der positiv entschiedenen Anträge ständig zurückgegangen ist. Daß dahinter System steckt, zeigen die bis heute erfolgten Gesetzesinitiativen. Während von 1973 bis 1978 die Zahl der Antragsteller von 5 595 auf 33 136 gestiegen ist, hat sich die Zahl der anerkannten politischen Flüchtlinge von 1972 bis 1977 von 4 133 auf 1 894 verringert. Hat es in dieser Zeit etwa weniger politische Unterdrückung, weniger Folter und Mord in der Welt gegeben?

Rettet das Leben von Erdal Eren

Verteididigung legt Berufung ein

ANKARA.— Dem 16jährigen Antifaschisten Erdal Eren droht die Hinrichtung. Am 19. März verurteilte ihn ein Militärgericht in Ankara im Schnellverfahren zum Tode. Erdal wurde vorgeworfen, bei einem Angriff von Armee-Einheiten auf eine antifaschistische Demonstration einen Soldaten erschossen zu haben. Gegen das Urteil haben die Anwälte nun Berufung eingelegt; sie weisen in ihrer Berufungsschrift Punkt für Punkt die Unhaltbarkeit aller gegen Erdal gerichteten Vorwürfe nach.

„Vor Gericht ist die Entstehung des Vorfalls", heißt es in der Berufungsschrift, „in einigen Punkten durch eine falsche Wertung in einem falschen Licht dargestellt worden: man versucht hierdurch eine Basis für das Todesurteil zu schaffen. Sowohl die Militärstaatsanwaltschaft in der Voruntersuchung als auch das Gericht in der Abschlußuntersuchung haben ihrer Untersuchungspflicht nicht objektiv Genüge getan und somit verursacht, daß einige Punkte des Vorfalls unaufgedeckt blieben, andere Dinge wiederum in falsche Bahnen gelenkt wurden."

Zunächst widerlegen die Anwälte Erdals in ihrer Schrift wesentliche Prämissen, auf die sich das Urteil stützt. Die Anwälte weisen nach, daß das Militär nicht, wie das Gericht behauptete, „auf eine gesetzliche und humane Weise vorging", sondern auf terroristische. Die ersten Schüsse wurden vom Militär abgefeuert mit dem Ziel, Panik zu erzeugen und die Kundgebung auseinanderzujagen. Außerdem, so die Berufungsschrift, sei nicht sicher erwiesen, daß Erdal Eren überhaupt an der Demonstration teilgenommen hat.

Den zentralen Punkt ihrer Berufungsschrift aber fassen die Anwälte so zusammen: „Unser angeklagter Mandat hat nicht geschossen mit der Absicht zu töten und es ist nicht möglich, daß er den getöteten Soldaten von hinten erschossen hat."

Als die Soldaten die Kundgebung auflösten, verfolgten sie schießend die in Richtung der Resat Nuri Straße flüchtenden Personen, um diese festzunehmen. Erdal Eren befand sich unter den Flüchtenden. Aus Angst vor den Schüssen flüchtete er in den Garten eines Hauses. Weil eine Gartenmauer ihm den Weg versperrte, mußte er umkehren, und stand nun in fünf bis sieben Metern Entfernung Militärpolizisten gegenüber, die sich schießend auf ihn zu bewegten. Erdal, der eine Pistole bei sich hatte, schoß, in Panik versetzt, zwei bis dreimal um sich. Dann warf er die Waffe weg und versteckte sich hinter einem Haufen Kanthölzern, um sich vor den Schüssen der Militärs zu schützen.

Während des ganzen Vorgangs wurde der Militärpolizist, der sich Erdal am weitesten genähert hatte, von einem tödlichen Schuß in den Rücken getroffen. Der Schuß konnte jedoch nicht von Erdal Eren gekommen sein, denn der Soldat wandte Erdal nicht den Rücken zu. „Es ist nicht möglich, schreiben die Anwälte, „daß während des Geschehens der angeklagte Mandant den getöteten Zekeriya Önge im Rücken verletzt hat und damit für seinen Tod verantwortlich sein soll. Denn der getötete Zekeriya Önge hatte sich im Verhältnis zu den anderen Militärpolizisten dem Angeklagten Erdal Eren am meisten genähert, er war vorgeprescht, um ihn zu verhaften, hat ihn gewarnt und aufgefordert, stehen zu bleiben. Dafür, daß der Militärpolizist, der sich bis auf etwa fünf Meter einer Person, die be-



Der zum Tode verurteilte Erdal Eren vor dem Militärgericht in Ankara.

waffnet war, genähert hatte und diese aufforderte, stehen zu bleiben, und dies tat, obwohl die Person bewaffnet war, daß dieser Militärpolizist sich gerade in dem Augenblick umdreht, in dem er die bewaffnete Person verhaften will und dabei durch einen Schuß in den Rücken verletzt wird, dafür gibt es keine einleuchtende logische Erklärung."

Die Anwälte weisen nach, daß das Gericht Hinweisen und Umständen, die auf Schützen aus der entgegengesetzten Richtung, im Rücken des Soldaten hinweisen, gar nicht erst verfolgt und in Erwägung gezogen haben. (Dabei lassen die Anwälte die naheliegende Vermutung, daß ein anderer Soldat den Todesschuß abgefeuert hat, allerdings unausgesprochen.) Die Anwälte weisen weiter nach, daß Erdal — selbst wenn der Soldat ihm unwahrscheinlicherweise den Rücken zugekehrt hätte — diesen nicht hätte erschießen können: „Es ist nicht möglich, daß eine Person, die sich links von dem Getöteten befindet (Erdal Eren) den Getöteten mit einer Kugel tötet, die eine Bahn von rechts nach links beschreibt." Außerdem befand sich Erdal vier bis fünf Meter von dem Soldaten, während der Schuß aus 50 Zentimeter Entfernung abgefeuert wurde — eine Tatsache, die der offizielle Autopsiebericht allerdings zu vertuschen sucht.

Es ist nicht möglich, in Kürze alle die in der Berufungsschrift (24 Seiten Kurzfassung) aufgeführten Widersprüche, Verdrehungen und unhaltbaren Konstruktionen aufzuführen: Das beginnt bei dem fehlerhaften Bericht über die Autopsie der Leiche des Soldaten und endet bei der Weigerung des Gerichts, Gesetze, die für Erdal Erens Verfahren in Frage kommen, anzuwenden. Nicht einmal den Tatort hat das Gericht selbst in Augenschein genommen.

In der Türkei herrschen weitgehend die Militärs. Gestützt auf seine Waffen und auf das Kriegsrecht, zwingt das faschistische Militärgeheuer dem von der Krise geschüttelten Land seinen Willen auf. Für die Militärs gibt es nicht Recht und Gesetz, und selbst auf die von ihnen geschaffenen Gesetze pfeifen sie, wenn es ihnen einfällt. Nun will die Militärbestie das Leben eines jungen antifaschistischen Kämpfers vernichten und auslöschen. Erdal Erens Leben ist in höchster Gefahr. Sicher ist der Berufungsantrag der Anwälte Erdal Erens ein guter und richtiger Schritt, aber sich allein darauf verlassen können wir nicht. Was Erdal vor allem hilft, ist öffentlicher Protest, internationaler Druck auf die Militärs. Je mehr sie auf der internationalen Ebene bloßgestellt werden, desto schwerer wird es ihnen fallen, Erdal zu ermorden. Hier haben wir eine Aufgabe, Genossen!

Das Solidaritätskomitee „Rettet das Leben von Erdal Eren" hat bereits eine breite Solidaritätskampagne organisiert. Es ist bemüht, weiterhin möglichst viel Unterstützung von namhaften demokratischen und antifaschistischen Persönlichkeiten zu erhalten. Der Aufruf des Komitees wird in deutsch und türkisch breit verteilt. Es werden Unterschriftensammlungen auf der Straße und bei Veranstaltungen durchgeführt. Dafür steht auch eine Fotoausstellung über den Prozeß und den faschistischen Terror in der Türkei zur Verfügung.

Wir rufen alle Leser des „Roten Morgens" auf: Unterstützt nach Kräften die Aktivitäten des Solidaritätskomitees. Bestellt bei der Kontaktadresse des Komitees:

- **Aufrufe in deutsch und türkisch**
- **Unterschriftenlisten**
- **Protestkarten an das türkische Parlament**
- **die Fotoausstellung**
- **Spendet! auf das Konto: Cafer Cebe, Nr. 68 85 82 6, Commerzbank Bielefeld (BLZ 480 400 35).**

Die Kontaktadresse des Komitees:
Cafer Cebe, Ellerstraße 20, 4800 Bielefeld 1, Tel.: 0521 / 12 15 32 — ab 18 Uhr.

DORTMUND. — Mit seinem Urteil gegen den Bundesbahnbeamten Hans Jürgen Langmann hat die IX. Kammer des Bundesdisziplinargerichts am Mittwoch letzter Woche in Dortmund die Berufsverbotspraxis in der BRD erneut erheblich verschärft. Zum ersten Mal wird ein Beamter auf Lebenszeit wegen seiner bloßen Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei — in diesem Fall der DKP — entlassen. — In Augsburg erhielt zwei Tage später der Bundesbahninspektor zur Anstellung, Gerd Wiese, Berufsverbot.

Bundesdisziplinargericht fällt Urteil gegen Eisenbahner

Berufsverbot wegen bloßer DKP-Zugehörigkeit

Weitere Berufsverbote in Augsburg

Das Dortmunder Gericht begründete sein skandalöses Urteil damit, daß Langmann die Schwelle zum pflichtwidrigen Verhalten bereits mit seinem Parteieintritt überschritten habe. Die Dienstentfernung sei unvermeidbar gewesen, da Langmann im „Kernbereich" der politischen Treuepflicht einen Beamten versagt habe und sich von der DKP auch nicht distanzieren wolle, die verfassungsfeindliche Ziele verfolge.

Mit diesen zynischen Formulierungen greift das Bundesverwaltungsgericht direkt die im Grundgesetz festgeschriebenen Rechte der Bürger dieses Landes an. Im Artikel 3 dieses Gesetzes heißt es ja bekanntlich, daß niemand wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt werden darf. Und das gilt nach Ansicht des Dortmunder Gerichts für den Beamten Langmann nicht. Der Fall Langmann hat grundsätzliche Bedeutung. Nach derselben Logik kann auch die bloße Mitgliedschaft zum Beispiel in der KPD/ML oder in der Roten Garde zur Begründung für Berufsverbote genommen werden. — Außerdem maßt sich das Dortmunder Gericht mit der Feststellung der „Verfassungsfeindlichkeit der DKP" Kompetenzen an, die ihm gar nicht zukommen. Aber kein Politiker und Oberster Richter, keiner dieser angeblichen Hüter von Gesetz und Rechtsstaatlichkeit, greift da ein!

Erschwerend wertete in seiner Urteilsbegründung das Gericht die Tatsache, daß Langmann unter anderem für die DKP kandidiert habe. Anstatt für Kommunalwahlen auf der Liste der DKP zu kandidieren, meinte das Gericht, hätte es auch genügt, eine Bürgerinitiative zu gründen. In diesen Worten kommt der ganze Zynismus, die ganze Beschränktheit dieser angeblichen Demokratie zum Ausdruck.

Bereits vor zwei Monaten hatte die Frankfurter Kammer des Bundesdisziplinargerichts einen ähnlichen Fall behandelt. Es hatte damals zwar unter dem Druck öffentlicher Proteste gegen den Postbeamten Hans Peter kein Berufsverbot verhängt, aber in seiner Urteilsbegründung hatte es das Dortmunder Urteil bereits vorweggenommen und vorgezeichnet. Damals kommentierte der „Rote Morgen": „Man kann dieses Urteil in dem folgenden widersprüchlichen Satz zusammenfassen: Hans Peter ist **subjektiv** nicht schuldig, hat aber durch seine ‚grundsätzlich legalen' Aktivitäten für die DKP **objektiv** seine politische Treuepflicht verletzt. Denn — so das Gericht — ein Beamter, der Mitglied in der DKP ist, hat damit schon die Grenzen zur Pflichtverletzung überschritten. Peter selbst wurde zugutegehalten, daß er sich mit seinem Verhalten nicht im Widerspruch zur Auffassung seiner Dienstvorgesetzten befand: ‚Er wurde toleriert'. Und das heißt ja nichts anderes, als daß auch nach Ansicht des Gerichts die politische Entlassung etwa eines DKP-Mitglieds dann gerechtfertigt wäre, wenn die Vorgesetzten einen solchen Beamten nicht mehr tolerieren würden." („Roter Morgen" 14/80.) Die Einschätzung des „Roten Morgens" hat sich im Falle Langmann bestätigt.

Das Urteil zerstört praktisch die in 16 Jahren aufgebaute Existenz Hans Jürgen Langmanns und seiner Familie. Der 30 Jahre alte Zugschaffner trat 1964 in die Dienste der Bundesbahn ein. Erst 1976 wurde er Beamter auf Lebenszeit. Das Gericht erkannte Langmann die Ansprüche auf Unterhalt ab und erlegte ihm die Kosten des Verfahrens auf. — Das Urteil ist weit über DKP-Kreise hinaus auf große Empörung gestoßen.

AUGSBURG. — Eine Woche, nachdem Edith Wiese-Liebert, Sachbearbeiterin an der Außenstelle Augsburg der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, wegen ihrer Aktivität für die DKP fristlos entlassen worden ist, hat am vergangenen Freitag auch ihr Mann Gerd Wiese, der beim Bundesbahnamt I in München arbeitet, seine Kündigung erhalten. In einem von Bundesbahnpräsident Vaerst unterzeichneten Schreiben wird die Entlassung zum 30. September ausgesprochen. — Damit steht Familie Wiese mit ihrem 13 Monate alten Sohn Simon vor dem persönlichen und beruflichen Nichts: beide erhalten als Beamte kein Arbeitslosengeld.

Übrigens wurde am gleichen Tag, an dem das Berufsverbot gegen Gerd Wiese ausgesprochen wurde, in Augsburg per Gerichtsbeschluß die Einrichtung einer Peep-Show erlaubt. Man sieht: Die Freiheit ist auf dem Vormarsch. Es fragt sich nur, welche.



Demonstration gegen das Berufsverbot. In der Mitte Hans Jürgen Langmann.

Luftwaffe vertraulich

Hetze gegen Friedensdemonstration

Diffamierung der mächtigen Friedensdemonstration von Bremen ist der Zweck eines vertraulichen Fernschreibens der Bundesluftwaffe, das in der letzten Woche bekannt wurde. In dem Schreiben werden die große Demonstration gegen die militaristische Rekrutenvereidigung vom 6. Mai und die Begleitprovokationen weniger Anarchos mit demagogischer Absicht in einen Topf geworfen. Unter anderem heißt es:

„Erstens. Initiatoren waren Basispersonal von KBW, KB, KPD/ML, Bremer Bürgerinitiative gegen Atomkraft, Anarchistische Gruppen, Spontis, Volksfront und Marxistische Gruppe Bremen. Mitläufer und Vorbereiter der Gewaltdemonstration waren: DKP, SDAJ, MSB, DFU, DfG-VK, Asta, Jusos, Gewerkschaftsjugend und Landesjugendring."

Der hetzerische Charakter des Schreibens zeigt sich auch in der Behandlung der Ziele der Demonstration, die so beschrieben werden: „Gewaltaktionen, Verhinderung der öffentlichen Vereidigung ohne Rücksicht auf Rechtsgüter, Provokation von Polizei und Soldaten durch Gewaltaktionen/Ausschreitungen; Blockierung der polizeilichen Absicherungsmaßnahmen; Einsatz von Molotov-Cocktails, Schlagstöcken und Pflastersteinen; Sprechchören; Trillerpfeifen; Flugblattverteilung." — Der Leser sieht: von der Trillerpfeife bis zum Molli — alles eine Strategie.

Die Machart solcher „vertraulicher Schreiben" ist nur allzu bekannt. Durch die Diffamierung der Kriegsgegner als Chaoten, Terroristen, Verbrecher soll das Klima für ihre verstärkte Verfolgung geschaffen werden. Die Militaristen, die Kriegstreiber und Volksverderber suchen ihre schmutzigen Pläne voranzutreiben, indem sie ihre Gegner — von der KPD/ML bis hin zu der Gewerkschaftsjugend — als kriminelle Gewalttäter darstellen.

Apel kündigt an:

Neue Militaristenschau in Bonn

BONN. — Kriegsminister Apel hat angekündigt, daß zum 25jährigen Bestehen der Bundeswehr im November in Bonn eine weitere Vereidigung von Wehrpflichtigen in Form einer militaristischen Show veranstaltet wird. Einzelheiten wollte Apel nicht mitteilen. Er meinte nur, daß die Bundeswehr Anspruch darauf habe, „ihre Tradition" zu pflegen. Angesichts des Anwachsens der Antikriegsstimmung im Land, will Apel ein Signal des Militarismus und der Politik des Krieges setzen. Die Kommunisten und Kriegsgegner jedoch werden ebensowenig wie in Bremen diese Militärveranstaltung unwidersprochen hinnehmen. Im November — nach Bonn!

ÖTV-Kreisvorstand erteilt Rüge

„Stoppt-Strauß“-Transparent paßte den Herren nicht

Volkskorrespondenz aus Karlsruhe

Auf der 1.-Mai-Demonstration in Karlsruhe waren die ÖTV-Arzthelferinnen die Einzigen, die ein Transparent gegen Strauß getragen hatten. Aufschrift: „Stoppt Strauß — Gewerkschaftsfeind Nr. 1“.

Die Antwort des Karlsruher Kreisvorstands der ÖTV kam am 21. Mai 1980. Er erteilte der Vorsitzenden der Arzthelferinnengruppe, Kollegin Eveline Ratzel, eine schriftliche Rüge. Das Anti-Strauß-Transparent hatte den Herren nicht gefallen.

Kollegin Ratzel schrieb sofort eine Stellungnahme, die jetzt bekanntgemacht wurde. Darin wird die Zurücknahme der Rüge gefordert.

„Auch die Reaktion einer ganzen Reihe von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Gewerkschaftern auf die Rüge bestätigen mich in der Auffassung, daß keine Grundlage für diese Rüge besteht, es im Gegenteil die Pflicht eines jeden Gewerkschafters sein müßte, den Spaltungsplänen der Strauß und Stoiber entgegenzutreten“, schreibt Kollegin Ratzel. (Weitere Auszüge aus der Stellungnahme in untenstehendem Kasten.)

Auf einer IGM-Veranstaltung am 28. Mai in Bruchsal mit dem Schriftsteller Bernt Engelmann berichteten ÖTV-Kollegen von dem Fall. Bernt Engelmann solidarisierte sich mit der Kollegin Ratzel. Der IGM-Gewerkschaftssekretär, Kollege Misol, lud die Kollegin ein, zur ersten Besprechung einer Anti-Strauß-Initiative von Bruchsaler Gewerkschaftern, Künstlern und Pfarrern zu kommen und über den Fall zu berichten.



Überall auf den Gewerkschaftsdemonstrationen des 1. Mai waren Anti-Strauß-Parolen zu sehen. Das Bild zeigt die ÖTV-Kollegen vom Jugendamt Hannover mit ihrem Transparent am 1. Mai.

Im Laufe der Diskussion schlugen Kollegen der VOLKSFRONT vor, daß jeder Gewerkschafter sich in seiner Gewerkschaft und seinem Gremium dafür einsetzen solle, daß die ganze Kraft des DGB zur Verhinderung der Strauß-Kandidatur aufgeboten werde. Sie brachten eine weitere reaktionäre Maßnahme der Karlsruher DGB-Führer an die Öffentlichkeit: Der DGB-Jugend und der DGB-Kulturgruppe Rotstifte war verboten worden, sich an der Stoppt-Strauß-Initiative zu beteiligen. Nach der Veranstaltung konnten die Kollegen der VOLKSFRONT acht Anti-Strauß-Plaketten und 16 Aufkleber verkaufen und zahlreiche Aufrufe verteilen.

Die der Kollegin Ratzel erteilte Rüge muß zurückgenommen werden!

„Keine Neutralität gegenüber arbeiterfeindlichen Programmen!“

Als Antwort auf die Rüge des ÖTV-Kreisvorstandes wegen eines Anti-Strauß-Transparentes auf der 1.-Mai-Demonstration schrieb die Kollegin Eveline Ratzel an den Kreisvorstand. Der Brief gibt gleichzeitig Einblick in die Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeit unter Arzthelferinnen. Wir veröffentlichen Auszüge.

„...möchte ich mein Befremden kundtun über die Tatsache, wie schnell eine Rüge ausgesprochen wird.

Ich bin nun seit acht Jahren Gewerkschaftsmitglied und seit einem Jahr aktiv in der ÖTV. Während dieses Jahres habe ich mitgeholfen, eine Arzthelferinnengruppe aufzubauen, die mich zu ihrer Vorsitzenden gewählt hat.

Ich habe in einem Arbeitskreis auf Bundesebene mitgearbeitet, einen Vorschlag zum neuen Berufsbild der Arzthelferin aus der Sicht der ÖTV zu erstellen.

Wir haben auf Bezirksebene einen Arbeitskreisvorstand gewählt, dem ich auch angehöre. Ende Juni wird auf Bezirksebene eine Broschüre zur Lage der Arzthelferinnen fertiggestellt, an der ich ebenfalls mitgearbeitet habe. Dann arbeite ich im Kreisfrauenausschuß mit.

Wir organisierten völlig selbständig eine ÖTV-Veranstaltung, zu der 28 neue Kolleginnen kamen, die noch nie zuvor eine Gewerkschaftsveranstaltung besucht hatten.

Auch mit Neueintritten habe ich dafür gesorgt, daß die ÖTV im Bereich Arzthelferinnen gestärkt wird.

•

Leider habe wir den Eindruck gewinnen müssen, daß die Kreisverwaltung nicht die schwierige Organisationsarbeit bei auf viele Praxen verstreute Arzthelferinnen sieht.

Wollen wir Praxen anschreiben, fällt als erstes Argument: kein Geld. Auch bei der Fahrt nach Helmstedt, zu der wir eine offizielle Einladung des Westberliner Bildungssekretariats erhielten, wurde uns die Erstattung der Benzinkosten vom Kreisvorstand verweigert. (...) Während die Stuttgarter Kolleginnen die Fahrtkosten selbstverständlich erstattet bekamen, mutete der Kreisvorstand mir zu, DM 110,— aus eigener Tasche zu bezahlen. (Ist euch bekannt, was Arzthelferinnen verdienen?)

Auch unser Beschluß, am 8. März mit Flugblättern auf unsere Lage aufmerksam zu machen, wurde uns untersagt; bei Nichtbefolgen hätte ich mit Ausschluß zu rechnen. Dagegen veranstalteten die Westberliner Kolleginnen eine ganze Aktionswoche, und die Stuttgarter Kolleginnen vertrieben an diesem Tag ebenfalls Flugblätter zum Thema Arzthelferinnen.

•

Ich hoffe, daß diese kontinuierliche Reihe an „Negativerlebnissen“ Euch deutlichmacht, daß wir sehr unzufrieden darüber sind, daß uns kaum Unterstützung auf Kreisebene gewährt wird, dagegen wir alle Anregungen und Hilfestellungen aus Stuttgart beziehen.

Wir sind der Meinung, daß die Rüge für einen in unserer Gruppe einstimmig gefaßten Beschluß zum 1. Mai, wo Arzthelferinnen **erstmals** organisiert vertreten waren, eine besonders unsolidarische Fortsetzung dieser Negativliste darstellt. (...)

•

Uns wird immer klarer, daß das falsch angewendete Argument, es dürfe keine Parteipolitik betrieben werden, sei es im Beschluß zum Internationalen Frauentag, sei es bei einem Anti-Strauß-Transparent, dazu führen muß, die Frauenarbeit in der Gewerkschaft zu „entgesellschaftspolitisieren“. Natürlich sind wir auch der Auffassung, daß unsere Einzelgewerkschaft nicht parteipolitisch gebunden sein sollte, aber es hätte verhängnisvolle Folgen, dies gleichzusetzen mit politischer Neutralität gegenüber arbeitnehmerfeindlichen Programmen, wie sie sich in den Rohmaterialien ausdrücken.

Beeindruckend dokumentiert wurde dies auf der IGM-Veranstaltung vom 8. März in unserem Bezirk von der Kollegin Karin Roth, Vorstand Frauen, die zeigte, was das Strauß-Programm für uns Gewerkschaftsfrauen bereithält. Da ist es aus mit Emanzipation, da sollen wir Fortpflanzungsprämien statt Kindertagesstätten und Arbeitszeitverkürzung bekommen und sollen statt weiterem sozialen Ausbau beim § 218 wieder illegale Pfuscher aufsuchen.

Eigentlich sollte sich da kein Gewerkschafter wundern, wenn gerade wir Frauen gegen solche Bestrebungen von Strauß und seinen Hintermännern ankämpfen. Im Gegenteil: Auch die männlichen Kollegen haben bei Strauß nichts zu lachen. Letztendlich hat auch die ÖTV-Bezirksdelegiertenkonferenz kürzlich einen Antrag gegen die Strauß-Stoiber-Rohmaterialien als Angriff auf die Einheitsgewerkschaft verabschiedet.

Aus all diesen Gründen möchte ich Dich und den Kreisvorstand bitten, diese Rüge zu überdenken und zurückzunehmen.

Solidarität mit Erdal Eren

Volkskorrespondenz aus Karlsruhe

Am 5. Juni trafen sich in Karlsruhe rund 70 Delegierte aus allen Teilen Badens zur X. Bezirkskonferenz des „Jugendwerks der Arbeiterwohlfahrt“ (Bezirksverband Baden). Die Delegierten unterstützten (bei einer Gegenstimme) mit überwältigender Mehrheit den Aufruf des Solidaritätskomitees „Rettet das Leben von Erdal Eren“.

Außerdem forderten die Delegierten (ebenfalls bei einer Gegenstimme) den Landes- und den Bundesvorstand des Jugendwerks der Arbeiterwohlfahrt dazu auf, das gleiche zu tun. In der nächsten Zeitung des Bezirksverbands Baden wird ein Artikel über den Fall von Erdal Eren erscheinen und die Mitglieder des Jugendwerks der AWO dazu aufrufen, ihre Solidarität zu bekunden.

Am Rande der Konferenz unterschrieben noch 52 Leute die Protesterklärung des Solidaritätskomitees.

Veranstaltung des Jugendzentrums Eckental

„**Solidarität mit Erdal Eren**“. Ort: Jugendzentrum Eckental, Zeit: 16. Juni, 19.00 Uhr.

Diskussionsveranstaltung KPD/ML Frankfurt

„**Über den Kampf der KPD vor der Machtergreifung Hitlers**“. Mit Genossen Horst-Dieter Koch, Mitglied des Politbüros der KPD/ML, Autor des Theoretischen Organs der Partei Nummer 1/80. Ort: Volksbildungsheim Frankfurt, Eschenheimer Anlage 40 (kleiner Saal), Zeit: 20. Juni, 19.30 Uhr.

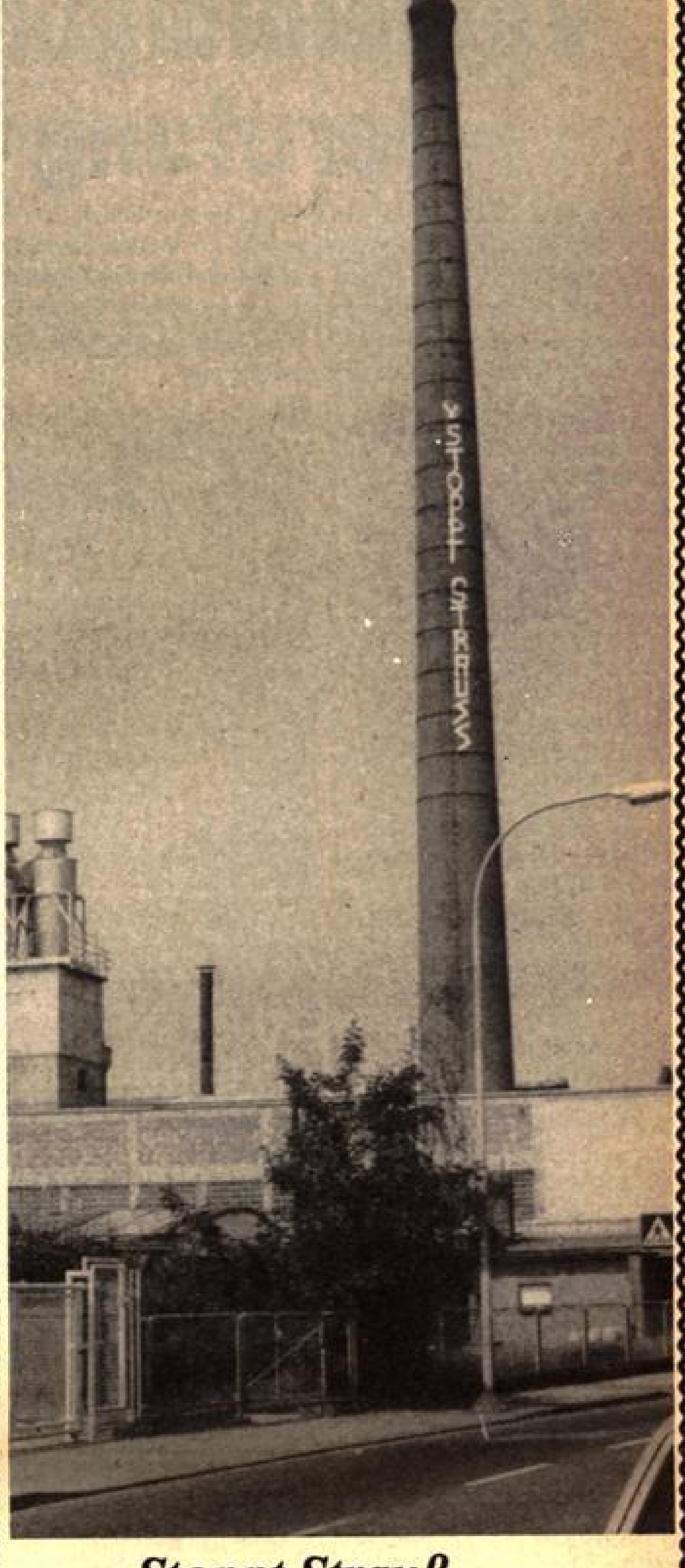
Diskussionsveranstaltung KPD/ML Hamburg

„**Über den Kampf der KPD vor der Machtergreifung Hitlers**“. Mit Genossen Horst Dieter Koch, Ort: Gaststätte Jarrestadt, Jarrestr., Zeit: 27. Juni, 19.00 Uhr.

Veranstaltung der KPD/ML Duisburg

18.6.1980 Gedenkfeier zum 6. Todestag von Genosse Günther Routhier

18.00 Uhr Treffpunkt Neuer Friedhof Hauptportal, Düsseldorfer Str. Duisburg 1



Stoppt Strauß — auch in Mainz-Kostheim

In der Nacht vom Pfingstsonntag auf Montag entstand die obige Parole auf dem ca. 70 Meter hohen Schornstein eines Sägewerks. Weit sichtbar stand sie hoch über Kostheim und war natürlich auch Tagesgespräch. Viele Gespräche drehten sich an diesem Tag um Strauß, und die meisten Menschen stimmten mit der Parole überein. Sie war vier Tage lang zu sehen und bot so noch vielen Strauß-Gegnern Grund zur Freude.

Mit antifaschistischen Grüßen
Genossen aus Wiesbaden

„Als in Algerien der nationale Befreiungskrieg ausbrach, brach sich der Generalsekretär der Partei das Bein — beim Skifahren in der tschechischen Tatra"

EUROKOMMUNISMUS IST ANTIKOMMUNISMUS

Neues Buch des Genossen Enver Hoxha erschienen

Die albanische Nachrichtenagentur ATA meldete am 21. Mai, daß in Albanien der Verkauf des neuen Buches des Genossen Enver Hoxha, 1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, begonnen hat. In Kürze wird dieses Werk mit dem Titel „Eurokommunismus ist Antikommunismus" auch in Fremdsprachen erscheinen. Der „Rote Morgen" stellt seinen Lesern dieses überaus wichtige Buch anhand der Auszüge, die über Radio Tirana gesendet und über ATA verbreitet wurden, vor.

Wie alles begann

Genosse Enver Hoxha analysiert im ersten Kapitel des Buches den Beginn, den Prozeß des Entstehens der hauptsächlichen Strömungen des modernen Revisionismus sowie die Rolle, die dieser in der Strategie der imperialistischen Kräfte einnimmt. In den Kapiteln zwei und drei werden Entstehung, Wesen und Charakter sowie die konterrevolutionäre Rolle des Eurokommunismus analysiert. Weiter werden die Beziehungen des Eurokommunismus zu anderen Strömungen des modernen Revisionismus dargestellt. Im abschließenden vierten Kapitel werden einige grundlegende Probleme der heutigen marxistisch-leninistischen und revolutionären Bewegung behandelt.

Die Entstehung und Entwicklung des modernen Revisionismus sieht er in engstem Zusammenhang mit der Strategie des Imperialismus, vor allem des amerikanischen. Seine allgemeine Schlußfolgerung läuft darauf hinaus, daß der Revisionismus ein Produkt des allseitigen Drucks der Bourgeoisie und des Imperialismus auf die kommunistische Arbeiterbewegung und auf die sozialistischen Länder ist, ein Produkt der Kapitulation vor diesem Druck.

Genosse Enver Hoxha betont, daß die Bedingungen des bürgerlichen Legalismus, unter denen sich die kommunistischen Parteien in zahlreichen westlichen Ländern nach der Zerschlagung des Faschismus befanden, die verhältnismäßig friedliche Entwicklung des Kapitalismus wie auch die in diesen Ländern günstigen wirtschaftlichen Konjunkturen in der ersten Periode nach dem zweiten Weltkrieg verbunden mit dem Einströmen amerikanischer Kapitalien aufgrund des Marshallplans, die Vergrößerung der Schicht der Arbeiteraristokratie usw. andere Ursachen waren, die zu der Verbreitung der opportunistischen und revisionistischen Tendenzen in Westeuropa wurden.

Unter dem Druck dieser Bedingungen, schreibt Genosse Enver Hoxha, wurden die Programme der kommunistischen Parteien immer mehr auf minimale demokratische und reformistische Programme reduziert, und die Idee der Revolution und des Sozialismus wurde immer mehr entfernt. An die Stelle der großen Strategie der revolutionären Umwandlung der Gesellschaft trat die kleine Strategie der Tagesfragen, die absolutiert zur politischen und ideologischen Generallinie wurde. So war, als der Chruschtschow-Revisionismus auftrat, der Boden in jenen Parteien, wie der italienischen, französischen, britischen, spanischen und in anderen, dazu vorbereitet, sich ihn anzueignen und mit ihm im Kampf gegen den Marxismus-Leninismus zu verbinden.

Nachdem Genosse Enver Hoxha eine tiefgehende und ausführliche Kritik an den Thesen der verschiedenen sogenannten eurokommunistischen Parteien dargelegt hat, wie an Carillos Buch „Eurokommunismus und Staat", an den Beschlüssen des 22. und 23. Parteitags der KPF und zahlreichen anderen, die er allesamt als antimarxistisch, reaktionär und arbeiterfeindlich enthüllt, kommt er zum Schluß, daß der demokratische Sozialismus, den die Eurokommunisten propagieren, nicht anderes ist, als die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft in ihren eigenen Ländern.

Den Eurokommunisten nach genügt es, einige Verschiebungen vorzunehmen, den Sektor des Staatskapitalismus neben dem Privatsektor zu erhalten, irgendeinen Konsultativrat der Arbeiter bei den Betriebsleitungen zu schaffen, den Gewerkschaftsführern zu erlauben, für die Gerechtigkeit und Gleichheit aufzutreten, die Revisionisten mit irgendeinem Regierungsamt zu bekleiden, und der Sozialismus kommt von selbst.

Die Eurokommunisten, fährt Genosse Enver Hoxha an einer anderen Stelle des Buches fort, unterstützen die Politik der imperialistischen Blöcke. Sie haben mehrmals ihre Zustimmung für das Verbleiben ihrer Länder in der NATO gegeben.

Die Eurokommunisten, so Genosse Enver Hoxha, wehren sich nicht gegen das amerikanische Diktat, kämpfen nicht dafür, die nationale Souveränität und Unabhängigkeit der westeuropäischen Länder zu festigen, sondern betreiben gegenüber dem hegemonistischen und expansionistischen Kurs der USA eine versöhnliche Politik. Und ihr sogenannter Widerstand gegen die aggressiven Akte des sowjetischen Sozialimperialismus ist widersprüchlich und halbherzig.

Die Eurokommunisten verurteilten die sowjetische Aggression in der Tschechoslowakei, aber Marchais unterstützte offen die faschistische Besetzung Afghanistans durch den sowjetischen Sozialimperialismus. Und sie alle haben seinem Eingreifen in Afrika und den sowjetischen Waffenlieferungen überall in der Welt zugestimmt. In jedem Fall und in der Tat haben die Eurokommunisten die Prinzipien des proletarischen Internationalismus verlassen, darauf verzichtet, die revolutionären und Befreiungsbewegungen der anderen Länder zu unterstützen.

Verschiedene Wege — ein Ergebnis

Die verschiedenen Wege zum Sozialismus, mit denen die Eurokommunisten einst ihren Weg begannen, so weist Genosse Enver Hoxha in seinem Buch nach, waren in Wirklichkeit verschiedene Wege unter die Fuchtel des Großkapitals ihrer Länder.

Auf die Kommunistische Partei Frankreichs eingehend, deren Verdienste er ebenso würdigt wie die großartigen Kämpfe des französischen Proletariats, sagt er unter anderem:

„Die französische Kommunistische Partei war für einen wirklichen Kampf gegen Faschismus und Reaktion nicht organisiert". Dabei weist er unter anderem darauf hin, daß die KPF die großen Möglichkeiten der Volksfrontregierung, die auf ihren Kampf hin zustande kam, nicht ausnutzte. Er schreibt:

„Die KP sprach offen von der Gefahr, die vom inneren und äußeren Faschismus für Frankreich ausging, sie führte auf die Straße zu Demonstrationen und Kundgebungen, aber sie erwartete die Maßnahmen gegen den Faschismus und alles andere von der ‚legalen' Regierung, von der bürgerlichen Regierung, die durch Kombinationen des bürgerlichen Parlaments entstanden war. Obwohl sie einige Maßnahmen zugunsten der Arbeiterklasse ergriff, verletzte und verriet die Blum-Regierung das Programm der Volksfront in der Innen- und Außenpolitik. Die Kommunistische Partei, die an der Volksfrontregierung nicht beteiligt war, aber sie im Parlament unterstützte, war unfähig, diese Entwicklung zu verhindern. Der Kampf der Massen, die Streiks, Demonstrationen und Aktionen wurden durch die wöchentlichen Treffs, die Leon Blum zu Hause mit Thorez und Duclos hatte, ersetzt."

Nachdem er würdigte, welch große Hilfe die KPF den spanischen Antifaschisten gab, bemerkt Genosse Enver Hoxha über die großen revolutionären Erfahrungen, die dabei gemacht wurden:

„Dieses revolutionäre Kapital hätte der Partei in den kritischen Momenten des zweiten Weltkriegs helfen sollen, aber es wurde in Wirklichkeit nicht ausgenutzt."

Er weist dies am Verlauf des antifaschistischen Befreiungskampfes in Frankreich nach.

„Im Befreiungskampf organisierte und entwickelte die KPF den Widerstand gegen die Besatzer und versuchte einiges im Zusammenhang mit einer antifaschistischen Front zu erreichen, was auch gelang. Jedoch zeigten die Ereignisse, daß die Partei die Machtergreifung weder geplant noch berücksichtigt hatte, oder falls sie es tat, diese Vorstellung wieder aufgab.

Das wird durch die Tatsache bestätigt, daß die Partei während des Krieges viele nationale Befreiungskomitees schuf, aber nichts dafür tat und keine Aufmerksamkeit darauf verwendete zu garantieren, daß sich diese Komitees als Keime einer neuen Staatsmacht entwickelten. Von Anfang bis Ende blieben die Partisanengruppen klein und ohne organische Verbindungen untereinander. Zu keiner Zeit erhob die Partei die Frage der Gründung großer Einheiten einer wirklichen nationalen Befreiungsarmee."

Nachdem er darauf einging, wie die KPF de Gaulle die Führung im antifaschistischen Kampf überlassen hat, zeigt Genosse Enver Hoxha die Konsequenzen:

„Während die französischen Kommunisten so handelten, betrieb die Bourgeoisie die Vorbereitung und Organisierung ihrer Kräfte zur Machtübernahme, die sie vornehmen wollte, wenn die angloamerikanischen Alliierten gelandet waren.

Das war eine gefährliche Situation, die die KPF nicht korrekt einschätzte oder nicht gründlich analysierte. Sie fürchtete sich vor Komplikationen mit den angloamerikanischen Landetruppen. Sie fürchtete sich vor de Gaulle und den um ihn versammelten Kräften, und vor allem fürchtete sie einen Krieg gegen die Angloamerikaner."

Auf diese Weise, wird in dem Buch betont, handelte die KPF nicht in der Tradition der Pariser Kommunarden, jener kühnen Himmelsstürmer, wie sie Marx genannt hatte.

Wie bei der französischen Partei, so zeigten sich auch bei der italienischen Kommunistischen Partei trotz aller Erfolge, trotz allen Mutes ihrer Kämpfer bereits während des Befreiungskriegs gegen den Faschismus Schwankungen, mangelnde Entschlossenheit der Führung, den Kurs auf die soziale Revolution zu nehmen.

Im Gegensatz dazu zeigt der Autor, wie die KP Spaniens durch ihren entschlossenen Kampf von Juli bis Dezember 1936 ihren Mitgliederbestand mehr als verdreifachte und gewaltige Autorität gewann.

Die weitere Entwicklung dieser Parteien betrachtend, kritisiert Enver Hoxha die immer tiefere Verstrickung der italienischen Partei in den Parlamentarismus, den Parteitag der nationalen Versöhnung der spanischen Partei im Juli 1956 und die zunehmend nationalistischen Tendenzen der KPF.

So schreibt er zur französischen Partei, die nach dem Kriege einige Fehler korrigierte, daß sich neue Schwankungen zeigten, als 1954 eine falsche Haltung zum algerischen Befreiungskrieg eingenommen wurde.

„Was tat die KPF, um diesen Krieg zu unterstützen? Sie führte lediglich eine Propagandakampagne durch, sonst nichts. (...) Die KPF ging noch weiter. Sie hinderte die KP Algeriens daran, sich an diesem Krieg zu beteiligen. Die Tatsachen zeigen, daß, als die Flammen der nationalen Befreiung in Algerien aufloderten, die algerischen Kommunisten nichts taten, während der Generalsekretär der Partei, Larbi Buhali, sich das Bein brach — beim Skifahren in den Bergen der tschechischen Tatra."

Auf diese Weise analysierte Genosse Enver Hoxha sehr ausführlich und konkret den Weg jeder einzelner der eurokommunistischen Parteien hin zu ihren heutigen Positionen.

Mißgeburten aus einem Stall

Genau analysiert werden schließlich auch die Beziehungen des Eurokommunismus zu den anderen Strömungen des modernen Revisionismus, sei es der Titoismus, der Chruschtschow-Revisionismus oder der Maoismus.

Dabei wird deren gemeinsames konterrevolutionäres, reaktionäres Wesen hervorgehoben, die Feindschaft gegenüber der Revolution, dem Marxismus-Leninismus und der Arbeiterklasse, was auch an konkreten Handlungen, die sie gemeinsam begingen, nachgewiesen wird.

Die wahren Marxisten-Leninisten, die Kommunisten, werden dazu aufgerufen, alle diese Strömungen entschieden zu bekämpfen, keinerlei Zugeständnisse an den Revisionismus, gleich welcher Art, zu machen und die konkrete Strategie der Revolution für ihr Land konsequent zu befolgen.

Obwohl wir in diesem Artikel nur ganz kurze Auszüge aus diesem Buch veröffentlichen können, sind wir der festen Überzeugung, daß dies bereits genügt, um unsere Leser auf die Veröffentlichung dieses wichtigen marxistisch-leninistischen Werks, mit dem die Partei der Arbeit Albaniens einen weiteren Beitrag zur Festigung der Reihen der kommunistischen Weltbewegung leistet, mit Spannung warten zu lassen.

Die älteste noch bestehende Diktatur der Welt

Das ganze Land ein Konzentrationslager

In Südafrika stehen die Zeichen auf Sturm

Im Frühjahr 1980 überkommt die südafrikanischen Rassisten, diese blutigen Feinde der Menschheit wieder das Zittern. Abermals demonstriert die Schuljugend für eine gerechte und bessere Ausbildung. Abermals streiken die Arbeiter der Industriestädte, die schwarzen Arbeiter, für Lohn, für Gewerkschaftsrechte, für politische Rechte. Erst vor vier Jahren hatten sie eine solche große Bewegung durch massenhaften Kindermord unterdrücken können — Soweto hieß damals der Name, der um die Welt ging. Heute fragen sich auch ihre engsten Freunde in Washington, London und Bonn, wie lange die Terrorherrschaft der weißen Kapitalisten wohl noch halten wird. Die Zeichen stehen auf Sturm!

Südafrika, so behauptet die westliche Propagandamaschine, sei isoliert. Auch im Westen fände das Rassistenregime keine Unterstützung mehr. In der UNO hätten schließlich alle NATO-Staaten gegen Südafrika gestimmt. Für Wirtschaftsboykott, für Waffenembargo, für den Rückzug Südafrikas aus Namibia.

Allein, die Tatsachen sprechen eine andere Sprache.

Am 17. Mai 1968 veröffentlichte das Presseamt der Bundesregierung beispielsweise eine Äußerung des damaligen Außenministers Willy Brandt, der in bezug auf Südafrika sagte, man müsse Politik und Wirtschaft nicht enger miteinander verknüpfen als nötig. Das fand der westdeutsche Kapitalistenverband denn auch: Heute hat das westdeutsche Monopolkapital rund 6 Milliarden Mark in Südafrika investiert, das sind rund 10 Prozent des gesamten ausländischen Kapitals.

Führend immer noch Großbritannien mit fast 24 Milliarden, rund 39 Prozent, und die USA mit 11,5 Milliarden, knapp 19 Prozent. Diese drei Staaten, die 68 Prozent des gesamten ausländischen in Südafrika investierten Kapitals besitzen, stellen auch die engste ausländische Stütze für das Rassistenregime dar.

Das heute existierende und weltweit gehaßte rassistische Regime in Südafrika entstand mit der Gründung der Südafrikanischen Union im Jahre 1910 aus den vier südlichen Kolonien Britanniens. Geformt wurde dieses Gebilde vom Strategen des britischen Kolonialismus in Afrika, dem ersten Erzkönig, Cecil Rhodes.

Zu dieser Zeit war die Union noch Mitglied des British Empire. Die Buren, in einem erbitterten Krieg auf den zweiten Rang zurückgedrängt, stellten vor allem die Klasse der Großgrundbesitzer, während die britischstämmigen Weißen mit den britischen Monopolen hinter sich, den sich entwickelnden Bergbau und die darauf basierende Industrie in der Hand hatten.

Bis zum Jahre 1948, als die burische rassistische National Party den Wahlsieg errang, verlief ein Prozeß der Herausbildung einer gemischten, burisch-britischen kapitalistischen Klasse. Das Zentrum der burischen Kapitalisten, die Volkskas, kommandierte im Jahre 1956 bereits über rund 27 Prozent der südafrikanischen Industrie. Diese Entwicklung hat sich bis heute fortgesetzt. Zwar wird der Bergbau im allgemeinen nach wie vor von der Anglo-American Company beherrscht, hinter der die US-amerikanische Morgan-Gruppe und die Rio Tinto Zinc der Londoner Rothschilds stehen, aber im Diamantengeschäft ist die De Beers Consolidated unter Leitung des größten südafrikanischen Finanzkapitalisten, Harry Oppenheimer — an der die Angloamerican allerdings beteiligt ist —, zur führenden Gruppe geworden.

Die National Party, die bei der letzten Wahl 134 von 164 Sitzen im Parlament errang, ist die Partei der Apartheid. Aber auch die anderen im Parlament vertretenen Parteien sind Anhänger einer reformierten Apartheidspolitik. Die Malan, Verwoerd, Vorster und Botha, die als Führer der NP seit 1948 den Staat leiteten, also ab dem Zeitpunkt, als Apartheid offiziell Staatsideologie wurde, sind selbst nicht nur Vertreter, sondern Teil der burischen Großkapitalisten, aufs engste mit der Volkskas-Gruppe verbunden.

Geheimbund an der Macht

Die burischen Weißen waren sich mit den britischen Imperialisten natürlich darin einig, die brutalste Ausplünderung der farbigen Bevölkerung fortzusetzen. Um aber gegenüber den britischen Weißen ihre Stellung zu verbessern und um deren Politik scheinbarer Zugeständnisse an die Afrikaner in Krisenzeiten zu bekämpfen, gründeten sie die rassistische Kernorganisation, der alle burischen Kapitalisten angehörten, die über Parteien und Verwaltungen ihr geheimes rassistisches Netz zog: den Broederbond, der im Jahr 1918 geschaffen wurde. Gerade diese Organisation war es, die die Kontakte zum Ku Klux Klan in USA und zur NSDAP in Deutschland knüpfte.

Der Broederbond war und ist es, der die Besetzung des Geheimdiensts, der Polizeioffiziere usw. vorbestimmt, die National Party bestätigt diese Beschlüsse. Das ideologische Leitmotiv des Bundes heißt, eine Gleichberechtigung der Rassen in Südafrika hätte die Ausrottung der Weißen zur unumgänglichen Folge.

Im Jahre 1942 hielt der spätere Ministerpräsident der RSA, Mitglied des Broederbondes und Führer der National Party, Vorster, eine programmatische Rede, in der er leidenschaftlich dafür plädierte, an der Seite der Achsenmächte in den Krieg zu ziehen — was am Widerstand der britischen Kapitalisten scheiterte. Darin sagte er:

„Wir kämpfen für den christlichen Nationalismus, der ein Verbündeter des Nationalsozialismus ist. Man kann das antidemokratische Prinzip Diktatur nennen, wenn man will. In Italien heißt es Faschismus, in Deutschland Nationalsozialismus und in Südafrika christlicher Nationalismus."

Dieser faschistische, rassistische Broederbond beherrscht bis heute das politische Leben des Landes, manchesmal vom britischen Kapitalistenteil milde gerügt, aber stets die politische Hauptkraft der gesamten Kapitalistenklasse.

Aber es sind nicht nur jene Gesetze offener rassistischer Unterdrückung, die immer weiter ausgedehnt wurden, die den diktatorischen Charakter des Regimes ausmachen, sondern auch zur direkten politischen Zerschlagung jeder Opposition gibt es ein nahezu unendliches Arsenal faschistischer Gesetze.

1950 wurde das „Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus" verabschiedet, das nicht nur jeden Kommunisten, sondern auch jeden Gegner der Apartheid für jegliche Tätigkeit, die den Zielen des Kommunismus dient, mit hohen Strafen bedroht. 1963 wurde ein Gesetz verabschiedet, das es erlaubt, jedermann drei Monate festzuhalten: ohne richterliche Untersuchung, ohne Anwalt, ohne Besuch, ohne Information der Angehörigen. 1976 wurde die Möglichkeit einjähriger Vorbeugehaft eingeführt und das Gesetz gegen die Zusammenrottungen auf Namibia ausgedehnt. Erst vor kurzem wurde offiziell die Pressezensur bei Berichten über die Polizei eingeführt. Um ein Bild vom Ausmaß der alltäglichen Unterdrückung zu geben, mag es genügen zu erwähnen, daß von 1957 bis 1960 3,5 Millionen Afrikaner wegen Vergehen gegen die Paßgesetze angeklagt wurden.

70 Jahre Kampf für Demokratie

Nach der blutrünstigen Niederschlagung der Kämpfe der Eingeborenenstämme war das Jahr 1913 ein erster großer Markstein im Kampf der Afrikaner gegen den Rassismus. Und es war die Besonderheit Südafrikas, des einzigen Landes des südlichen Afrika, in dem es damals schon Industrie gab, daß es die Arbeiterklasse war, die Gewerkschaftsbewegung, die mit dem ersten Generalstreik der Geschichte das Regime ins Wanken brachte — 80 000 Minenarbeiter streikten illegal. Mit der Gründung des African National Congress im Jahre 1912, der bald eine Million Mitglieder hatte, des South African Indian Congress und des South Africa Coloured People Congress entstanden große politische Organisationen der unterdrückten rassistischen Bevölkerungsteile, die zum Kampf gegen den Rassismus antraten. Die Gründung der Kommunistischen Partei Südafrikas im Jahre 1921 schuf die erste allrassische revolutionäre Oppositionspartei, die alle Kämpfe unterstützte und in den vierziger Jahren großen Einfluß gewann, maßgeblich an den Bewegungen der Jahre 1946 bis 1948 mitarbeitete und diese oft organisierte.

In den fünfziger Jahren aber erwies sich die Partei als zu schwach, dem gemeinsamen Druck des rassistischen Terrors und der russischen Verräter am Kommunismus zu widerstehen, gewannen opportunistische Elemente, die seit langem geduldet worden waren, die Oberhand, und die Partei ging von der Linie des revolutionären Sturzes der Diktatur ab, was sich auch auf den ANC sehr schlecht auswirkte, in dem sie beträchtlichen Einfluß besaß.

Insbesondere nach dem Aufschwung der Bewegung im Anschluß an das Soweto-Massaker wurde klar, daß der ANC an Einfluß verlor, zugunsten etwa des Pan Africanist Congress (PAC), der militanter auftritt, während es der ANC zunehmend anstrebt, als legale Kraft anerkannt zu werden.

Dies wird auch eine Rolle in den künftigen Manövern der Rassisten spielen, nachdem ihr Plan, einen Rettungsring um ihre Zwingburg zu legen, scheiterte. Denn weder konnte die UNITA in Angola an die Macht gebracht werden, noch Muzorewa in Zimbabwe gehalten, noch fanden die angeblichen selbständigen Bantustans irgendeine Anerkennung. Der Versuch, Gathsa Buthelezi, einen Stammeschef, als Afrikanerführer zu präsentieren, scheiterte. Ebenso als gescheitert betrachtet werden kann die sogenannte Demokratische Turnhallenallianz in Namibia, die nur von der CSU, die für die DTA zwei Tageszeitungen kaufte und den ehemaligen südwestafrikanischen deutschen Kolonisten mit ihren reaktionären protestantischen Kirchen unterstützt wird.

Die UdSSR, die ihren Diamantenhandel im Westen über die De Beers machen läßt, hat verschiedentlich versucht, den ANC als einzige Befreiungsorganisation zu propagieren, was von der Organisation der afrikanischen Staaten als Spaltung verurteilt wurde. Die sowjetischen Imperialisten setzen ihre Strategie der Legalisierung des ANC darauf, daß über zehntausend Mitglieder des ANC in osteuropäischen Ländern als Studenten leben, die dann eine Art Mittelklasse bilden könnten, ein erster Schritt eines Zusammenwachsens mit den Rassisten, aus der eine gemeinsame reaktionäre Regierung hervorgehen könnte, mit starkem sowjetischen Einfluß. Unter diesen Voraussetzungen erstaunt es auch nicht, daß etwa die Tschechoslowakei bis heute nicht auf die afrikanischen Vorwürfe geantwortet hat, sie verkaufe Waffen an die Rassisten.

Das ist Apartheid

RASSISTISCHE TERRORGESETZE

1911: Das Gesetz über Bergwerke und Fabriken beschränkt die Arbeitsmöglichkeiten für Nichtweiße in Transvaal und im Oranjefreistaat.

1919: Das Gesetz über Grund und Boden verbietet es den Afrikanern, außerhalb der (damals 7,4 Prozent der Fläche des Landes umfassenden) ihnen zugewiesenen Siedlungsgebiete Land zu erwerben.

1923: Das Gesetz über die städtischen Wohngebiete richtet für die Afrikaner in den Städten Ghettos ein.

1924: Das Schlichtungsgesetz für die Industrie verbietet ausdrücklich die Teilnahme von Afrikanern an Lohnverhandlungen usw.

1926: Das Ergänzungsgesetz (Amendment) für Bergwerke und Fabriken verbietet den Farbigen die Ausübung zahlreicher Facharbeiter- und selbst einiger Anlernberufe.

1927: Das Gesetz über die Unmoral verbietet den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Afrikanern.

1936: Das Gesetz über die Eingeborenenvertretung liquidiert das minimale Wahlrecht der Afrikaner in der Kapprovinz.

1943: Das Bodenbegrenzungsgesetz beschränkt das Recht asiatischstämmiger Bürger auf Landerwerb.

1946: Das Ghettogesetz wird auf die asiatischstämmigen Bürger ausgedehnt.

1949: Es wird das Gesetz zum Verbot rassisch gemischter Ehen erlassen.

1950: Im Registrierungsgesetz wird die gesamte Bevölkerung gezwungen, sich nach rassistischen Merkmalen (Farbe, Haare, Kopfform usw.) eintragen zu lassen.

1950: Das Gruppengesetz verbietet gemeinsame Wohngebiete aller vier rassischen Bevölkerungsteile — das Kernstück der Apartheid.

1952: Das berüchtigte Paßgesetz verlangt von den Afrikanern, ständig ein sogenanntes Referenzbuch bei sich zu tragen, in dem alles über sie, ihre Tätigkeit usw. festgehalten ist, ein Polizeicomputer in Brieftaschenformat.

1953: Das Gesetz zur Ausbildung der Bantu legt Unterrichtsinhalte und Aufwand für die Afrikanerschulen fest, die noch nicht einmal ein Zwanzigstel derer für die Weißen betragen.

1956: Das Gesetz über die getrennte Vertretung der Mischlingswähler nimmt auch dieser Gruppe das Wahlrecht. Drei weiße Abgeordnete sollen ihre Interessen vertreten.

1959: Das Gesetz über die Erweiterung der Universitäten führt im Hochschulbereich die Rassentrennung ein.

1970: Das doppelte Staatsbürgerschaftsgesetz führt für die Afrikaner zwei Staatsbürgerschaften ein. Außerhalb der RSA eben die der RSA, innerhalb der RSA jene des anbefohlenen Reservats, Bantustan genannt. Damit sind sie innerhalb der RSA Ausländer, ohne Rechte und können zum Beispiel bei Arbeitslosigkeit abgeschoben werden.

1973: Das Ergänzungsgesetz über die Arbeitsverordnungen verbietet den Afrikanern nach wie vor, Gewerkschaften zu gründen.

LÄNDER DER WELT (VII)

Republik Südafrika

Die Republik Südafrika umfaßt eine Fläche von rund 1,14 Millionen Quadratkilometern (etwa das Vierfache der BRD) und hat 26 Millionen Einwohner.

Davon sind 71,5 Prozent oder 18,6 Millionen Afrikaner, 9,2 Prozent oder 2,4 Millionen Mischlinge, 2,8 Prozent, rund 0,75 Millionen asiatischer Abstammung und 16,5 Prozent, also 4,3 Millionen sind Weiße.

Die Afrikaner stellen dabei 77 Prozent der Industriearbeiterschaft und 90 Prozent der Arbeiter in den Bergwerken.

Südafrika ist ein entwickeltes kapitalistisches Land, das vor allem wegen seiner enormen Rohstoffvorkommen von großer Bedeutung ist. Die osteuropäischen revisionistischen Länder ausgenommen, lieferte die RSA 1975 an der Weltproduktion von Diamanten 20 Prozent, Platin 88 Prozent, Chrom 44 Prozent, Eisenerz 1,8 Prozent, Mangan 36 Prozent, Kohle 3 Prozent, Gold 75 Prozent.

Durch die seit hundert Jahren praktizierte äußerst scharfe rassistische Unterdrückung — in unterschiedlichem Ausmaß — für alle nichtweißen Bevölkerungsteile gibt es im Lande zum Beispiel keine schwarzen Kapitalisten. Die herrschende Klasse besteht ausschließlich aus der Kombination von ehemaligen burischen Großgrundbesitzern (die Buren stellen 58 Prozent der weißen Bevölkerung) und angloamerikanischem Monopolkapital.

Die konzentrationslagerartigen Reservate für die afrikanische Bevölkerung umfassen 13 Prozent des Territoriums und stehen für 2 Prozent des Nationalprodukts.

Mit Militärausgaben von rund 4 Milliarden Mark im letzten Jahr und einer 60 000 Mann starken Armee ist Südafrika das bei weitem am höchsten gerüstete Land des ganzen Kontinents. Mit dieser Macht werden eigene imperialistische Ziele verfolgt: Namibia wird, entgegen den UNO-Forderungen, besetzt gehalten. Der Herrschaftsanspruch des Johannesburger Finanzkapitals aber gilt dem ganzen Australafrika, jener immens rohstoffreichen Region vom Kap bis zum Kongofluß.

Die südafrikanischen Rassisten waren eine starke Stütze für die portugiesische Kolonialmacht in Angola, Moçambique und Guinea-Bissau sowie den Kapverdischen Inseln, als auch eine Stütze (und zugleich ein Kanal für verdeckte Hilfe aus Westeuropa und USA) für die rhodesischen Rassisten. Immer wieder unternahmen sie in den letzten Jahren aggressive militärische Aktionen gegen die Befreiungsbewegungen dieser Länder bzw. die befreiten Staaten.

Internationale Konferenz in Teheran

Weltweite Verurteilung der USA

Entschädigung für den Iran zugebilligt

TEHERAN. — Nach viertägiger Dauer ist die internationale Konferenz von Teheran zu Ende gegangen. In einer Zwölf-Punkte-Resolution werden die USA dafür verurteilt, das verbrecherische Regime des Schahs bedingungslos unterstützt zu haben, und, insbesondere in den Jahren seit 1953, zahlreiche Verbrechen im Iran begangen zu haben.

An der Konferenz, die auf Einladung von Ayatollah Khomeiny unter der Leitung des Außenministers Gotbzadeh stattfand, nahmen 347 Delegierte von über 120 Organisationen aus 59 Ländern teil. Unter diesen Delegationen war auf Einladung auch eine der Sozialistischen Volksrepublik Albanien.

Die größte Aufmerksamkeit aber erregten die Teilnehmer einer US-amerikanischen Delegation mit dem ehemaligen Justizminister Ramsey Clark an der Spitze.

Carter hatte den Delegierten insgesamt und Clark persönlich im besonderen mit schweren Drohungen ihre Teilnahme verleiden wollen. Jetzt soll Clark einen Prozeß in den USA bekommen, wo er von der Regierung auf 50000 Dollar Schadensersatz verklagt wird. Die Reaktion in USA tobt, der imperialistische Drahtzieher Kissinger nannte Clark „einen Wahnsinnigen", die texanischen Senatoren nannten ihn in einer Entschließung einen „Landesverräter" und ähnliches. In mehreren Städten der USA fanden allerdings auch Demonstrationen für die Teilnahme einer US-Delegation an der Konferenz statt.

Verurteilt wurde auf der Konferenz die „Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten des Iran, insbesondere in den letzten 27 Jahren". Dabei werden aus der letzten Zeit eine ganze Reihe von Ereignissen genannt: „Die direkten oder indirekten Drohungen, Komplotte, Provokationen und Verschwörungen, der im April gescheiterte aggressive Akt, die Wirtschaftssanktionen und die Einfrierung der iranischen Guthaben in den USA."

Diese Konferenz nahm über ihren gesamten Verlauf eine sehr intensive Untersuchung der Vergangenheit vor, denn es waren keinesfalls Organisationen, die sich alle bereits vorher eine feststehende Meinung gebildet hatten.

Dabei legten die iranischen Behörden eine derartige Menge gesicherten Materials über verbrecherische Bestrebungen der USA im Iran vor, daß niemand der dort anwesend war, sich der Berechtigung der iranischen Forderungen verschließen konnte.

So forderten die Teilnehmer der Konferenz denn auch sowohl die Auslieferung des Massenmörders Pahlevi als auch die Wiedergutmachung am iranischen Volk durch die USA.

Unter den zahlreichen brisanten Dokumenten vielleicht das bezeichnendste, war der geheime Brief des Generals Haig, damaliger NATO-Oberbefehlshaber in Europa, an den Chef der geheimen amerikanischen Militärmission in Iran.

In aller Offenheit, voller Zynismus und Menschenfeindlichkeit wägt dieser blutige Reaktionär Haig dabei ab, wie man die Volksbewegung im Iran am besten abwürgen könnte.

Den Schah bei der Niederwerfung von Aufständen zu unterstützen hält dieser feine Schreibtischmörder für nutzlos, da dies, geschrieben 1978, die Probleme nur aufschiebe.

Als weitere Alternative erwägt er den Mord an Ayatollah Khomeiny, damals noch im Pariser Exil, durch den CIA. Nicht etwa aus humanitären Gründen ist er dagegen, sondern nur, weil er erwartet, daß dann erst recht ein unwiderstehlicher Volksaufstand ausbricht. Dementsprechend lautet sein Ratschlag an den „Kollegen" in Iran, einen Militärputsch zu organisieren.

Dieser Ratschlag läßt nicht nur darauf schließen, wo die USA-Imperialisten damals ihre besten Verbindungen hatten, sondern auch, warum sie jedem erschossenen Schah-Offizier so viele Tränen nachweinten.

Dieser Ratschlag läßt auch darauf schließen, wo auch heute noch Verbindungen bestehen mögen, die solche Kommandounternehmen und Putschversuche wie im April ermöglichen könnten.

Die Ergebnisse dieser Konferenz, die einmütige Verurteilung der Verbrechen des USA-Imperialismus an den Völkern des Iran sowie die Unterstützung für die iranischen Forderungen stellen eine schwere politische Niederlage für die heuchlerischen Washingtoner Mörder dar, die noch schwerer wiegt als die Ergebnisse der Untersuchungen der UNO-Kommission.

Massendemonstrationen am selben Tag

Westbank explodiert nach den Mordversuchen

Jerusalem, 2. 6. 80 (Wafa). Um 8 Uhr heute morgen wurden Bassam Shakaa, Bürgermeister von Nablus, und Karim Khalaf, Bürgermeister von Ramallah, schwer verletzt, als in ihren Autos versteckte Sprengladungen explodierten. Eine weitere Bombe, die im Auto des Bürgermeisters von al-Bireh, Ibrahim Suleiman al-Tawil angebracht war, wurde entdeckt und von einem israelischen Sprengstoffexperten zur Detonation gebracht, der dabei selbst erheblich verletzt wurde.

Die beiden verletzten Bürgermeister wurden ins Krankenhaus gebracht, wo Shakaa sofort operiert wurde und ihm beide Beine amputiert werden mußten. Karim Khalaf verlor einen Fuß. Die Mordversuche wurden begleitet von einer Serie von Bombenanschlägen in den Zentren der Westbank. In Jerusalem wurde im arabischen Busbahnhof eine große Menge Sprengstoff entdeckt. In Hebron explodierte eine Sprengladung in der Nähe des städtischen Gymnasiums. Zwei der acht Palästinenser, die dabei verletzt wurden, sollen nach bisher nicht bestätigten Meldungen ihren Verletzungen erlegen sein. Hebron ist inzwischen von jeder Kommunikation mit der Außenwelt abgeschnitten ist, ihren schweren Verletzungen erlegen sein.

Als erste direkte Antwort strömten die Palästinenser der Westbank, des Gaza-Streifens und Galiläas auf die Straßen. In Bir Zeit und in Nablus wurden sechs Palästinenser von Schüssen verwundet, die die israelischen Truppen auf die Demonstranten abfeuerten. Schüsse wurden auch auf die Fenster des Krankenhauses abgegeben, in dem Shakaa behandelt wird. Sein Zustand wird als ernst bezeichnet. Ein Kontrollpunkt der israelischen Armee wurde von den Demonstranten in Nablus überrannt; auf dem Posten wurde die palästinensische Flagge gehißt. Die Situation in Nablus, Ramallah und anderen Teilen der Westbank ist außer Kontrolle. In Galiläa gab es Massendemonstrationen aus Solidarität mit den Palästinensern der Westbank ist außer Treffen der arabischen Bürgermeister und Führer der lokalen Behörden, das in Galiläa stattfand, hat für morgen abend um 19 Uhr zu einer großen Massenkundgebung in Nazareth aufgerufen.

Offizielle Erklärung der PLO

Die Mordversuche an Shakaa und Khalaf spiegeln Begins politische Schwäche wider

Beirut, 2. 6. 80 (Wafa). Ein offizieller Sprecher der PLO gab heute morgen folgende Erklärung ab zu den Mordversuchen an Bassam Shakaa und Karim Khalaf, Bürgermeister von Nablus und Ramallah.

Dieses widerliche Verbrechen an Bassam Shakaa und Karim Khalaf unterliegt unzweifelhaft der Verantwortung der israelischen Regierung, die geführt wird von dem erfahrenen Terroristen Menachem Begin. Diese Regierung deportierte vergangenen Monat auf Anweisung des früheren Kriegsministers Weizmann und mit Zustimmung Begins die Bürgermeister von Hebron und Halhoul. Fahd Kawasmeh und Muhammad Milhem zusammen mit Scheikh Rajab al-Tamimi von Hebron. Der heutige Angriff steht eindeutig in Zusammenhang mit den Deportationen und markiert eine gefährliche Eskalation in dem seit langem feststehenden zionistischen Plan, die nationalen Führer in den besetzten Gebieten zu liquidieren, um damit den Weg zu ebnen für die Durchsetzung der US-zionistischen Pläne, die mit Zustimmung des ägyptischen Regimes formuliert wurden.

„Es gibt keinerlei Zweifel, daß dieses neue abscheuliche Verbrechen ein sicheres Zeichen der wachsenden politischen Schwächen Begins ist, die ihn veranlaßt hat, wieder zum lauten Terrorismus seiner ‚Irgun'-Tage zurückzukehren, da er versucht, den Aufstand des palästinensischen Volkes niederzuschlagen, der jede Chance zerstört hat, die Camp-David-Vereinbarungen und den ‚Autonomie'-Plan dem palästinensischen Volk aufzuzwingen."

Die heroischen Führer unseres Volkes unter der Besatzung, die Bürgermeister und andere nationale Persönlichkeiten unterlagen nie irgendwelchen Illusionen über die aggressiven Absichten der zionistischen Behörden ihnen gegenüber. Sie und alle Patrioten sind allen Formen der Unterdrückung, Einkerkerung, kollektiven Bestrafung und Deportation ausgesetzt und jetzt diesem kaltblütigen Verbrechen. Trotz alledem haben Bassam Shakaa und Karim Khalaf nie geschwankt in ihrem standhaften Kampf gegen die Besatzung mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung standen.

„Wir grüßen hiermit diese beiden Führer und drücken die Hoffnung unseres Volkes aus, das über diese abscheulichen Verbrechen zutiefst empört ist, daß das Leben dieser beiden Führer gerettet wird."

Brasilien

Generalstreik der Kaffeeplantagenarbeiter

Zum ersten Mal in der Geschichte

BAHIA. — Am 12. Mai 1980 traten zum ersten Mal in der Geschichte der brasilianischen Arbeiterbewegung die Arbeiter der Kaffeeplantagen in den Streik.

30000 Kaffee-Ernter kämpfen seitdem für eine Lohnerhöhung von 100 Prozent, für gleiche Bezahlung für Männer und Frauen und die Verkürzung der Arbeitszeit für Jugendliche (die volle Schicht arbeiten, aber nur die Hälfte bezahlt bekommen).

Dieser erste Streik der größten Gruppe der brasilianischen Landarbeiter trifft die Großgrundbesitzer und Bosse der Kaffeefabriken und Exporteure schwer, denn er beginnt genau zur Zeit der Ernte.

Der Streik wurde auf einer Versammlung von 4000 Arbeitern und Arbeiterinnen im Bundesstaat Bahia beschlossen und wird in diesem Staat vollkommen befolgt. Auch in anderen nördlichen und südwestlichen Bundesstaaten sind Versammlungen der Landarbeitergewerkschaften einberufen worden, um über Kampfmaßnahmen zu entscheiden.

Dieser Streik ist aus verschiedenen Gründen sehr wichtig. Zum einen ist es seit langem der erste große gewerkschaftlich organisierte Landarbeiterstreik, der erste der Kaffeearbeiter überhaupt, zum anderen zeigt er, wie immer breitere Teile des brasilianischen Proletariats in den Kampf eintreten, den die Metall-, Hafen- und Minenarbeiter im letzten Jahr begannen, und wie sich dieser Kampf in allen Regionen des Landes ausweitet.

Die Kaffeearbeiter widerstanden erfolgreich Versuchen der Armee, ihre Streikversammlungen aufzulösen.

Südkorea

US-Marionette Chun festigt seine Macht

Neue Verfassung geplant

SEOUL. — Mit aller Kraft versucht die südkoreanische Militärdiktatur nach der Niederschlagung des Volksaufstandes in den südwestlichen Landesteilen ihre Macht zu festigen.

Immer deutlicher wird dabei, daß es tatsächlich nur noch der neue starke Mann der südkoreanischen Armee, der US-protegierte Geheimdienstchef General Chun ist, der die Macht ausübt.

Zwar gab er die Leitung des Geheimdienstes KCIA ab, wurde jedoch gleichzeitig Chef des Ausschusses des zentralen Sicherheitsorgans, des tatsächlichen Machtorgans in Südkorea, das auch dem Scheinpräsidenten Anweisungen gibt.

Neben verschiedenen Versprechungen, die der Bevölkerung gemacht werden, fallen vor allem die zahlreichen organisatorischen Reformen auf, die jetzt von Chun angestrebt werden. Zentral dabei ist eine weitere Änderung der Verfassung, in der die Rolle des Militärs ausdrücklich gestärkt werden soll.

Währenddessen wird im Westen die heuchlerische Kampagne zum Schutze der Washingtoner Hintermänner des neuesten Blutbades fortgeführt. So wurde in verschiedenen großen Zeitungen ein gleichlautender Artikel lanciert, der auf Äußerungen des neuen USA-Außenministers Muskie zurückgeht, der als Motto hatte „Die USA wünscht in Südkorea eine Regierung, die eine breite Unterstützung im Volke hat". Nun mag es ohne Zweifel so sein, daß die amerikanischen Imperialisten sich dies wünschen, das wäre ja auch für sie das Einfachste. Aber offensichtlich ist, daß, solange das Volk sich eben weigert, die Wünsche der USA zu akzeptieren, genau solange die barbarische Soldateska des Generals Chun weiter morden wird. Mit welchem unmenschlichen Terror das „Vereinte amerikanisch-koreanische Kommando" auf die Volksbewegung einschlagen ließ, zeigt sich auch an der ständig wachsender Zahl der Toten, die offiziell eingestanden werden: 500 sind es jetzt.

Senegal: US-Basis in Thies

DAKAR. — Auch in Afrika unternimmt der USA-Imperialismus zahlreiche Aktivitäten, sein Netz von Militärstützpunkten auszubauen.

So wurde jetzt bekannt, daß eine Geheimdelegation der USA mit dem Senegalesischen Präsidenten Sedar Senghor verhandelt hat, um das Gebiet von Thies als Luftwaffenstützpunkt für die USAF zu bekommen — Verhandlungen, die nach Meldungen westafrikanischer Zeitungen positiv abgeschlossen wurden.

Liberia: US-Army in Monrovia

MONROVIA. — Auch nach dem Sturz von Präsident Tolbert durch liberianische Unteroffiziere bleibt die US-Army in der Hauptstadt präsent.

Die amerikanische Militärmission, aus Spezialisten und CIA-Agenten zusammengesetzt, hat nach wie vor eine ganze Etage des liberianischen Verteidigungsministeriums gemietet...

Zypern: Unruhen wegen US-Stützpunkten

NIKOSIA. — Mehrere tausend Demonstranten protestierten in der letzten Woche in der zypriotischen Hauptstadt gegen Pläne, die US-Anwesenheit zu verstärken.

Nach Berichten einer zypriotischen Zeitung ist geplant, die beiden US-amerikanischen Militärstützpunkte auf der Insel ganz wesentlich zu verstärken.

El Salvador: Streikbewegung ausgedehnt

SAN SALVADOR. — Der von der Föderation salvadorianischer Gewerkschaften ausgerufene Streik gegen die volksfeindliche Politik der Junta weitet sich immer mehr aus.

Jetzt nehmen daran schon mehr als 60000 salvadorianische Arbeiter teil, trotz ganz massiver Drohungen von seiten der Junta, die, extra um Streikende bewachen zu können, drei neue US-Hubschrauber bekamen.

Bolivien: Bestellter Unfall?

LA PAZ. — Verschiedene Zeitungen der bolivianischen Hauptstadt erhoben in der letzten Woche schwere Vorwürfe gegen den Generalstab der bolivianischen Armee.

Kurz nach dessen Drohung mit einem neuen Putsch waren beim Absturz eines Flugzeugs drei linksgerichtete Politiker umgekommen. Zwei Zeitungen veröffentlichten nun Dokumente, nach denen dieser Unfall in Wirklichkeit ein von den Generälen bestellter Mord sei.

Ecuador: Hungerelend

QUITO. — Eine jetzt veröffentlichte Untersuchung einer soziologischen Forschungsgruppe beweist, daß die Not in Ecuador immer schlimmer wird.

Von den 3,7 Millionen Kindern bis 15 Jahren, die 46 Prozent der Bevölkerung darstellen, leiden 2,6 Millionen an Unterernährung, die Sterblichkeit im ersten Jahr liegt bei 11 Prozent!

In der letzten Folge unserer Serie beschäftigten wir uns mit der Frage, was die Herren in den Chefetagen der Rüstungskonzerne und Banken wohl dazu bewogen haben könnte, einen Pferdewechsel in Bonn anzustreben. Zwar vertreten die Herren Schmidt und Genscher hundertprozentig die Klasseninteressen des westdeutschen Monopolkapitals, doch in den Kreisen der herrschenden Klasse gewinnen jene Kräfte an Einfluß, die auf dem Hintergrund der angespannten internationalen Lage mehr und mehr auf die Karte des Krieges setzen. Ihr Mann ist heute Franz Josef Strauß, wie es damals Hitler war. Im 13. Teil unserer Serie wollen wir uns etwas ausführlicher mit der Rolle der SPD befassen. Ist die Regierungspolitik von Schmidt, Bahr und Wehner geeignet, den Frieden zu sichern? Segelt die Bundesregierung tatsächlich auf Neutralisierungskurs, wie es in den Reihen der CDU/CSU behauptet wird?

Sterben für die USA? (13. Teil)

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

Natürlich ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die SPD, wie auch die CDU/CSU eine Partei des westdeutschen Finanzkapitals, das heißt des mit dem Bankkapital verschmolzenen monopolistischen Industriekapitals, **und vertritt dessen imperialistische Interessen. Doch welche Kreise dieses Finanzkapitals sie vertritt und wie sie deren imperialistische Interessen durchzusetzen versucht, darin liegt der Unterschied zur CDU/CSU.**

Wie schon gesagt, vertritt die SPD — neben ihren engen Beziehungen zu den staatlichen und gewerkschaftseigenen Konzernen — in der Hauptsache die Montan- und Teile der chemischen Industrie, die zur Zeit ein starkes Interesse an einem „friedlichen" Eindringen in die Märkte des Ostens und hier vor allem dem der Sowjetunion, sowie an einer Rohstoffsicherung aus diesen Gebieten haben. **Diesem Interesse dient die sogenannte Friedens- oder Entspannungspolitik der SPD, die man weder durch einen Handelsboykott der Sowjetunion noch gar durch Waffenlieferungen an China, auf die der Kreml äußerst empfindlich reagieren würde, gestört sehen möchte.**

Nun sind CDU/CSU natürlich nicht gegen den Osthandel, spricht auch der Strauß von Entspannung: „Kein vernünftiger Mensch kann gegen Entspannung sein." Nur steckt bei Strauß hinter diesem Wort ein grundlegend anderes außenpolitisches strategisches Konzept als bei der SPD/FDP. Wenn diese von „Entspannung" spricht, meint sie damit Begegnungen, Verhandlungen, Abkommen in gegenseitigem Interesse ohne Drohung mit Gewalt (abgesehen davon, daß auch bei solchen Abkommen ein Imperialist den anderen zu übervorteilen sucht).

Gegen eine solche Art „Entspannung" hat Strauß von Anfang an Stellung bezogen. Er war und ist der kalte Krieger par excellence. Als Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre die zwei Supermächte USA und UdSSR ihr Techtelmechtel miteinander begannen, als sie ihre gegen die Interessen der Völker gerichteten Verträge, wie zum Beispiel den Atomwaffensperrvertrag, abschlossen, da war es Strauß, der auf Kollisionskurs zu den USA ging, der den Aufbau einer eigenständigen europäischen Atomstreitmacht forderte. Aber nicht etwa im Interesse der Völker, sondern im Interesse des westdeutschen Imperialismus, der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals, die er schon damals vertrat.

Strauß will Großdeutschland

Heute, wo der USA-Imperialismus selbst wieder auf Kollisionskurs zu den sowjetischen Sozialimperialisten geht, ist Strauß wieder sein engster Verbündeter und wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie mit ihrer „gescheiterten Friedens- und Entspannungspolitik die Bundesrepublik von Amerika abkoppeln wollen", warnt er „vor dem wachsenden Anti-Amerikanismus, der sich in der SPD breit macht". **Sein Ziel war und ist dabei stets das gleiche geblieben,** wie es in den bayrischen Schulen an Hand der Atlanten gelehrt wird, **die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937. Und zwar, wenn nötig, mit Gewalt.**

Deswegen sein Bemühen zur Herstellung engster, auch militärischer Verbindungen zum sozialimperialistischen China, um den Feind in die Zange nehmen zu können. Deswegen seine Definition von Entspannung, wie er sie versteht: „Wenn die Sowjetunion in Europa einen Entspannungsbeitrag leisten will, muß sie zweierlei tun: Sie muß die geopolitischen Veränderungen rückgängig machen, durch die Europa von seinen Energie- und Rohstoffbasen abgeschnitten werden soll. Zugleich muß sie für die Aufhebung des Schießbefehls, den Abbau der Berliner Mauer und die Beseitigung des Todesstreifens quer durch Deutschland sorgen." Und wenn sie es nicht tut, was dann?

Auch darauf hat Strauß eine Antwort gegeben, und zwar vor dem Parteiausschuß der CSU in Ingolstadt: „Wären CDU und CSU an der Macht gewesen, mit einem intakten Bündnis, wäre die Sowjetunion nicht in Afghanistan einmarschiert." **Das heißt doch nichts anderes, als, dann hätte es Putz, dann hätte es Krieg gegeben. Da sieht man, wie wenig Strauß selbst an das Märchen von der sowjetischen Überlegenheit glaubt.** Hat er doch bereits Ende 1956 verkündet: „Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können." Und wie wollte er auch Präsident Carter widersprechen, der erklärte: „Die Vereinigten Staaten müssen die stärkste Militärmacht der Welt bleiben." Da sie es demnach sind, kann es nicht die Sowjetunion sein, dem Streichen stünde nichts mehr im Wege.

Sein militärpolitisches Konzept hat Strauß im Jahre 1976 in den „europäischen ideen", Heft 16 vorgestellt: „Unsere Aufgabe muß es daher sein, die deutsche Frage offenzuhalten und die ungelöste deutsche Frage als politischen Hebel zur Erhaltung der Freiheitshoffnungen aller Deutschen im unterdrückten sowjetischen Imperium weiter zu bewahren und einzusetzen. Damit hat die ungelöste deutsche Frage eine Freiheitsfunktion für alle Deutschen im unterdrückten östlichen Europa..." Bekanntlich aber wohnen „Deutsche" verstreut bis hin nach Kasachstan, und schon einmal gab es einen, der sie „heim ins Reich" holen wollte.

Kurz und gut, F.J. Strauß ist ein Kriegstreiber und Revanchist, der früher oder später hofft, mit der vereinigten Stärke seiner Bundesgenossen, den Vereinigten Staaten, der NATO und China, alle unterdrückten Deutschen im östlichen Europa „befreien" und die ehemals deutschen Gebiete zurück in die Bundesrepublik Deutschland holen zu können. Und es ist kein leerer Wahn, daß mit dem gleichen Recht, wie man hier im Westen auf die „Bedrohung" durch den Osten hinweist, der Osten auf die „Bedrohung" durch den Westen hinweisen kann. Angesichts des realen Kräfteverhältnisses noch viel eher.

Was aber soll man von den schrillen Schreien der CDU/CSU-Opposition halten, die SPD wolle Europa von Amerika abkoppeln, sie wolle zurück zur Politik ihres alten Deutschland-Planes und verfolge eine neutralistische Politik weg von den USA, das heißt man strebe eine Neutralisierung der Bundesrepublik an. Was von den Behauptungen von Strauß, Schmidt spiele ein „raffiniertes Spiel mit gezinkten Karten", er habe sich als „nützlicher Helfershelfer der psychologischen Kriegsführung" Moskaus zur Verfügung gestellt, er „ist und bleibt ein Sozialist. Daran ändert sich auch nichts, wenn Millionäre und Milliardäre ihn wie Fliegen umschwärmen"?

Was soll man dazu sagen, wenn man seitens der CDU/CSU von einer unter der Führung von Brandt, Wehner und Bahr stehenden Moskauer Fraktion in der SPD spricht, die nach Äußerungen vom parlamentarischen Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Jenniger, ständig wächst. Was von der Warnung des entwicklungspolitischen Sprechers der CDU/CSU, Todenhöfer, vor Egon Bahr, der die sowjetische Politik verharmlose und von der sowjetischen Bedrohung ablenke. Was von der Schreckensvision eines Dregger, daß es „zum großen antifaschistischen Bündnis aller Linken" kommen könne und der Strauß-Äußerung: „Die Kommunisten sind die Stehler, aber linke Sozialdemokraten die Hehler", wenn sie dem politischen Gegner die Marke Krieg anheften?

Gibt es eine Opposition in der SPD?

Getroffene Hunde bellen, das ist nicht verwunderlich. Wenn Kohl und andere gegen die Sozialdemokraten wettern: „Alle Wege der SPD führen nach Moskau", so ist das nicht gerade einleuchtend und noch viel weniger wahr, sondern das übliche Wahlkampfgetöse. Wenn Strauß über die Spitzen der westdeutschen Wirtschaft „Milliardäre, Manager und Unternehmer" herzieht, die „wie ein Schwarm Fliegen" den Kanzler (das „Chamäleon") umschwirren, dann ist das einmal Popularitätshascherei beim sogenannten „einfachen Mann" — auch Hitler sprach von Plutokraten und vom raffenden Kapital —, und zum anderen die Wut desjenigen, der seine Felle (zur Bundestagswahl 1980) und damit die Gunst seiner Auftraggeber davonschwimmen sieht.

Über eins muß man sich bei jedem Wahlkampf, bei aller noch so heftigen Polemik gegeneinander im klaren sein: Beide, sowohl Strauß als auch Schmidt, hängen wie Marionetten an den Fäden der Herren des Finanzkapitals. Sollten sie wider den Stachel löcken, was sie schon im eigenen Interesse nicht tun, oder sich als unfähig erweisen, die Interessen ihrer Herren optimal zu vertreten, läßt man sie unbarmherzig fallen. Sie sind ersetzbar.



Während der eine dem Carter mit Hurragebrüll in den nächsten Krieg folgen würde, täte der andere das mit „Zähneknirschen". Was ist besser für das deutsche Volk?

Ein Wahlkampf dient den Herren im allgemeinen nur dazu — auch wenn hinter den zwei großen Parteien mehr oder weniger verschiedene Gruppen des Finanzkapitals stehen —, einen Schaukampf zu veranstalten, der dazu dient, das Volk bei der Stange des Kapitals zu halten. Das heißt, sollte die eine der Parteien abgewirtschaftet haben, wird sie durch die andere ersetzt und umgekehrt. Dabei ist nur zu verständlich, daß die Manager und Bosse der einen Partei, um an der Staatskrippe bleiben zu können, und die der anderen Partei, um dorthin zu gelangen, einander auf das äußerste verteufeln, sich selbst aber im besten Licht darstellen. **Hinter den Kulissen aber nimmt man das einander nicht krumm und ist sich einig im Geiste des kapitalistischen Wirtschaftssystems, des Imperialismus.**

Das drückte Bundeskanzler Schmidt im Fernsehen aus, als er auf eine entsprechende Frage antwortete, daß er sich sehr wohl vorstellen könnte, mit Strauß in einer großen Koalition zusammenzuarbeiten. So lobte Wehner den Strauß für sein Mühen um eine „realistische Entspannungspolitik" und warnte vor einer Dämonisierung seiner Person. Die SPD Rheinland-Pfalz warnte ihre Mitglieder davor, Demonstrationen gegen Strauß zu organisieren oder an entsprechenden Demonstrationen teilzunehmen. Und der dem Bundeskanzler Schmidt sehr nahestehende Hamburger SPD-Landesvorsitzende Oswald Paulig sagte: **„Franz Josef Strauß steht mir näher als irgendein Nichtdemokrat, zum Beispiel die Kommunisten. Dabei sollte es bleiben."**

Dabei wird es bleiben, denn nichts deutet darauf hin, daß die Sozialdemokratie ihren im Rahmen der II. Internationale begangenen Verrat an der Arbeiterklasse, den werktätigen Massen jemals wird rückgängig machen wollen und können. Stand ihr vor 1933 der Militarist und Erzreaktionär Hindenburg, dessen Wahl zum Reichspräsidenten sie unterstützte, näher als der Arbeiterführer und Kommunist Ernst Thälmann, so ist sie heute bereits einen Schritt weitergegangen. **Damals bekämpfte sie Hitler, auch wenn sie die Mitarbeit in der antifaschistischen Einheitsfront ablehnte und sabotierte. Heute nennt sie einen Mann gleichen Kalibers einen Demokraten, mit dem zusammenzuarbeiten sie sich nicht scheute noch scheut.**

Neutralisierung? Nicht im Traum

Die SPD ist heute wie die CDU/CSU eine Partei des Monopolkapitals. Ihre Führungsmannschaft steht, trotz bestimmter eigenwilliger Komponenten in ihrer Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion, treu und unverbrüchlich auf seiten des USA-Imperialismus. Ihr vorzuwerfen, sie wolle die Bundesrepublik von Amerika abkoppeln, neutralisieren, ist — leider — eine durch nichts zu beweisende Unterstellung und völlig ungerechtfertigt. **Wie sagte Bundeskanzler Schmidt in einem ZDF-Interview auf die Frage der Neutralisierung angesprochen?: „Wir denken auch nicht im Traum daran!"**

Und man kann es ihm abnehmen, erklärte er doch mitfühlend, die Deutschen könnten „solidarisch mitempfinden", wie den Amerikanern wegen der aktuellen Situation im Iran gegenwärtig zumute sei. Mitgefühl mit jenen, die das iranische Volk mit Recht aus seinem Lande verjagt hat. Mitgefühl mit Plünderern und Aggressoren. Da beeilte sich die Bundesregierung in geradezu widerwärtiger Untertänigkeit, US-Präsident Carters Aufruf zum Boykott der Olympischen Spiele in Moskau zu folgen. Sie drohte durch ihren Regierungssprecher Bölling NOK-Präsident Daume, der Carter dilettantisches Vorgehen in der Olympia-Frage und Bonn eine diesbezügliche Fehleinschätzung vorgeworfen hatte.

Der Erfolg des massiven Drucks von Bundesregierung und Opposition auf das westdeutsche NOK? Fast alle fahren nach Moskau, nur die westdeutschen Sportler stehen in Westeuropa bis auf die der sportlich unbedeutenden Staaten wie Monaco, Liechtenstein und Norwegen isoliert da. Am bundesdeutschen Wesen will offensichtlich noch nicht einmal ganz Europa genesen. Nun handelt es sich hierbei um einen vergleichsweise harmlosen Vorgang. Denn ob unsere Sportler zu den Olympischen Spielen nach Moskau fahren oder nicht, niemand wird davon sterben. **Doch nichts spricht dagegen und alles dafür, daß Bundesregierung und Opposition mit der gleichen Einmütigkeit, mit der sie Carter auf dem Weg des Boykotts der Olympiade folgten, ihm auch auf dem Weg des Krieges folgen werden.**

Dagegen wird sich im Kabinett Schmidt, ja selbst nicht in der sogenannten „Moskau-Fraktion", niemand ernsthaft zur Wehr setzen. Ein Liebknecht ist nicht in Sicht. So setzte sich Wehner nachdrücklich für gemeinsame Sanktionen der EG gegen den Iran ein und begründete das: „...ich will nicht als einer angesehen werden, der jede Sache des Westens unmöglich mache. So bin ich nicht." Nein, so ist er wirklich nicht, der Renegat Wehner. Er bat sogar die Bundeswehr „um Verzeihung", weil sie in Bremen anläßlich der provokanten Massenvereidigung mit Großem Zapfenstreich „durch Aktionen beleidigt und bedrängt worden" sei.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, warnte vor einem „billigen Antiamerikanismus" der Europäer. Die SPD-Politiker Eppler und Wischnewski traten für die Solidarität mit den USA ein, und selbst Friedensnobelpreisträger Willy Brandt erklärte auf eine diesbezügliche Frage: **„Das Bündnis und die Freundschaft mit den USA stehen nicht zur Debatte."**

Im nächsten RM:

Bündnisschichten

Zweifellos lehnt eine überwältigende Mehrheit unseres Volkes einen neuen Krieg ab. „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!" Mit dieser Kampflosung unserer Partei werden Millionen von Werktätigen sympathisieren. Die Frage ist: Wo gibt es Bündnisschichten im Kampf gegen den imperialistischen Krieg? Auf wen müssen wir uns stützen? Auf diese Frage wird die 14. Folge unserer Serie Antwort geben.

Das Kapital geht über Leichen (1. Teil)

Nachtschicht = Friedhofsschicht

Arbeitsbedingungen produzieren Krankheit

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung bringt Arbeitsbedingungen hervor, die in großem Umfang Krankheiten produzieren. Die Arbeitsbedingungen in den Betrieben, den Werkshallen, den Büros, am Fließband oder an der Supermarktskasse sind eine der Hauptursachen für den katastrophalen Stand der Volksgesundheit. In dieser und der nächsten Ausgabe des „Roten Morgens" wollen wir auf zwei Aspekte eingehen, die kennzeichnend für die Bedingungen sind, unter denen Arbeiter und Angestellte ihr Geld verdienen müssen. Es geht dabei um die Schicht- und Nachtarbeit sowie um verschiedene Berufskrankheiten unter besonderer Berücksichtigung von Giftstoffen, mit denen im Produktionsprozeß umgegangen wird.

Im Gegensatz etwa zu den Niederlanden, wo alle drei Jahre Erhebungen über Schicht- und Nachtarbeiter stattfinden, ist man in der Bundesrepublik behördlicherseits äußerst wenig an solchen Statistiken interessiert. Bei uns werden zwar „Hunde, Katzen, Schafe, Obstbäume und was nicht alles amtlich gezählt, aber die Zahl der Menschen, die Schicht, Wechselschicht, Nachtschicht oder andere unregelmäßige Arbeit leisten, ist nicht genau bekannt", schrieb das ÖTV-Magazin vor drei Jahren.

Die jüngsten offiziellen Zahlen, die in Sachen Schichtarbeit vorliegen, datieren von 1975. Damals arbeiteten bei einer Gesamtmenge von 21,3 Millionen Arbeitern, Angestellten und Beamten 3,66 Millionen im Schichtdienst, 2,48 Millionen auf Nachtschicht und 3,22 Millionen an Sonn- und Feiertagen. Mehr als zwei Drittel aller Schichtarbeiter arbeitete im Zwei- oder sogar Dreischichtensystem.

Laut DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit" gab es Anfang 1979 rund vier Millionen Schichtarbeiter, bis 1990 soll es knapp fünf Millionen geben.

Im Zeitraum von 1960 bis 1975 hat die Zahl der Schichtarbeiter im Jahresdurchschnitt um 70000 zugenommen, die Zahl derjenigen, die auch Sonn- und Feiertags arbeiten um 115000.

Die Steigerungsquote in Sachen Nachtarbeit fällt noch deutlicher aus. Zwischen 1965 und 1972 stieg die Zahl der Nachtschichtleistenden im Jahresdurchschnitt um 88000, um zwischen den Jahren 1972 und 1975 im Jahresdurchschnitt um 171000 zu steigen.

Letztere Zahlen gehen auf Arbeiten der Forschungsgruppe Arbeit und Gesundheit in Dortmund zurück und sind unter anderem nachzulesen in der „Süddeutschen Zeitung" vom 9. Juli 1979.

Die Forschungsgruppe sagt voraus, daß 1990 mindestens 18 Prozent aller Arbeiter und Angestellten auf Wechselschicht arbeiten werden.

Abgesehen davon, daß das gesamte öffentliche Leben an „normalen Arbeitszeiten" orientiert ist (Öffnungszeiten der Geschäfte, öffentlicher Nahverkehr, kulturelle und politische Einrichtungen etc.), belastet die Schichtarbeit, insbesondere die Nachtarbeit, den menschlichen Organismus bei weitem mehr als feststehende Arbeitszeiten, die sich einigermaßen am natürlichen Tagesrhythmus orientieren.

In den USA wird die Nachtschicht nicht zu Unrecht „Friedhofsschicht" genannt. Es liegt auf der Hand, daß Streßsymptome wie gesteigerte Nervosität, Magenleiden, Verdauungsstörungen, Schlaflosigkeit, gesteigerte Aggressivität, Depressionen und vor allem Herz- und Kreislaufleiden bei Schicht- und Nachtarbeitern in viel höherem Maße auftreten als bei Beschäftigten mit gleichbleibender Tagesarbeit.

Die menschliche Arbeitskraft wird in der Schicht- und Nachtarbeit entschieden schneller verbraucht als bei feststehender Tagarbeit. Der Ausbeutungsgrad liegt entschieden höher.

Er liegt auch deshalb um so höher, als die Familie von Schicht- und Nachtarbeitern notwendigerweise ihrerseits Opfer bringen und erhebliche Rücksichten nehmen muß, um dem Schichtarbeiter bzw. der Schichtarbeiterin wenigstens zu Hause ein Mindestmaß an Erholung zu ermöglichen.

Von der Belastung auf Ehe und Familie könnte man ein eigenes Kapitel schreiben.

Zu Recht schrieb Renate Miehe am 1. März dieses Jahres in der „Frankfurter Rundschau": **„Beim Nachtarbeiter wird in hohem Maße auf die unbezahlte Leistung seiner Familie reflektiert."**

Und selbst wenn es dem einen oder anderen Schicht- und Nachtarbeiter vergönnt sein sollte, tagsüber ein ruhiges, ungestörtes Plätzchen zum Schlafen zur Verfügung zu haben, so wirkt sich ein Arbeitsrhythmus, der notgedrungen die Nacht zum Tage macht, schädlich auf die Gesundheit aus. Das Max-Planck-Institut in Dortmund erklärte:

„Auch Menschen, die jahre- oder jahrzehntelang Nachtarbeit ausgeführt haben,... haben immer noch den gleichen Rhythmus mit dem Minimum nachts um drei Uhr. Ihr Leben spielt sich trotz einer oberflächlichen Anpassung immer noch entgegen dem biologischen Rhythmus ab." Und kaum ein ernsthafter Mediziner läßt sich weismachen, daß sich der Mensch mit der Zeit an die Umkehrung oder Zerstückelung der normalen Schlafzeiten gewöhnt.

Doch in der öffentlichen Diskussion ist des öfteren das Argument zu hören, Schicht- oder Nachtarbeit sei halt notwendig. Sicher — in verschiedenen öffentlichen Dienstleistungsbereichen, vor allem in Krankenhäusern wird sie sich nie ganz vermeiden lassen, und auch am Hochofen ist sie in gewissem Umfang notwendig. Doch ist sie — und das hat nicht zuletzt der Stahlarbeiterstreik bewiesen — längst nicht in dem Maße nötig, wie sie heutzutage praktiziert wird.

Und genau hier liegt der Hase im Pfeffer. Warum also wird Schicht- und Nachtarbeit in steigendem Umfang eingesetzt, wo sie doch keine unbedingte Notwendigkeit darstellt und darüber hinaus noch gesundheitsschädigend ist?

Lassen wir auch hier Fakten sprechen. Die Forschungsgruppe Arbeit und Gesundheit in Dortmund hat nachgewiesen, daß die Schichtarbeit seit dem zweiten Weltkrieg stark zugenommen hat. Doch haben sich innerhalb der verschiedenen

> ***„Bei ihren Untersuchungen gewann die Kommission den Eindruck, daß Schichtarbeit insbesondere in den Bereichen vorgedrungen ist, in denen die betriebliche und gewerkschaftliche Interessensvertretung der Arbeitnehmer schwächer entwickelt ist."***
> (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD im September 1977)

Branchen Verschiebungen ergeben. War die Schichtarbeit in den 50er und 60er Jahren im Produktionsbereich, in den Hüttenwerken und Metallbetrieben vorherrschend, so sind die deutlichsten Anstiege heutzutage vor allem im Dienstleistungssektor, insbesondere im Bereich von Handel, Banken und Versicherungen zu beobachten.

Die Dortmunder Forscher sind zu dem Ergebnis gekommen, je höher der Kapitaleinsatz pro Arbeitsplatz ist, desto größer ist das Interesse des betreffenden Kapitalisten, jenen Arbeitsplatz rund um die Uhr zu besetzen.

In der Datenverarbeitung ist es für den Kapitalisten lukrativer, die Angestellten an einem Datensichtgerät rund um die Uhr arbeiten zu lassen, als dieselbe Arbeitsmenge in einer Schicht vor drei Sichtgeräten bewältigen zu lassen. Nicht umsonst prophezeien Fachleute gerade bei der elektronischen Datenverarbeitung eine drastische Zunahme der Nachtarbeit.

Von daher ist es notwendig, den Kampf für das Verbot der Schicht- und Nachtarbeit bis auf begründete Ausnahmen zu führen, bzw. dort, wo sie unbedingt nötig ist, für einen angemessenen Freizeitausgleich zu sorgen. Dieser Kampf darf auf keinen Fall zu Lasten des Lohns oder des Gehalts geführt werden, denn viele Kollegen sind insbesondere aus finanziellen Gründen zum Raubbau an ihrer Gesundheit gezwungen. Um dieses Ziel durchzusetzen, ist eine klare Verschiebung der Klassenkräfte zugunsten der Arbeiterklasse erforderlich, denn die Nacht- und Schichtarbeit ist eine wesentliche Profitquelle für die Unternehmer, die sie sich entschieden schwerer entreißen lassen als Lohnprozente.

Zu jeder Stunde aktuell aber ist der Kampf für die konsequente Einschränkung der Schichtarbeit, wie er beispielsweise im Aktionsprogramm der RGO gefordert wird. Desweiteren sind Forderungen von der Art zu beraten und zu diskutieren, wie sie zum Beispiel von der ÖTV im Januar dieses Jahres veröffentlich wurden und die sich sowohl an die Unternehmer wie an den Gesetzgeber richten:

- Begrenzung der Schichtarbeit auf maximal 40 Wochenstunden
- Überstunden- und Akkordverbot für Schichtarbeiter
- Rente ab dem 55. Lebensjahr für Schichtarbeiter
- Verbot ständiger Nachtarbeit
- Zusatzurlaub für Schichtarbeiter

Da die kapitalistische Produktionsweise verantwortlich für die elende Lage der Volksgesundheit ist, dürfen die Lasten der daraus resultierenden medizinischen Versorgung nicht noch den Opfern dieser Produktionsweise aufgebürdet werden. Von dieser Grundhaltung aus müssen sich sämtliche ernstzunehmende gesundheitspolitische Ansätze oder Programme leiten lassen. Nicht zuletzt deshalb fordert die KPD/ML in ihrem Aktionsprogramm:

Ausreichende und kostenlose medizinische Versorgung der Werktätigen!

(Im nächsten „Roten Morgen" werden wir uns mit den kapitalistischen Arbeitsbedingungen unter der besonderen Berücksichtigung von Giftstoffen wie Asbest oder PVC befassen.)

Von den etwa 12,5 Millionen männlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitern und Angestellten, die 1978 im Erwerbsleben standen, werden bis 1990 22,3 Prozent (2,8 Millionen) ausgeschieden sein. Nur 30 Prozent dieser 2,8 Millionen, das sind 834000, gehen in Rente. Über eine Million (37,3 Prozent) werden durch Frühinvalidität aus dem Arbeitsleben gerissen, 909000 (32,7 Prozent) werden das Erreichen der Altersgrenze nicht mehr erleben. Diese erschütternden Zahlen gehen aus einer Hochrechnung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hervor. Jeder dritte Arbeiter und Angestellte, der bis 1990 aus dem Erwerbsleben ausscheidet, stirbt, ohne in seinem Leben einen Pfennig Rente gesehen zu haben. Diese schlichte Feststellung legt den Schluß nahe: Trotz allen Geschwätzes von der Humanisierung der Arbeitswelt sind die Werktätigen der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor einem brutalen Ausbeutungsregime unterworfen, in der die Unternehmer zur Erzielung ihrer Profite über Leichen gehen. 909000 sterben vor Erreichung der Altersgrenze, 909000 Tote als Bestandteil des Kapitalismus, 909000 Tote, über eine Million Invaliden, Arbeitsunfähige, die schlaglichtartig beweisen, daß der elende Zustand der Volksgesundheit keineswegs das Resultat persönlichen Versagens ist, sondern notwendiger Bestandteil der grenzenlosen Raffgier der Thyssen, Siemens und Flick, der Großaktionäre in den Chefetagen der Banken und Konzerne und ihrer Handlanger in Regierung und Verwaltung.

Warum der Kapitalist die Schichtarbeit ausdehnen will

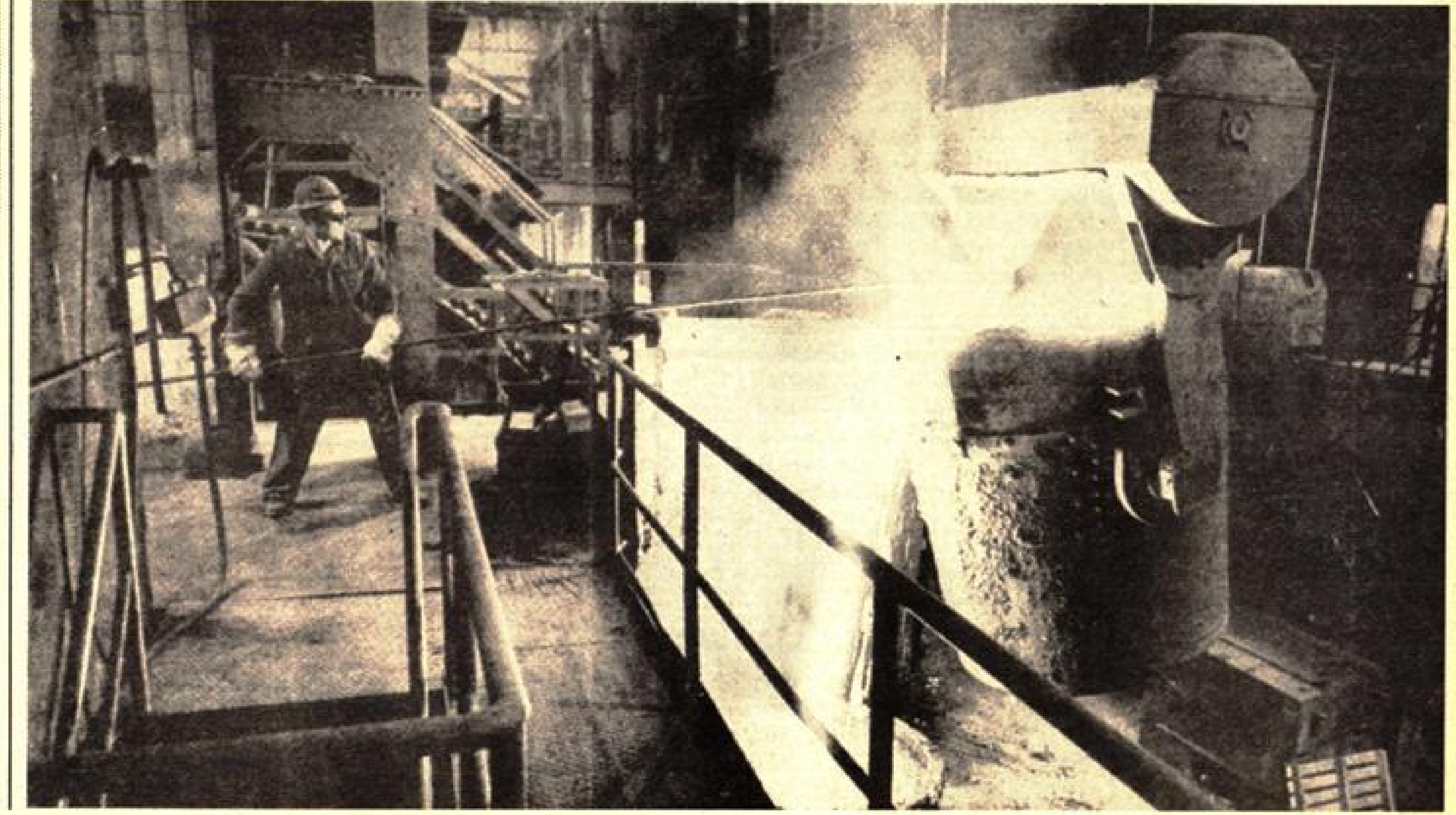
Ein Ausflug in die politische Ökonomie

Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß sich das Kapital aus zwei Bestandteilen zusammensetzt, dem konstanten Kapital und dem variablen Kapital. Das Verhältnis zwischen diesen beiden Kapitalteilen heißt organische Zusammensetzung des Kapitals. Das konstante Kapital ist jener Kapitalteil, der in Form von Maschinen, Gebäuden, Rohstoffen usw. existiert. Der Kapitalteil, der für den Einkauf der menschlichen Arbeitskraft (für Lohn und Gehalt) aufgewendet wird, ist das variable Kapital. Im Zuge der technischen Revolution wächst das konstante Kapital schneller als das variable, das heißt, die Investitionen für neue, immer modernere Maschinen, Automaten und Computer, kurz gesagt für Rationalisierungsmaßnahmen steigen unverhältnismäßig schnell an. Mit anderen Worten: Im Zuge der Modernisierung der Produktion wächst die organische Zusammensetzung des Kapitals.

Was hat das zur Folge?

Um diese Frage zu beantworten, muß zuvor festgestellt werden, daß durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft lediglich das variable Kapital durch den Profit vergrößert wird, nicht aber das konstante. In dem Maße aber, in dem die organische Zusammensetzung des Kapitals wächst, schrumpft im Verhältnis gesehen jener Anteil am Kapital, der vermittels der menschlichen Arbeit größer wird. Insgesamt also, auf das ganze Kapital berechnet, sinkt die Profitrate, denn die Profitrate ist nichts anderes als das Verhältnis aus eingesetztem Gesamtkapital und erzieltem Profit. Um dieser Tendenz einigermaßen entgegenwirken zu können, hat der Kapitalist ein starkes Interesse daran, das vorgeschossene konstante Kapital durch einen möglichst intensiven Einsatz der menschlichen Arbeitskraft wieder hereinzuholen, was sich zum Beispiel in einem deutlichen Anwachsen der Schicht- und Nachtarbeit bemerkbar macht.

Also besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der organischen Zusammensetzung des Kapitals und der Volksgesundheit. Der tendentielle Fall der Profitrate, eine Folge der ständigen Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals — beides ist gesetzmäßig im Kapitalismus — veranlaßt den Kapitalisten, die Ausbeutung zu verschärfen; dazu gehört die Ausweitung der Schicht- und Nachtarbeit. Die Werktätigen sehen sich in steigendem Maße durch die wachsende Ruinierung ihrer Gesundheit veranlaßt, gegen die Ausweitung der Nacht- und Schichtarbeit vorzugehen. Dieser Interessenskonflikt ist antagonistisch, das heißt im herrschenden Gesellschaftssystem unlösbar. Es ist eine Frage der Klassenkräfte, welche Seite ihre Interessen in welchem Umfang durchsetzen kann. Aufgehoben werden aber kann dieser Widerspruch nur durch die Beseitigung des Kapitalismus, durch den Sturz jener Klasse, die ihren Reichtum auf Kosten der Volksgesundheit zusammenrafft.



„Der Weg der Partei" Nr. 2 /80 soeben erschienen

Zu welcher Klasse gehören die Angestellten?

Die Grünen als weiteres Thema

Das Theoretische Organ der KPD/ML „Der Weg der Partei" Nr. 2/80, das soeben erschienen ist, befaßt sich mit zwei, von der Fragestellung her, recht unterschiedlichen, aber aktuellen Themen. Der erste Artikel befaßt sich grundsätzlich mit der Analyse der Lage der Angestellten im heutigen Kapitalismus, der zweite untersucht die Rolle der Grünen in der heutigen politischen Bewegung.

Legenden werden widerlegt

Der Artikel über die **„Lage der Angestellten"** wendet sich gegen die verschiedenen Legenden, die im Zusammenhang mit der wachsenden Zahl von Angestellten in der kapitalistischen Wirtschaft gesponnen werden. Die bürgerliche These, mit dem Wachsen der Zahl der Angestellten verschwinde mehr und mehr die Klasse des Proletariats aus der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, geschehe eine allgemeine Nivellierung der Klassenunterschiede, entstehe eine sogenannte Mittelstandsgesellschaft, wird dabei ebenso widerlegt, wie jene These der revisionistischen Ideologen, die wissenschaftlich-technische Revolution mache aus jedem Ingenieur oder Arzt ein Mitglied der Arbeiterklasse.

Anhand zahlreichen konkreten Materials wird nachgewiesen, daß zum einen die Angestellten keine einheitliche gesellschaftliche Klasse sind, daß zum anderen die Tendenz ihrer Proletarisierung, ihres Hinabsinkens in die Reihen der Arbeiterklasse wächst.

Die Entwicklung der Lage der Angestellten wird dabei in der geschichtlichen Entwicklung betrachtet.

Drei Gründe für den Abstieg ...

...werden in der Analyse genannt. Die fortschreitende Arbeitsteilung, die eine wachsende Zahl von Angestellten mit geringer Qualifikation hervorbringt, der Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals und die Entwicklung der Technik, die beide die Zahl der Angestellten hochschnellen ließen.

In dem Artikel wird dies folgendermaßen zusammengefaßt:

Die soziale Lage der Angestellten sollte durch die weitere Entwicklung des Kapitalismus eine grundlegende Veränderung erfahren.

Der Fortschritt der Arbeitsteilung führte zur Ausgliederung einer Reihe von Werktätigen aus dem Produktionsprozeß, die nun ausschließlich im Zirkulationsprozeß beschäftigt wurden; gleichzeitig führte er zur Entqualifizierung ihrer Arbeitskraft. Ferner nahmen der Umfang der industriellen Produktion und ihre Zentralisation sowie die Bildung von Großbetrieben zu; dementsprechend wuchs die Masse der produzierten Waren und des produzierten Mehrwerts, so daß auch mehr Kosten verausgabt werden mußten, um diesen Mehrwert als Profit zu realisieren und die Umschlagszeit des Kapitals möglichst gering zu halten: „Um viel zu messen, zu wiegen, zu verpacken, zu transportieren, muß viel da sein (...). (39), *und das gilt für sämtliche Tätigkeiten im Bereich der Warenzirkulation.*

Außerdem führte die wachsende Konzentration und Zentralisation des Kapitals dazu, daß mehr Kosten auf Leitung, Planung, Verwaltung usw. verausgabt werden mußten; die kaufmännischen und administrativen Tätigkeiten nahmen also zu und damit auch die Zahl der Angestellten. Zudem führte die zunehmende Mechanisierung, der Fortschritt der Technik zum Anwachsen der Zahl der technischen Angestellten."

Diese Entwicklung wird bis in die heutige Zeit hinein genau nachverfolgt, wobei auch solche aktuellen Entwicklungen berücksichtigt werden, wie die zunehmende Einführung der Akkordarbeit im Büro, etwa bei dem MTM-System von Siemens (Seite 33).

Dabei wird die naheliegende Schlußfolgerung untermauert, daß die zunehmende Einführung der Computertechnik im Büro die Tendenz zur Proletarisierung der Angestellten verstärkt und beschleunigt.

Sehr ausführlich wird auch untersucht, wie weit dieser Prozeß bereits fortgeschritten ist, was anhand des Einkommens und der Arbeitslosenquote sowie den Arbeitsbedingungen geschieht.

Dabei wird unter anderem nachgewiesen, daß sich die Einkommensunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten im allgemeinen verringern, daß insbesondere die weiblichen Angestellten in ihrer Mehrzahl eine schlechte wirtschaftliche Lage einnehmen. Beachtenswert bei den verschiedenen Materialien zur neueren Entwicklung auch der Unterschied, daß die Wirtschaftskrise von 1974 gegenüber jener des Jahres 1967 einen rund fünfmal so großen Anteil der Angestellten arbeitslos machte (Seite 35).

Wie war das mit dem Lokführer?

Obwohl der Artikel auch sehr ausführlich die Arbeitsbedingungen der Angestellten untersucht und zeigt, wie sie für einen großen Teil jenen der Arbeiter bereits gleich sind, ist der Artikel nicht auf eine bloß beschreibende und berechnende Methode beschränkt und kann es auch nicht sein. So wird auch nachgewiesen, daß Ernst Thälmann keinen Fehler machte, als er die Zugehörigkeit zum Proletariat ausschließlich von einem Kriterium, nämlich der Schaffung von Mehrwert, abhängig machte.

„Thälmann hatte natürlich recht, daß der industrielle Proletarier im Gegensatz zum Angestellten Mehrwert erzeugt, daß hier also ein Unterschied zwischen dem industriellen Proletariat und den Angestellten liegt. Daraus folgt aber keineswegs, daß die Angestellten insgesamt eine außerhalb des Proletariats liegende Schicht bilden. So besteht etwa auch ein Unterschied zwischen den Landarbeitern und dem Industrieproletariat, und dennoch gehören die Landarbeiter zum Gesamtproletariat.

Die Frage steht also nicht so, ob es zwischen dem Industrieproletariat und den Angestellten einen Unterschied gibt; einen solchen Unterschied gibt es selbstverständlich. Die Frage ist vielmehr so, ob Angestellte deshalb grundsätzlich nicht zum Proletariat gehören können, weil sie in der Regel keine Werte und somit keinen Mehrwert schaffen. Wie wir bereits gesagt haben, ist Marx' Ausführungen eindeutig: Aus der Tatsache, daß die kommerziellen Lohnarbeiter keinen Mehrwert schaffen, folgt keineswegs, daß sie nicht zum Proletariat gehören. Auch Marx' Hinweis, daß zwischen dem kommerziellen Lohnarbeiter und dem Industrieproletariat derselbe Unterschied besteht wie zwischen dem industriellen Kapital und dem Handelskapital, begründet **gerade nicht**, *daß der kommerzielle Lohnarbeiter nicht zum Proletariat gehört. Schließlich wäre es ja auch unsinnig zu behaupten, daß der Handelskapitalist nicht zur Kapitalistenklasse gehört."*

Berücksichtigt man noch die ausführliche Würdigung der Rolle und Entwicklung der technischen Angestellten, die in diesem Artikel vorgenommen wird, die sich direkt gegen verschiedene revisionistische Theorien wendet, so kommt man zu dem Schluß, daß diese theoretische Analyse im Organ unserer Partei eine runde, klare marxistische Arbeit ist, die auch der praktischen Arbeit der Parteizellen in solchen Bereichen Hilfe und Impuls geben wird. Dabei wird nicht vergessen, daß die Weltanschauung der betreffenden Menschen oft hinter ihrer tatsächlichen Lage zurückbleibt (Seite 41).

Denkt man an jene Debatten, die vor 10 bis 12 Jahren bei den verschiedenen Schülern Marcuses so hoch in Mode standen und die allesamt darauf hinausliefen, man müsse eine Klassenanalyse machen (wobei Lokführer ein ständiges Beispiel waren), und sieht, daß es da Leute gibt, die dieses Problem heute noch wälzen, kann man in leichter Abwandlung eines alten Slogans behaupten: Alle reden von Klassenanalyse, wir machen sie. Und zwar in konsequenter Fortsetzung jener früher von unserer Partei getroffenen Feststellungen, wie sie bereits der III. Parteitag im Programm unserer Partei niederschrieb und der IV. Parteitag bestätigte. Insofern, als dies untermauert und konkretisiert wird, also eine weitere Verbesserung der Programmatik unserer Partei.

Die Grünen — keine Alternative

Das ist die Schlußfolgerung des zweiten Artikels in der neuen Ausgabe von „Der Weg der Partei", der den Titel hat „Sind die ‚Grünen' eine Alternative?"

Dabei steht im Zentrum der Beweisführung die Aufdeckung der wahren ideologischen und sozialen Quellen der „grünen" Theorien. Die reaktionären Anschauungen des Pfaffen Malthus aus dem letzten Jahrhundert, die bereits von Karl Marx widerlegt worden waren, werden dabei ebenso als eine dieser Quellen enthüllt wie die Computerspielereien des „Club of Rome", der mit seiner These von den „Grenzen des Wachstums" große Popularität erlangte. Wobei des öfteren die reaktionäre Zusammensetzung dieses Gremiums gerne übersehen wird, vor allem von solchen an sich fortschrittlich eingestellten Menschen, die den „Grünen" anhängen.

Dazu zählen bestimmt nicht die Bahro und Harich (letzterer offensichtlich zum Propagandisten eines Steinzeitsozialismus à la Kambodscha degeneriert), die wider besseres Wissen der reaktionären Propaganda in den Reihen der Grünen Hilfestellung geben.

Neben den zahlreichen Querverbindungen zu reaktionärsten heutigen Gruppierungen, die aufgedeckt werden, steht im Zentrum des Artikels die Beweisführung darüber, daß die Werktätigen überhaupt kein Interesse an einer Einschränkung des industriellen Wachstums haben. Und, daß dieses auch nicht nötig ist, wenn die weiteren Errungenschaften der Technik nicht mehr von den menschenfeindlichen Gesetzen des kapitalistischen Profits kommandiert werden — also der Sozialismus als einzige echte Alternative erkämpft wird.

Mit seinen ausführlichen Daten und Fakten stellt dieser Artikel eine gute und wichtige Ergänzung zu den verschiedenen aktuellen Auseinandersetzungen dar, die der „Rote Morgen" mit den „Grünen" führte.

1H7407F

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Der Weg der Partei

Theoretisches Organ der KPD/Marxisten-Leninisten

● **Zur Lage der Angestellten**

● **Sind die „Grünen" eine Alternative?**

Zweimonatszeitschrift Preis 5 DM **2/80**

Der Weg der Partei Nr. 2/80; 106 Seiten; Preis 5,— DM. (Zu beziehen über den Verlag Roter Morgen und alle Verkaufsstellen der Partei).

Neue politische Bücher in der Kritik

Diesmal: zwei sehr unterschiedliche ökonomische Arbeiten

Mit diesem Artikel beginnt der „Rote Morgen" damit, in regelmäßigen Abständen neue politische Bücher, die für unsere Leser von Interesse sein könnten, zu besprechen.

Im Düsseldorfer Econ-Verlag erschien das Buch des früheren „Handelsblatt"- und „Zeit"-Redakteurs und jetzigen Chefkorrespondenten Wirtschaft des „Spiegels", H.O. Eglau: „Erste Garnitur – Die Mächtigen der deutschen Wirtschaft". Preis 29 Mark, 304 Seiten.



Der Titel reizt natürlich zum Lesen, der Autor, so meint man, müsse sich ja auskennen. Und da es Untersuchungen über die konkreten Machtverhältnisse der herrschenden Klasse in der Bunderepublik seit den 20 Jahre alten Büchern von Pritzkoleit nicht mehr gibt, wäre es ja auch an der Zeit gewesen. Allein: Es wird nichts draus. Dabei geht es weniger darum, daß Eglau alte Thesen der bürgerlichen Soziologie, die von der Realität längst widerlegt sind, aufwärmt. So, wenn er behauptet, 1945 sei die „alte Herrschaftskaste" zerschlagen worden. Oder wenn er vom Untergang des Unternehmers fabuliert — was sich an der Gründung von Aktiengesellschaften zeigen soll. Bei solchen Thesen gilt eben, was Lenin für die Professoren sagte, auch für Journalisten: daß „man keinem einzigen Professor der politischen Ökonomie, der imstande ist, auf dem Gebiet der speziellen Tatsachenforschung wertvollste Arbeit zu liefern, auch nur ein einziges Wort glauben darf, sobald er auf die allgemeine Theorie der politischen Ökonomie zu sprechen kommt."

Nein, der Vorwurf, kein Marxist zu sein, ist es nicht, der hier gegen Eglau erhoben wird. Heute, wo sich so viele als Marxisten bezeichnen, ist es ja eher zu begrüßen, wenn sich ein bürgerlicher Journalist auch so nennt.

Aber der große Mangel dieses Buches liegt darin, daß er an keiner Stelle, in keiner Frage eine auch nur einigermaßen systematische Darstellung vornimmt, sondern alles als Anekdoten und einzelne Tatsachen behandelt. Dadurch wird der Informationswert des Buches sehr gering. Man erfährt zwar einiges über die Rolle der Banken und insbesondere über die Organisierung ihrer Arbeit, und auch vereinzelte Informationen über die großen Finanzgruppen des westdeutschen Kapitals wie der Siemens-Gruppe werden gegeben, aber eben nur einzelne. Wenn Zahlen genannt werden, wie die Siemens die Siemens AG beherrschen — gut und schön, aber nicht neu. Aber darüber, welchen Rang diese Gruppe innerhalb der ersten Garnitur wirklich einnimmt, wie mächtig sie in der deutschen Wirtschaft ist, um Eglaus Anspruch zu nennen, gäbe erst eine Darstellung ihres Einflusses etwa bei der Deutschen Bank und der Allianz-Versicherung Aufschluß. Das aber fehlt. Und so kann man weiter machen. Auch was die Rolle jener Gewerkschaftsführer anbetrifft, die sich der Zusammenarbeit mit dem Kapital verschrieben haben, gibt es keine neuen Tatsachen. Am interessantesten noch ist die Darstellung der Entwicklung der Bonner Ministerialbürokratie und ihrer Vorherrschaft gegenüber dem Bundestag.

Insgesamt also nicht empfehlenswert — außer vielleicht für jemanden, der sich überhaupt erst einmal ein bißchen einlesen möchte. Den aber dürfte der Preis abschrecken.

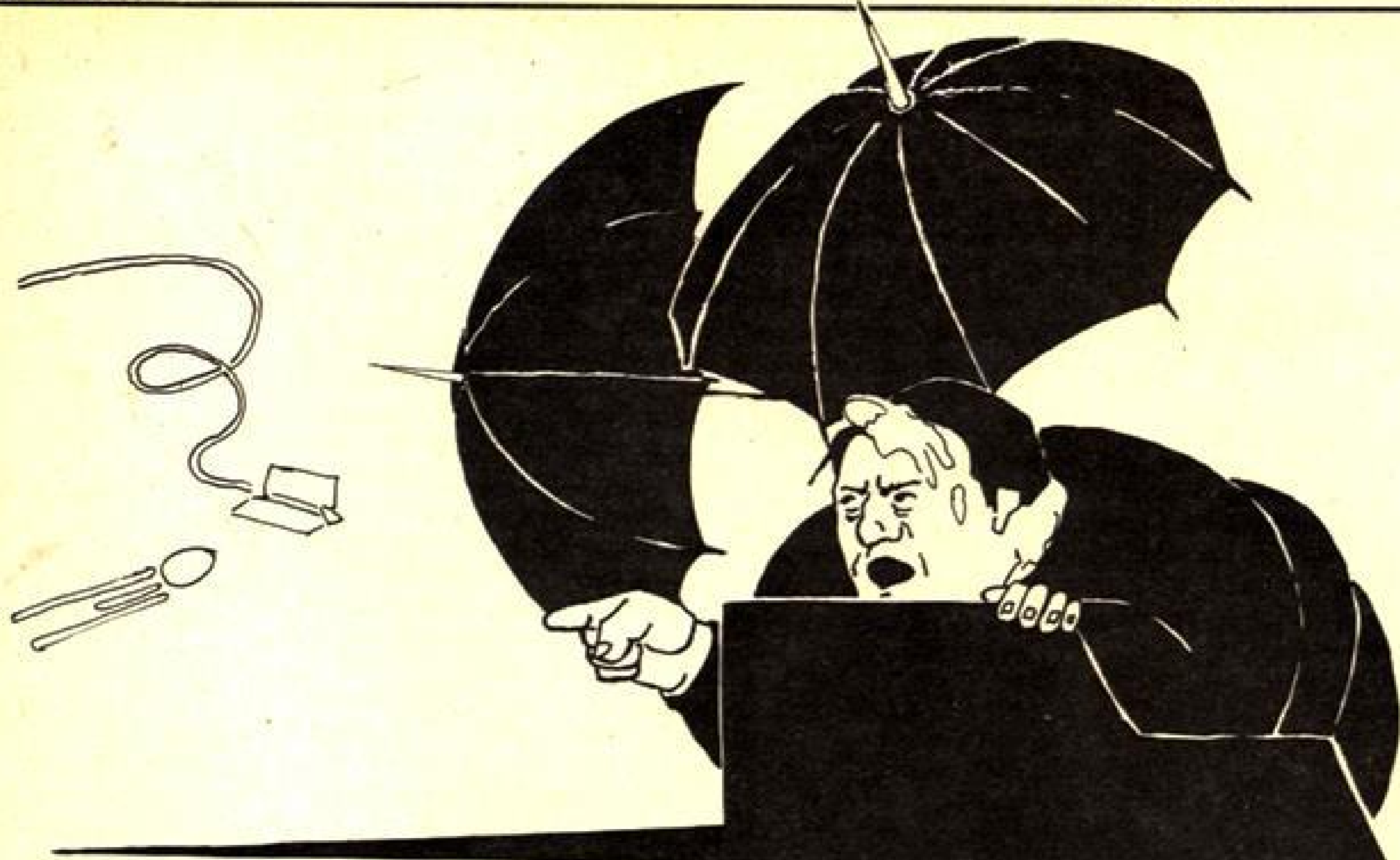
Wesentlich interessanter ist da schon das Buch „Internationale Monopole", das ein Kollektiv unter Leitung von fünf Wissenschaftlern aus revisionistischen Ländern verfaßt hat. Erschienen 1978 im Dietz Verlag Berlin. Preis 10,50 DM, 297 Seiten.



Revisionistisch, wie die Autoren sind, gilt natürlich auch für sie der obengenannte Satz Lenins. Man muß sich vor ihren Schlußfolgerungen in Acht nehmen, denn die Sowjetrevisionisten verstehen es bekanntlich, ihre falschen Thesen eingängig darzulegen. So, wenn krampfhaft versucht wird, Widersprüche zwischen den internationalen Monopolen eines Landes und dem betreffenden Staat zu konstruieren, um die revisionistische Auslegung der Leninschen These vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zu retten. So natürlich erst recht, wenn die rund 3 000 gemeinsamen Betriebe, die die revisionistischen Länder von 1960 bis 1975 in zahlreichen sogenannten Entwicklungsländern einrichteten, als Gegenkraft gegen den Neokolonialismus des westlichen Imperialismus dargestellt werden. Selbstverständlich werden dabei ungleiche Verträge, Zinstransfer und Kapitalbewegungen feinsinnig vergessen.

Aber trotzdem. Was die Untersuchung der Entwicklung der großen Monopole der USA, der EG und Japans betrifft, ist dies die umfangreichste und aktuellste Darstellung zu diesem Problem, das auch an Materialreichtum die Arbeiten verschiedener kritischer westlicher Autoren weit übertrifft. Wer also über den westlichen Imperialismus, über die Multis Konkretes erfahren möchte, kann sich mit Gewinn durch zahllose Tabellen durcharbeiten. Den sowjetischen Imperialismus allerdings muß er, wie sich versteht, sich dazudenken.

hrw



Das Bergmannsfest oder Der MANN war da

Den folgenden Text schickte uns der Leser Michael Werth aus Saarbrücken zu. Er beschreibt darin einen Auftritt des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß und die mehr oder weniger handfesten Proteste der saarländischen Bergleute. Verfaßt ist der Text — wie Michael selbst schreibt — in Anlehnung an die Sprache des revolutionären Dichters Georg Weerth (1822 bis 1856), den Engels als den ersten und bedeutendsten Dichter des deutschen Proletariats bezeichnete. — Wenn auch in manchen Einzelheiten die Übernahme der Weerthschen Begriffe und Bilder nicht ganz geglückt wirkt, so ist die Arbeit von Michael im Ganzen doch ein brauchbares Beispiel dafür, wie man den heutigen Klassenkampf interessant und lebendig beschreiben und darstellen kann. Wir wollen den Text den Leser des „Roten Morgens" nicht vorenthalten.

Große Erinnerungen ließ dieses Ereignis zurück und bei manchen einen Schnupfen. Wir saarländischen Bergleute konnten sagen, daß wir für den **Mann** zwar nicht durchs Feuer gegangen sind, aber dafür ins Wasser gehen mußten.

Gab es jemals früher ein trefflicheres Regenwetter als dieses — keiner konnte sich daran erinnern. Es war heute der Tag, den dem der **Mann** mit „unserem Ministerpräsidenten" „unser" Verwaltungsgebäude gemeinschaftlich besuchen wollte. Man hatte uns, den schwarzen Männern von unter Tage und über Tage, nach Halbschicht freigegeben, damit wir dem **Mann** zujubeln konnten oder besser sollten. Auch anderes Volk war erschienen in guten Anzügen, mit Hüten und schönen Kleidern mit duftenden Gerüchen. In den Mann der Erde vertieft, hatte das Volk wohl den absoluten Monarchen des Himmels vergessen. Dieser Himmelsmonarch, ärgerlich darüber, hatte, so schien es, alle Wolken über uns versammelt und nun die Schleusen des Himmels ganz und vollständig geöffnet. Man kann behaupten, daß bei den meisten Menschen kein sündhafter Fleck mehr war, den man hätte wegwaschen können. Man muß gestehen, daß das Schicksal den Göttern nicht nur den Nektar gegeben hatte, sondern auch das Regenwasser. Dies wohl in einer solchen Menge des Überflusses, die es ihnen erlaubte, just in diesem Augenblick sehr verschwenderisch damit umzugehen.

Tollkühn hatte ich mich vor das Portal gedrängt und war fest entschlossen, meinen Platz zu behaupten. Ich stand hier wahrhaftig wie ein Fels in der Brandung, den ich wollte ihn ja treffen, den **Mann**. Ich befand mich in einer eigentümlichen Stimmung der Erwartung und auch der Beklemmung. Aber ich war stolz auf mich — ich hatte gelitten für ihn. Ein Verliebter kann nur so töricht sein oder einer, der ihn treffen will. Aber weder er noch der Herr Ministerpräsident waren zu sehen.

So gequält und in banger Erwartung, ihn zu treffen, gab ich mich dem süßlichen Zeitvertreib des Gedankenspiels hin. Ist dieser **Mann** nicht ein wirklich hervorragender Mann? Ja, er ist es! Wenn je ein Mann so rücksichtsvoll und artig mit einer Stadt verfuhr, so war er es, der **Mann**. Ich war selbst dabei, als man ihn in Essen mit Eiern und sonstigen schmackhaften Nahrungsmitteln begrüßt hatte. Gott allein weiß, wie diese Essener Bürger zu einer solchen Kühnheit gelangten. Ein Nero oder ein anderer seines Schlages hätte sie gleich köpfen lassen, aber er, was hat er getan? Nichts dergleichen — nur Gehirnprotesenträger, Ratten und Schmeißfliegen hat er sie genannt. Keiner hat noch wegen des Gemüses den Kopf verloren. Er ist halt kein Nero.

Mittlerweile sind auch noch weitere Zuschauer gekommen, die sich durch ihre eigenartige Aufmachung von den bereits Anwesenden etwas unterschieden — nur etwas. Sie tragen alle diese eigenartigen Kopfbedekkungen, die an Helme erinnern, und auch sonst sind sie sich gleich mit ihrer graugrünen Kleidung. Eigenartige Gesellen, denke ich so bei mir. Aber vielleicht sind sie auch nur hierher gekommen, um mit uns zu feiern — es ist ein Bergmannsfest. Wir Saarländer feiern halt gerne — ein Musikfest, eine Erinnerungsfeier, ein politisches Fest oder ein Schwenkbratessen — wir sind wahrhaft nicht verlegen um einen denkwürdigen Anlaß. Nun ist heute ein Bergmannsfest, und der Veranstalter ist wahrlich besorgt, auf alle möglichen Zufälle vorbereitet zu sein. Denn schon zu früheren Anlässen ist bei uns saarländischen Bergleuten die Fröhlichkeit mit uns durchgegangen. Man denke nur daran, als wir beim letzten „wilden" Streik das Verwaltungsgebäude ohne Einladung besucht haben.

So gedankenversunken und zitternd vor Nässe und in süßer Erwartung mochte ich nun schon eine Stunde in diesem Gedränge gestanden haben. Plötzlich kam etwas Unruhe auf; die Mäuler flüsterten, Hälse reckten und Fäuste ballten sich. Endlich kamen sie, die erwarteten Gäste. Voran der Herr Präsident, gefolgt von dem **Mann**. Dieser Herr **Mann** hatte ein rundes, glattes Gesicht und auch sonst war seine Fülle ganz beachtlich. Bei dem ersten Anblick war ich etwas, oder besser gesagt, sehr erstaunt. Wie hatte sich doch sein Äußeres zu früher verändert. Zugenommen hatte er am ganzen Körper — auch gewachsen war er. Was mir sofort auffiel, war, daß er seinen Gesichtsschmuck nicht mehr trug. Früher war dieser kleine Schnurrbart, der nur von Nasenflügel zu Nasenflügel reichte, doch ein, so möchte ich sagen, Markenzeichen von ihm gewesen. Sehr verändert hat er sich — in seinem Äußeren — dachte ich so bei mir.

Wie freute ich mich, ihn nun zu sehen. Mein Hände waren schon in den Hosentaschen verschwunden, um die Hühnereier zu greifen, mit denen ich ihn treffen wollte. Aber meine Hände saßen so in den Taschen, daß sie von meinen Nachbarn zusammengepreßt wurden. Es war mir unmöglich, auch nur noch einen Finger zu rühren, das einzige was sich noch bewegen konnte, war mein Herz. So eingeschnürt und eingeengt war ich schon ganz verzweifelt — wie sollte nun der **Mann** getroffen werden?

Ich muß gestehen, diese Verzweiflung war grundfalsch. Um mich herum waren die Kumpel böse und wütend. Nicht nur wegen des Regens, sondern auch wegen des **Manns**. Stoppt den **Mann**! Er will unsere Gewerkschaft zerstören! Und noch viel schlimmere Rufe waren zu hören. Jetzt sah ich auch, wie einige Gegenstände aus unserer Mitte in Richtung **Mann** flogen — sie stellten sich später als Tomaten und Eier heraus. Jetzt war ich wieder beruhigt — wir hatten den **Mann** sofort getroffen. Damit war aber auch unser Fest zu Ende, denn sofort drängten von hinten diese eigenartigen Gesellen in grau-grünen Festkleidern nach vorne.

Am nächsten Tag konnte man in den Zeitungen von einem **Mann**-Treffen lesen. Einige Tomaten und Eier hatten ihn nämlich wirklich getroffen.

Lea Grundig: Schwangere. Illustration zu Max Zimmering „Wegstrecken."

Buchbesprechung

Max Zimmering: „Wegstrecken"

Es gibt Gedichtbücher, die kann man lesen wie eine Erzählung oder einen Roman, fortlaufend von der ersten bis zur letzten Seite; die einzelnen Gedichte sind da nur die Stationen, aus denen sich ein Lebens-, ein Zeitabschnitt, ein Gesamtbild in einer sich verändernden und umstürzenden Welt zusammensetzt. — Ein solches Buch ist der Gedichtband „Wegstrecken" von Max Zimmering.

1966 zuerst erschienen, 1975 in einer zweiten Auflage erweitert herausgegeben, umfaßt das Buch Gedichte aus den Jahren 1930 bis 1973. Das Elend der Weimarer Zeit, die Zeit des Faschismus, die Emigration, der Widerstandskampf, der Spanienkrieg, der zweite Weltkrieg, das zerstörte Deutschland und sein Wiederaufbau — das alles wird in den Gedichten Zimmerings wieder lebendig.

Die Gedichte des Bandes „Wegstrecken" verarbeiten die Ereignisse, Zeitläufe und Erlebnisse, die Zimmerings Leben bestimmten, in verschiedenen Formen: Balladen, Gedankenlyrik, Stimmungs- und Augenblicksbilder, Gleichnisse. Sie behandeln ebenso große historische Themen wie kleine, scheinbar private; Das Buch enthält ebenso selbstverständlich eine „Ballade aus den Sudeten 1938" wie ein „Liebeslied an meine Frau", ein Gedicht über Lenin, wie ein Gedicht mit dem Titel „Der Winter". Zimmering verwendet in allen Gedichten den Reim, er bevorzugt einfache, liedhafte Strophen; er spricht seine Gedanken und poetischen Bilder in klaren einprägsamen Worten aus. Zimmerings Lyrik ist durchweg politische Lyrik; aber es ist dies keine Lyrik wie die Majakowskis oder Weinerts, agitatorisch und für den Vortrag auf Plätzen und Sälen geeignet; es ist eine stillere Lyrik; sie ist auch nicht so eigenwillig und bahnbrechend wie die Lyrik Brechts, sondern schlichter, traditioneller. Beim Lesen der Gedichte Zimmerings fällt einem der Ausspruch Bechers über den Roman „Brennende Ruhr" von Karl Grünberg ein: Dieser Roman sei Graubrot, einfach und nahrhaft und dringend benötigt zu seiner Zeit. Einzelne Gedichte in „Wegstrecken" — zum Beispiel „Lidice" und „Vom kargen Brot" — dürften zu den eindrucksvollsten Gedichten in deutscher Sprache gehören, sie prägen sich einem ein wie die Melodie eines Liedes.

Über Max Zimmering ist in der Bundesrepublik wenig bekannt. Er wurde 1909 als Sohn eines Uhrmachers in Pirna geboren; Ende der 20er Jahre fand er zur Arbeiterbewegung, zum Kommunismus und — zur Literatur. In seinem Schaffen blieb er dem Kommunismus verbunden. 1933 emigrierte er zunächst in die Tschechoslowakei, dann nach England und Australien, wo er während des Weltkriegs zeitweilig interniert wurde. Nach dem Zusammenbruch des Faschismus kehrte er nach Deutschland zurück und beteiligte sich im Osten am damals noch zu allen Hoffnungen berechtigenden Aufbau des Sozialismus. Von 1969 bis zu seinem Tod im Jahre 1973 lebte er in Dresden als freier Schriftsteller. Zimmering war vor allem Lyriker und Kinderbuchautor; er veröffentlichte zahlreiche Gedichtbücher und Erzählungen für Kinder. 1954 erschien sein Roman „Phosphor und Flieder", der die Zerstörung Dresdens durch amerikanische Bomber und den Wiederaufbau der Stadt zum Thema hat.



Max Zimmering, „Wegstrecken" — *Gedichte, mit Zeichnungen von Lea Grundig, Leinen mit Schutzumschlag, 108 Seiten, Aufbau-Verlag Berlin und Weimar, ca. 8,— DM*

Der vom Aufbau-Verlag vorgelegte Band „Wegstrecken" ist mit Zeichnungen der Dresdner Malerin und Graphikerin Lea Grundig (1906 bis 1977) illustriert, die das Buch insgesamt bereichern. Allerdings vermißt man nähere Angaben über die reproduzierten Zeichnungen; sogar die Titel der einzelnen Arbeiten fehlen.

Max Zimmering *Das neue Lied*

Als ich ein Kind war, sangen wir von Helden,
von Männern, die sich kühn in Schlachten schlugen,
von Forschern sang man auch — jedoch schon selten,
doch nie von denen, die nur Ziegel trugen.

Als ich ein Kind war, hört ich Helden preisen,
die mit dem Flugzeug große Strecken zwangen.
Doch niemals sah ich auf die Kumpels weisen,
die tief in Schächten mit der Kohle rangen.

Als ich ein Kind war, hört ich Lieder singen
von Rittern, Räubern und von schönen Frauen.
Doch die, die hinter schweren Walzen gingen,
die ließ man unbesungen Straßen bauen.

Jetzt endlich laßt die alten Lieder schweigen,
laßt neue Lieder von den Lippen tönen,
laßt unsre Lieder in die Schächte steigen
zu unsres Volkes allerbesten Söhnen.

Wer ist es wert, daß wir ihn achten, ehren?
Wer ist es wert, daß wir ihn Vers ihn preisen?
Nur wer des Volkes Wohlstand hilft zu mehren —
wer Kohle fördert, Kupfererz und Eisen.

Als ich ein Kind war, sangen wir von Helden,
von Recken, die mit Macht die Schwerter schwangen.
Heut wollen wir von andren Taten melden,
von Helden, die durch Arbeit Not bezwangen.

1949

Noch einmal — die Fürstenhochzeit

—Eigene Hofberichterstattung —

REGENSBURG.— Kein Faschingsprinz ist es, den das Foto zeigt, keine Figur aus dem Wachsfigurenkabinett der Madame Tussaud in London, kein raffiniert erdachter Uniformständer und auch kein Filmheld aus „Sissi"; es ist — der Leser ahnt es schon — Prinz Johannes Baptista de Jesus Maria Louis Miguel Friedrich Bonifazius Lamoral von Thurn und Taxis, kurz „Onkel Johannes" genannt. Gerade heiratete er seine Nichte oder sonstige entfernte Verwandte, Gloria, die passenderweise auch schon das heiratsfähige Alter erreicht hat, kirchlich — zwecks Fortpflanzung seines Fürstengeschlechts. Blendend sieht er aus, der Fürst! Wo sonst wäre heute noch eine so schmucke Uniform am Körper eines leibhaftigen Prinzen zu besichtigen!



Regensburg am 1. Juni — am Tag der Prinzenhochzeit: Da singen die Chorknaben im Dom, da liest der Bischof die Messe, da fährt die sechsspännige goldene Galakutsche, da eilen die livrierten Lakaien, da spielen die Hofmusiker, da wehen auf den Dächern des Schlosses die fürstlichen Fahnen und 500 Jetsetters, Adel nach Geblüt und Aktienbesitz — handverlesen —, schreiten zur Tafel. Unübersehbar leuchtet die rot und grüne Galauniform von „Onkel Johannes", des fürstlichen Hochzeiters, mit ihren Orden, Schnallen, Knöpfen und Tressen — ein herrlicher Anblick. Da zahlt der Steuerzahler gerne die 250 000 Mark, die die polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der erlesenen Hochzeitsgesellschaft kosten. Oder?

Was wäre ohne die Sicherheitsmaßnahmen geschehen? Ein paar Unbelehrbare nahmen während der Verheiratungszeremonie eine drohende Haltung ein. Sie hielten Transparente hoch, auf denen von irgendwelchen „Enteignungen des Großkapitals" die Rede war, und machten auch sonst mit Saugeigen, Blechtöpfen und Geschrei lautstark auf sich aufmerksam. Als die Nichte oder sonstige entfernte Verwandte, Gloria, ihrem alten Onkel das Jawort gab, schrien sie sogar: „Gloria, Viktoria, wir halten unserm Prinzen die Stange!" Das war der Gipfel! Das war sogar im höchsten Grade unpassend: zeigte doch das ganze Benehmen der Demonstranten, daß sie nicht im Traume daran denken, dem Hochzeiter die Stange zu halten, oder wie, oder was? — So schreien können nur Leute, die nicht anerkennen können, daß es dem Erbprinzen nur um das Geschlecht geht! „Onkel Johannes" hat keinen anderen Gedanken, als der alten Stadt Regensburg einen neuen Prinzen und Stadthalter zu schenken, und seine uneigennützigen Bemühungen, sich fortzupflanzen, sind endlich von einem neuen Anlauf gekrönt.

ju.

Aufgelesen

KPD/ML:

1. Mai im Grünen

Recklinghausen, 20. Mai (Arbeiterkorrespondenz): Ihre „Verbundenheit" mit den Kämpfen der Arbeiterklasse bewies die KPD/ML am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse: Die Bezirksleitung Ruhrgebiet war für Dünenwanderung statt Demonstration! Während hier Tausende von Arbeitern für ihre Forderungen auf die Straße gingen, erholte sich die KPD/ML NRW auf einem Zeltlager: an der niederländischen Nordseeküste! Wie wir erfahren haben, wurden vereinzelt in einigen Städten KPD/ML-Mitglieder bei Demonstrationen und Veranstaltungen angetroffen, die den 1. Mai nicht zu einem „Tag im Grünen" machen wollen.

(Aus „Rote Fahne", Zentralorgan des Kommunistischen Arbeiterbundes — KABD, vom 31. Mai 1980.)

Über das angebliche „Dünenwandern statt Demonstration" hatte der „Roter Morgen" bereits in seiner Ausgabe vom 16. Mai 1980 berichtet. Es handelte sich um ein Zeltlager der Roten Garde an der niederländischen Nordseeküste, das vom 1. bis zum 4. Mai stattfand und von der Bezirksleitung Ruhrgebiet der Roten Garde (nicht der KPD/ML) organisiert worden war. Das Lager begann am Abend des 1. Mai.

Über den Beginn des Lagers hieß es im „Roten Morgen": „Am 1. Mai morgens waren wir natürlich alle auf den DGB-Demonstrationen. Strahlender Sonnenschein, viele kämpferische Transparente, Parolen, gemeinsame Lieder und viel mehr Kollegen als im letzten Jahr ließen den Tag schon gut beginnen. Wenn die Gewerkschaftsjugend im Anschluß an die 1.-Mai-Demo noch irgendwas losmachte, waren wir natürlich auch dabei. Aber dann ging es los, das Auto war schon am Vortag gepackt worden, Ausweis parat und ab nach Holland. Nach drei bis vier Stunden Fahrt (manche auch länger, die fuhren so halbwegs über Hamburg) kamen wir an."

Soweit die Tatsachen. Wir sind uns darüber klar, daß wir damit nicht an das Niveau des „Rote-Fahne"-Artikels heranreichen. Er steht über den Tatsachen; sein Niveau ist hoch — phantastisch hoch.

Tips

Samstag, 14. Juni, 22.50 Uhr, ZDF
Der Schatz der Sierra Madre. — Amerikanischer Spielfilm aus dem Jahr 1947 nach dem Roman von B. Traven. Mit Humphrey Bogart.

•

Sonntag, 15. Juni, 18.30 Uhr, West III
Literaturgeschichten: Es gibt kein Leben ohne Schreiben. — Josef Ippers und die Werkstatt für schreibende Arbeiter. Ein Film von Heinrich Breloer.

•

Montag, 16. Juni, 20.20 Uhr, Südwest III
Der Firmling. Von und mit **Karl Valentin** und **Liesl Karlstadt.** — Ein skurriler Restaurantbesuch, bei dem sich Valentin nicht nur in Spaghettis verstrickt.

•

Dienstag, 17. Juni, 21.10 Uhr, Nord III
Du sollst Dich nie vor einem lebenden Menschen bücken. Willi Bleicher, ein Gewerkschafter aus Baden-Württemberg.

•

Donnerstag, 19. Juni, 20.15 Uhr, ARD
Drei Jahre, die die Welt bewegten. — Koreakrieg und deutsche Wiederbewaffnung. Dokumentation von Heribert Schwan und Rolf Steininger. — Angesichts der revolutionären Ereignisse in Süd-Korea bestimmt interessantes Tatsachenmaterial. Man darf gespannt sein, ob die Filmemacher in ihrer Dokumentation antikommunistische Propaganda zu vermeiden wissen.

•

Donnerstag, 19. Juni, 23.15 Uhr, ARD
Charkow 1943. — Bericht von Jost von Morr über den ersten sowjetischen Kriegsverbrecherprozeß, der 1943 in Charkow in der UdSSR stattfand. Zwei SS-Offiziere, ein Unteroffizier und ein russischer Kollaborateur wurden wegen Partisanenbekämpfung, Geiselerschießung und Judenvernichtung angeklagt, verurteilt und hingerichtet.
(So muß es auch sein.)

Karikatur der Woche

Der Albrecht aus der Glotze lacht —

im NDR wird's langsam Nacht.

Cuba-Flüchtlinge in den USA

Fort Chaffee (dpa). Die amerikanischen Behörden schickten zusätzlich 300 Soldaten nach Fort Chaffee (Arkansas), um neuen Unruhen in dem größten cubanischen Flüchtlingslager in den USA vorzubeugen. In dem Lager hatten am Wochenende rund 1 000 Menschen gegen die schleppende Einwanderungsprozedur demonstriert. Hunderte lieferten sich Gefechte mit der Polizei. Die Lage auf dem Gelände hat sich erst am Montag beruhigt.

In dem Militärlager warten 18 000 Cuba-Flüchtlinge auf die Entscheidung über ihre Aufenthaltsgenehmigung. Seit Beginn der jüngsten Flüchtlingswelle, die erst in der letzten Woche abzuebben begann, sind seit Mitte April rund 95 000 Cubaner mit der „Freiheitsflottille" in die USA gekommen.

Präsident Carter hat wegen der Krawalle im Lager Regierungsbeamte nach Fort Chaffee entsandt. Der Gouverneur von Arkansas, der sich an Ort und Stelle über die Lage informierte, forderte Verstärkung aus anderen Bundesstaaten. Rund 1 000 Flüchtlinge hatten versucht, den Haupteingang zu stürmen. Die Polizei setzte zunächst Tränengas und später Schußwaffen ein. Im Verlauf der Unruhen sollen jüngsten Informationen zufolge rund 45 Menschen verletzt worden sein. Feuer zerstörte mehrere Gebäude. Sechs Personen wurden festgenommen.

(Zit. nach: „Süddeutsche Zeitung" vom 3. Juni 1980)



Sie dachten in die Freiheit zu gelangen
und sitzen nun im Dollar-Land — gefangen.
Ihr seid der Freiheit auf den Leim gegangen!
Es waren Rattenfänger, die euch da was sangen...

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM,** Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG,** Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER,** Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG,** Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 10-13 Uhr.